neue kritik

Oktober 1965 D 7739 F

32

Serge Mallet Sozialismus und die neue Arbeiterklasse | Thomas von der Vring Zur Strategie des Klassenkampfes in der Gegenwart | Fritz Vilmar Das Grundsatzprogramm des DGB | Jürgen Harrer Die amerikanische Kapitale im Werk Bertolt Brechts | Heribert Adam Aufschluß über Defätisten | Helmut Schauer Zur Politik des SDS

Inhaltsverzeichnis

Helmut Schauer	3	Zur Politik des SDS
Serge Mallet	10	Sozialismus und die neue Arbeiterklasse
Thomas von der Vring	20	Zur Strategie des Klassenkampfes in der Gegenwart
Fritz Vilmar	33	Das Grundsatzprogramm des DGB
Jürgen Harrer	42	Die amerikanische Kapitale im Werk Bertolt Brechts
Heribert Adam	45	Aufschluß über Defätisten
Volkhard Mosler	49	Arbeiterkontrolle in England

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 32, oktober 1965, 6. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar. für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: wilhelm bauer, reiner diederich, karin monte, xenia rajewsky, ulrich rödel, claus rolshausen, gunter wegeleben (verantwortlich)
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik
vertrieb: udo riechmann
anzeigenredaktion: rita harmuth
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin, manfred liebel, hamburg
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt, wilhelm-hauff-str. 5, tel. 77 64 22

neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich eines heftes in doppeltem umfang.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50. plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank.
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh.
umschlagentwurf: maria fraxedas.

An den Leser

Eine Tradition der nk fortsetzend, veröffentlichen wir in diesem Heft Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht des 1. Bundesvorsitzenden des SDS, Helmut Schauer, den er auf der 20. Delegiertenkonferenz im Oktober vorgetragen hat. Helmut Schauer gibt einen Überblick über die politische und wissenschaftliche Arbeit des Verbandes. Die Diskussion über den Stellenwert von teach-ins in der Arbeit des SDS und ihr Verhältnis zu Formen traditionellen Engagements möchte die Redaktion in der nk weiterführen.

Serge Mallets Vortrag „Der Sozialismus und die neue Arbeiterklasse" auf dem Marxismus-Seminar in Korçula nimmt zu den gleichen Problemen Stellung, die H. Marcuse in seinem in der nk 31 abgedruckten Diskussionsbeitrag zu analysieren versucht. Entgegen den pessimistischen Konsequenzen, die Marcuse zieht, indem er die lückenlose integrative Wirkung der Herrschaftsbürokratie hervorhebt, betont Mallet die möglichen Widersprüche, die aus der erzwungenen Kooperation zwischen Staatstechnokratie und den Verwaltungsorganen des organisierten Privatkapitalismus resultieren. In den qualifizierten Arbeitern der automatisierten Industriezweige sieht er ein Potential sozialistischer Opposition.

Als zentrales Problem einer modernen Klassenkampfstrategie analysiert Thomas von der Vring „die Solidarisierung der Massen über konkurrenzbestimmtes Denken hinweg". Sozialistische Politik muß auf egalisierende strukturelle Veränderungen gerichtet sein, durch welche die Konkurrenzneigungen der Menschen und Gruppen abgebaut werden. Voraussetzung einer Reduzierung und Überwindung der Herrschaft und einer Überwachung der Apparate ist die Ausweitung der Publizität und damit kontrollierender Öffentlichkeit.

Fritz Vilmar bescheinigt den wirtschaftspolitischen Grundsätzen im Grundsatzprogramm des DGB eine realistische Grundkonzeption, in der die Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie — volkswirtschaftliche Wohlfahrtsplanung, Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen des Produktionsprozesses und Kontrolle wirtschaftlicher Macht — berücksichtigt sind, weist ihm aber gleichzeitig mangelnde Präzision in der Definition dieser Ziele nach.

In seinen Erläuterungen zu drei Stücken Bert Brechts zeigt Jürgen Harrer Brechts Entwicklung zum marxistisch orientierten Schriftsteller. Die als naturwüchsig dargestellte Entfremdung und Gewalt in den frühen Stücken weicht der historisch dialektischen Betrachtung in „Mahagonny" und in „Die heilige Johanna der Schlachthöfe".

„Aufschluß über Defätisten" nennt Heribert Adam seine ideologiekritischen Notizen zu einem in der FAZ veröffentlichten Protokoll eines amerikanischen Kongreß-Unterausschusses, der die Propagandaanfälligkeit von Studenten untersucht hat.

Die „neue kritik" 32 erscheint als Doppelheft.

Zur Politik des SDS

Helmut Schauer

Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden

Es ist bedauerlich, daß wir wieder einmal recht behalten haben. Der Ausgang der Bundestagswahlen hat erneut gezeigt, wie berechtigt die Auffassung der Mitglieder und Freunde des SDS war, die voraussagten, daß die Aufgabe von Positionen selbst in der gegenwärtigen Situation und auch nur vor Wahlen nicht zu Erfolgen führen könne. Die Wähler sind in der Tat der Wahlpropaganda der SPD gefolgt: sie haben „Sicher ist sicher" und damit die CDU gewählt.

Nachdem die SPD nicht nur nach Godesberg gegangen, sondern von dort rechts weitergewandert ist, gibt es zwischen ihr und dem SDS fast nur noch historische Reminiszenzen und gelegentlich partielle Übereinstimmung. Sie ist zu einem Instrument der Integration geworden, Voraussetzung der „formierten Gesellschaft", obwohl sie — wie Wolfgang Abendroth registriert — „objektiv die Partei der Arbeiter und teilweise auch anderer Arbeitnehmergruppen geblieben ist". („Sozialgeschichte", S. 182.)

Bei der letzten Wahl hat der SDS sich zum ersten Male jeder Stellungnahme enthalten. Keine der Parteien hat auch nur annähernd Positionen wirksam vertreten, mit denen wir uns hätten solidarisieren können. Während es uns bei den Erklärungen Herbert Wehners „so kalt ans Herz griff" wie bei der Erhardschen Intellektuellenhetze, blieb die Kandidatur der DFU wegen der undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel von vornherein so hoffnungslos, daß viele Genossen die Stimmabgabe zu ihren Gunsten für falsch hielten, obwohl sie der SPD die Konkurrenzhilfe einer beachtlichen DFU gewünscht hätten.

Die Offenheit der Diskussion im SDS hat sich bei der Wahl darin gezeigt, daß die Stimmen der SDSler nicht bloß an die DFU und die SPD, sondern sogar auch an die FDP gingen, weil einige Genossen der Auffassung waren, es käme darauf an, mit der FDP einen demokratischen Ansatz gegenüber den beiden großen Parteien des politischen Systems in der Bundesrepublik zu erhalten.

Deutlicher denn je hat der Verband mit dem Wahlverhalten seiner Mitglieder seine Selbständigkeit demonstriert, auch wenn dieser Demonstration freilich die Bitterkeit anhaftet, daß es andere Möglichkeiten nicht gibt.

Die Arbeit des SDS an der Hochschule

Die Arbeit des SDS im vergangenen Jahr war wesentlich von den politischen Verhältnissen an den Hochschulen bestimmt. Einerseits führte die weitere politische Restauration in der Bundesrepublik, die Verfestigung des Parteienmonopols dazu, daß ein Teil der Akademiker an den Universitäten mehr als bisher gegen das etablierte politische System opponiert. Diese Opposition ist sich freilich über ihre Voraussetzungen und Absichten außerordentlich unklar; der wohl in Berlin geprägte Begriff der „atmosphärischen Linken" scheint mir für diese Tendenz ganz zutreffend zu sein. Diese Stimmung hat drei Ansatzpunkte: 1. die Ost-West-Politik, in der die Bundesrepublik nicht bloß hinter den realen Möglichkeiten der allgemeinen Entwicklung selbst, sondern auch hinter den politischen Positionen in der westlichen Hemisphäre zurückbleibt; 2. die sich verstärkenden autoritären Tendenzen, denen die bei einem Teil der Intellektuellen auf Grund ihrer wissenschaftlichen Arbeitsweise ideell fester eingeübten demokratischen Intentionen entgegenwirken. Diese Opposition erscheint gleichsam als ein Relikt auf dem Wege zur „formierten Gesellschaft". Schließlich sind drittens von der während des Übergangs zur automatischen Produktionsweise in der Bundesrepublik mit besonderer Schärfe entstehenden Krise des Bildungswesens die Akademiker selber am unmittelbarsten betroffen. Da die Parteien diese Konflikte nicht mehr austragen, vielmehr zu fast auswechselbaren Trägern der Verfestigung anachronistischer gesellschaftlicher Verhältnisse werden, wächst bei dem Kreis ohnehin schon oppositionell Orientierter ihr unmittelbar politisches Interesse und ihre Aktivität. Die Kritik eines Teils der Studentenzeitungen gewinnt an Profil; politische Veranstaltungen finden größeres Interesse. Die traditionellen Studentenorganisationen der Parteien kommen zu diesen immer wieder in Konflikt und können oft nur organisatorisch gleichgeschaltet werden — eine Aufgabe, die das karrieristische Element übernimmt. Mit der wachsenden Angleichung der Politik der Parteien wird aus der Distanz zu einer Partei und ihrem Verhalten eine Distanz zu den Parteien überhaupt. Daher sind die traditionellen Partei-Studentenverbände nicht in der Lage, diese politische Tendenz aufzufangen und zu organisieren. Ihre Mitgliedszahlen gehen zurück. Dagegen entsteht erstaunlich rasch eine Organisation wie die Humanistische Studentenunion, die vor allem partielle Kritik an eklatanten reaktionären Erscheinungen übt und auf eine konsistente Theorie nicht verpflichtet ist. In ihr kristallisiert sich jetzt der aktive, freilich noch immer sehr kleine Teil der „atmosphärischen Linken". Wir sollten die HSU unterstützen, wo wir nur können. Das partielle Engagement der Kommilitonen wird aber notwendig über sich hinausgehen oder resignieren müssen. Indem wir durch aktive Mitarbeit ihr Engagement vor Resignation bewahren, können wir zugleich die weitere Selbstverständigung fördern und allgemeine Zusammenhänge sichtbar machen.

Die kritischen Ansätze an den Hochschulen durch das Beispiel seiner eigenen Arbeit und seines Engagements zu fördern, das ist und bleibt in dieser Entwicklung die entscheidende politische Aufgabe des SDS, und soweit sie ihm gelingt, wird er selber an Aufmerksamkeit und Kraft gewinnen.

Unsere Hochschulpolitik ist seit den Höchster Vereinbarungen vom Mai 1964 örtlich wie beim Vorstand auf die Zusammenarbeit mit den befreundeten Studentenverbänden BDIS, HSU, LSD und SHB angelegt. Im Berichtsjahr ist es gelungen, diese Koalition zu einer wesentlichen innenpolitischen Aktion — gegen die Notstandsverfassung — über den engeren Bereich der Hochschulpolitik hinaus auszubauen. Wir hoffen sehr, daß die Rückwirkungen der Bundestagswahl auf die beteiligten Verbände die erreichte Kooperation nicht wieder gefährden.

Den Höchster Verbänden ist es gelungen, beim Studententag des VDS im April erneut eine Diskussion über das Studienhonorar zu provozieren. Gegen den Widerstand des VDS-Vorstandes erzwangen die Beiträge der linken Teilnehmer eine ausgedehnte Diskussion über dieses Förderungsmodell, wobei man allerdings über das Feilschen um Förderungssummen nicht recht hinauskam. Es gelang nicht, die sozialen Belange der Studenten in dem größeren Zusammenhang einer rationalen, demokratischen Hochschulorganisation zu diskutieren. Die Auseinandersetzungen um das Studienhonorar, das abstrakt als Forderung nach mehr Geld interpretiert wurde, hielten während des ganzen Sommersemesters an. Objektiv wurden durch diese Forderungen den sehr gemäßigten Ansprüchen des VDS wenigstens etwas Nachdruck verliehen.

Die grundsätzlich begrüßenswerte Initiative einer bestimmten Gruppe im VDS, ihren Auffassungen zum Bildungsnotstand im Wahljahr durch die Demonstration am 1. Juli politisch Nachdruck zu verleihen, zeigte noch einmal in aller Deutlichkeit die Grenzen auch der fortschrittlichsten Kräfte in diesem Verband. Wir unterschätzen den Beitrag des VDS zur Bildungsdiskussion durchaus nicht, aber der Entschluß zu einer solchen abstrakten Demonstration angesichts der drohenden Verabschiedung der Notstandsgesetze und die fehlende politische Zielrichtung dieser Aktion haben den Aufwand nicht gerechtfertigt:

— weil sie die Bevölkerung nicht miteinbezog und damit Bildung zur Spezialangelegenheit der Akademiker machte,
— weil sie die Verantwortlichen für die Bildungskrise nicht namhaft machte,
— weil sie sich auf die Aufzählung einzelner Fakten beschränkte, ohne ihre Ursachen aus dem Gesamtzusammenhang des Gesellschaftssystems der Bundesrepublik zu erklären,
— weil sie sogar auf die ursprüngliche Forderung einer Umverteilung der Steuermittel verzichtete.

Auf diese Weise mußten die Demonstrationen eher zum sozialpsychologischen Ventil oppositionellen Unmuts, denn zur nachdrücklichen Kritik falscher Politik werden.

Eine Aktion wie „Student aufs Land" hat objektiv die Funktion, die Schuld für den Bildungsnotstand bei den Eltern zu suchen und ihn damit zu verschleiern, wenn nicht von vornherein angegeben wird, daß nicht nur die Bildungshemmungen durch Werbung beseitigt, sondern zuallererst die materiellen und institutionellen Voraussetzungen für den Aufbau des Bildungswesens geschaffen werden müssen. Erst wenn die romantische Beschränkung auf die Landbevölkerung aufgegeben wird, erst wenn den Bildungswerbern selber durch Seminare etc. politische Kategorien zur Beurteilung der vorgefundenen Verhältnisse vermittelt werden, könnte diese Aktion progressiv sein, und dann könnte auch der SDS sie unterstützen.

Die oppositionelle Stimmung, die sich in letzter Zeit an den Universitäten bemerkbar gemacht hat, darf uns jedoch nicht zum Opfer von Illusionen werden lassen. Entsprechend der allgemeinen politischen Lage und der autoritären Struktur der Hochschulen dringen auch in ihnen die restaurativen Elemente vor. Sobald sich die Linke vernehmlicher bemerkbar macht, hat sie mit einem Gegenschlag zu rechnen. Das hat sich im Sommersemester in den Auseinandersetzungen an der Freien Universität in Berlin gezeigt. An der Universität, die einst von Professoren und Studenten gemeinsam gegründet wurde und die immerhin in ihrer Struktur mehr demokratische Elemente enthält als irgendeine andere in der Bundesrepublik, an dieser Universität fand, nachdem die Studenten gegen den Gebrauch des autoritären Hausrechts — im Falle Kuby — massiv sich gewehrt hatten, die große Gegenaktion der akademischen Reaktion statt. Beim Deutschen Burschentag wurde in Anwesenheit des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz und des Rektors der FU zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung aufgerufen. Der Fall Krippendorff war der Versuch dazu, dies am persönlich und sachlich abhängigen wissenschaftlichen Nachwuchs zu demonstrieren.

Genossinnen und Genossen, wir müssen auch in der Bundesrepublik die Anstrengungen unserer Berliner Kommilitonen und Genossen unterstützen, damit das Modell, das die FU für eine im Ansatz demokratische Universität darstellt, erhalten bleibt. Das ist aber nur möglich, wenn wir an den bundesrepublikanischen Hochschulen unsere Positionen ausbauen. Im Augenblick aber ist der Berliner Landesverband im VDS schon weitgehend isoliert, in einem VDS, der — von den Korporationen sehr stark beherrscht — dahin tendiert, einerseits das politische Mandat der Studentenschaft zu ignorieren, andererseits aber gerade die Vertretung der Studentenschaft zu monopolisieren, und der nicht bereit ist, die politischen Studentenverbände als politische Partner anzuerkennen.

Wir müssen uns eingestehen, daß wir unsere Möglichkeiten an der Hochschule bislang nicht genügend nutzten. Es kommt nicht nur darauf an, aus den Studentenparlamenten Tribünen der politischen Diskussion zu machen. Wir müssen vor allem an der tatsächlichen Arbeitsstelle der Studenten, in Seminaren und Instituten, Positionen aufbauen, Gegenmacht bilden

gegen die autoritäre Struktur der Universität. Dazu ist es aber nötig, daß wir gute Studenten sind. Auch die bewußtesten Kader der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften rekrutierten sich immer aus den qualifiziertesten Facharbeitern.
In manchen Gruppen ist die Politik an der Hochschule unverantwortlich vernachlässigt worden. Wenn die Aktivitäten außerhalb aber dazu führen, gefährden wir unsere Substanz. In allem, was wir tun, sind wir so stark, wie wir an der Universität sind. Wo dies nicht begriffen wird, erhält auch alle andere Arbeit außerhalb der Hochschule — wo sie auch immer stattfindet — falsche Akzente.

Kontakte zur FDJ und Aufklärung über Vietnam

Mit dem Ende des Wintersemesters 1964/65 sind die Kontakte des SDS zur FDJ weitgehend eingefroren. Der Bundesvorstand hat über die Vorgänge um die Einladung an den Zentralrat der FDJ und unsere Absage mit der bekannten Dokumentation ausführlich informiert und ebenso ausführlich seine Position dargelegt. Ich kann daher wohl darauf verzichten, nochmals näher auf diese Vorgänge einzugehen. Inzwischen sind wieder einzelne Ansätze zu Kontakten von Gruppen eingeleitet worden; in Münster war im Sommer eine FDJ-Delegation zu Besuch, nach Hamburg soll demnächst eine Studiengruppe der FDJ kommen.
Wir hoffen, daß durch den Besuch der Vertretung des Zentralrats der FDJ bei dieser Konferenz auch wieder die Voraussetzungen für vernünftige Beziehungen zwischen den beiden Organisationen geschaffen ist, und wir würden es begrüßen, wenn bald Gespräche darüber möglich wären. Seine Konzeption zu diesen Fragen hat der SDS ja in den letzten beiden Jahren entwickelt und vorgelegt.
Vor allem sind die wissenschaftlichen Beziehungen zu den Universitäten der DDR nicht abgerissen und weiter ausgebaut worden. Eine ganze Reihe von Wissenschaftlern aus der DDR hat im vergangenen Jahr auf Einladung des Verbandes in der Bundesrepublik über die Auffassungen und Verhältnisse in der DDR referiert und diskutiert, Wolf Biermann hat auf unsere Einladung hin eine Rundreise durch die Bundesrepublik gemacht.
Ich denke, derartige, der sachlichen Information dienende Veranstaltungen sind noch immer am ehesten geeignet, das Verständnis für die Probleme der anderen zu fördern.
Wir würden es aber begrüßen, wenn solche streng wissenschaftlichen, der Information dienenden Vortragsreisen auf Gegenseitigkeit stattfinden könnten. Nicht nur wir wollen von den Wissenschaftlern und Kommilitonen aus der DDR die dortigen Verhältnisse dargestellt und interpretiert haben — es scheint uns, daß auch der umgekehrte Versuch recht nützlich sein könnte.
So hat der Bundesvorstand jetzt mit dem tschechoslowakischen Studentenverband, CSM, vereinbart, einen Lektorenaustausch von Referenten des CSM und des SDS vorzubereiten.

Mit seinen auf die Lage in Vietnam bezogenen Aktivitäten hat der SDS sich in jüngster Zeit zum zweiten Male sehr stark gegen Kolonialismus und Imperialismus engagiert. Schon im vorigen Jahr hat er, wie auch in diesem, sich mit Aufklärungs- und Hilfsaktionen gegen die rassistische Politik in Südafrika gewandt, von der auch unser Freund Neville Alexander betroffen ist.
Das hat einige Genossen dazu veranlaßt, uns vor einer allzu großen Konzentration auf diese Themen zu warnen. Diese Warnung ist berechtigt, soweit sie sich gegen die Flucht vor der widrigen politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik zugunsten einer ausschließlichen Beschäftigung mit den Problemen dieser Länder wendet.
Liegt aber dieser Kritik ein verkürzter Begriff des Klassenkampfes zugrunde, so ist sie falsch.
Der Kampf in Vietnam symbolisiert die entscheidende weltpolitische und soziale Auseinandersetzung der gegenwärtigen historischen Epoche. Auch wenn wir uns in dieser Situation sozusagen in einem windstillen Winkel befinden, so stellt sie uns dennoch wichtige Aufgaben . . .

Von dem sich jetzt schärfer abzeichnenden Generationswechsel scheint uns allgemein die Lage des Verbandes deutlich bestimmt zu sein. Die für den SDS bisher entscheidende Gruppe hat ihr Selbstbewußtsein im Kampf um die Unabhängigkeit des SDS gewonnen, in der Diskussion um die Entwicklung der Arbeiterbewegung bis zum Godesberger Programm der SPD.
Die neue Generation des SDS kommt bereits in den unabhängigen, konsolidierten Verband, der sich an keine Partei anlehnt, die aktuell und allgemein die Position formulieren würde, an der er sich auch nur abarbeiten könnte. Daraus erklärt sich die Neigung, praktische oder auch theoretische Ansätze so zu verfestigen, daß sie falsch werden. In veränderter Gestalt produzieren wir dann die erstarrten Sonderpositionen, in die die Vorstellungen der alten Arbeiterbewegung während ihres Niederganges geronnen sind.
Wir müssen diese Tendenz rücksichtslos zur Kenntnis nehmen. Nur dann können wir ihren Gefahren entgehen und unsere Differenzen wirklich produktiv austragen. Mir scheint, wir denken oft zu unhistorisch. Während, wie die ersten Hefte der nk zeigen, die alte SDS-Generation sich bewußt war, daß die neuen Ansätze sozialistischer Theorie und Praxis der kritischen Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung bedürfen, wird diese heute oft gar nicht mehr beachtet. Das läßt die kritische Theorie leicht als eine „tabula rasa" erscheinen.

Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Kampf gegen die Notstandsgesetze

Es kommt mir hier vor allem darauf an, unsere Probleme darzulegen. Die Erfolge des Verbandes sind uns, denke ich, ohnehin gegenwärtig. Aber es sind gerade die Erfolge des Verbandes, die einen Teil seiner Probleme aufwerfen. Der

SDS hat als „die einzige funktionierende sozialistische Organisation in der Bundesrepublik" inzwischen einen Mythos gewonnen, mit dem die Schwäche der sozialistischen Linken, aus der sich ja die Sonderrolle des SDS ergibt, auf ihn zurückwirkt. An den Verband werden gerade auch von den Mitgliedern Ansprüche gestellt, die er nicht erfüllen kann. Man muß vermuten, daß der SDS manchmal als eine Ersatzpartei betrachtet wird. Das aber muß zu Enttäuschungen führen, die nicht ungestraft bleiben.

Es ist uns allen klar, daß der SDS sich nicht auf die Hochschule beschränken darf. Im vergangenen Jahr haben unsere Bemühungen um die Verbindung unserer Tätigkeit mit der von Organisationen außerhalb der Hochschule, insbesondere auch mit der der Gewerkschaften, große Fortschritte gemacht. Nicht nur ist bei den Mitgliedern des Verbandes selbst die Bereitschaft gewachsen, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse progressiven Bestrebungen in der Arbeiterschaft und ihren Organisationen auf mannigfache Weise zur Verfügung zu stellen. Wo diese Anstrengungen mit Ernst und Energie unternommen wurden, haben sie Anerkennung gefunden und über ihren ursprünglichen Radius hinauswirken können. Wir sollten diese Versuche mit aller Behutsamkeit behandeln und sie ebenso behutsam weiterentwickeln. Insbesondere kommt es darauf an, die von verschiedenen Genossen gemachten Erfahrungen auszuwerten.

Wir dürfen aber unsere Möglichkeiten nicht überschätzen. Wir können und müssen die kritischen Ansätze zur Selbstverständigung, die sich unter den Bildungsanstrengungen der Arbeitnehmer zeigen, mit unseren Mitteln als Studenten fördern. Mehr können wir nicht tun!

Andererseits kommt es in der Tat auch darauf an, daß wir selbst ein nüchternes, illusionsloses Verständnis für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und ihrer verschiedenen sozialen Schichten gewinnen. Der BV hat daher die Absicht einiger Genossen begrüßt, sich in gut vorbereiteten Praktika näher mit den Arbeitsbedingungen in der Industrie vertraut zu machen.

Bestimmend für die politische Arbeit des Verbandes im vergangenen Jahr war, daß es ihm als Teil der Intellektuellenbewegung gegen die Notstandsgesetzgebung gelang, zu praktisch-politischem Zusammenwirken mit den die Notstandsgesetzgebung bekämpfenden Gewerkschaften zu kommen. Die Struktur dieser gemeinsamen Front ist d a s exemplarische Beispiel für unsere politischen Arbeitsmöglichkeiten über die Hochschule hinaus, mit Gewerkschaften und anderen Organisationen, so wie unsere Aktivität gegen die Verfassungsänderung überhaupt an zentraler Stelle für unsere Arbeit gestanden hat und gründlich diskutiert werden muß. Der Brief der 215 Professoren an die Gewerkschaften konnte zur Initialzündung des aktuellen Widerstandes werden, weil er die Notstandsgegner in den Gewerkschaften aufmerksam machte und ihnen zugleich die Möglichkeit bot, sich auf das Sozialprestige der Akademiker zu stützen. Die Drohung einiger Gewerkschaften, ihre Organisationen zu mobilisieren, die trotz der Entpolitisierung der Arbeiterschaft sehr wohl in der Lage sind, größere Teile der Bevölkerung auch auf die Notstandsgesetzgebung aufmerksam zu machen, wenn sie sich der Sache ernsthaft annehmen, diese Möglichkeit hat die SPD dann auch zum Abbruch der Notstandsverhandlungen gebracht. Solange auch nur die geringste Hoffnung besteht, daß die Gewerkschaften sich ernsthaft engagieren, muß darauf der erste Akzent unserer Arbeit liegen. Die erste Aufforderung zur Notstandsaktion der fünf Verbände schlug daher den Gruppen vor, auf die Bildung örtlicher Komitees mit Gewerkschaftsjugend und anderen Jugendorganisationen, wie zum Beispiel der Naturfreundejugend, hinzuwirken. Das ist nicht im erforderlichen Umfang geschehen.

Nach wir vor sind die wenigen Linken in der Bundesrepublik vor allem zu finden in den alten Organisationen der Arbeiterbewegung, in den Gewerkschaften, in der Kampagne für Abrüstung. Von ihnen dürfen wir uns nicht leichtfertig trennen in der Illusion, wir könnten allein viel bewirken, gar Massen bewegen. Wenn das der Fall wäre, dann wären eben auch diese Organisationen lebendiger.

In den Diskussionen und Folgerungen aus der Anti-Notstandsbewegung und insbesondere auch beim Bonner Kongreß haben sich unsere Schwierigkeiten erneut gezeigt.

Unsere Schwäche und die Übermacht unserer Gegner bringen uns dazu, auch politische Arbeitsformen, die für sich durchaus sinnvoll sind, mit falschen Hoffnungen zu beladen.

Die teach-ins der amerikanischen und englischen Intellektuellen haben auch bei uns großen Widerhall gefunden. Von den Berliner Genossen wurde ein ähnlicher Versuch gleich gemacht; sie haben Angehörige der US-Mission in West-Berlin zu einem Streitgespräch über die Vietnam-Politik der USA eingeladen, das offenbar außerordentlich erfolgreich verlief. Ansonsten hat man den teach-in als Vorbild kolportiert, statt sich einen Begriff von ihm zu machen. Nur so würde aber wirklich sichtbar, ob und wie diese angelsächsische Form in Deutschland zur wirksamen politischen Form werden kann.

Der teach-in nimmt Öffentlichkeit als Sphäre staatsbürgerlichen Räsonnements, in der repressionsfrei das Vernünftige ermittelt wird, ernst. Angesichts des Strukturwandels der Öffentlichkeit geht er von einer Fiktion aus: Nicht nur macht sich unter dem Leistungsprinzip kaum ein Gedanke ganz frei von Repression, geschweige denn eine gesellschaftliche Sphäre, es ist auch noch die Öffentlichkeit zur Sphäre der domestizierenden Repräsentation öffentlicher Gewalt gegenüber den Bürgern geworden. Gestützt immerhin auf die bei den Intellektuellen noch am ehesten eingeübte partielle Rationalität, verlangt er nun von den Repräsentanten der öffentlichen Gewalt, daß sie den Normen öffentlicher Diskussion sich unterwerfen. Darin liegt die Kritik des teach-in. Wir haben schon die Situation entsprechend auf dem Bonner Kongreß erklärt: „Wenn Entwürfe zu einer Verfassungsänderung fast wie eine Geheimsache behandelt werden, wird die demokratische Diskussion der Öffentlichkeit zur unmit-

telbaren Kritik. Das wissenschaftliche Räsonnement über die Vorlagen zur Notstandsgesetzgebung auf diesem Kongreß sollte und soll Parteien und Institute der öffentlichen Meinung daran erinnern, daß die Demokratie ohne Öffentlichkeit und öffentliche Diskussion nicht funktionieren kann."
Das bedeutet, daß die explizit oder implizit vom jeweiligen politischen System für sich in Anspruch genommenen Intentionen der Aufklärung bereits einigermaßen desavouiert sein müssen. Der teach-in will politisch fungierende Öffentlichkeit wiederherstellen — und zwar nicht nur, indem er die rationale Diskussion von den Repräsentanten der öffentlichen Gewalt verlangt, sondern indem er zugleich rationale Urteilsfindung ermöglichen soll und darauf angelegt ist, demokratische Verhaltensformen aufzubauen. Die Teilnahme an sachlichen, ernsthaften Diskussionen kann nicht nur zu vernünftigeren Urteilen, sondern auch zur Habitualisierung demokratischer Verhaltensweisen führen, die ihrerseits das demokratische Potential stärken.
Das gilt für alle Demonstrationen, sofern sie nicht Repression gegen Repression verhärtend ausspielen, sondern argumentieren und zur Reflexion immer noch anhalten. Bloße sozialpsychologische Radikalisierungen, Bewegungen, die sich ihres politischen Inhalts entfremden, werden sozialtechnischen Manipulationen zugänglich, sie fördern nicht mehr politische Mündigkeit, sondern bauen sie ab. Wo die linken Parolen allzu behaglich gebrüllt werden, bestätigen auch sie das Wohlsein in der Entfremdung.
Der teach-in erlangt dort als Form der politischen Auseinandersetzung einige Bedeutung, wo die Gespaltenheit der spätkapitalistischen Gesellschaft ihren Ausdruck nicht in bewußten Organisationen und Zusammenschlüssen gefunden hat.
Unhistorisch und falsch ist es, wenn diese Form dargestellt wird als d i e Form akademischen Engagements, und falsch ist es, sie „scharf von den traditionellen Formen akademischen Engagements, von Unterschriften, Kundgebungen und Pamphleten" abzugrenzen. (M. Vester, „Die Strategie der direkten Aktion", nk 30, S. 15 f.)
Hätten wir abstrakt „die Mehrheit einer gesellschaftlichen Untergruppe, z. B. der Universität" (ebenda), engagieren wollen, wären wir davon ausgegangen, daß „eine gesamtgesellschaftliche Minderheit nur als Mehrheit einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, einer Belegschaft oder Studentenschaft, ein politischer Faktor" ist (ebenda, S. 17), hätten wir um jeden Preis die Beteiligung von Parlamentariern und Ministerialbeamten an den Diskussionen, etwa am Bonner Kongreß, erreichen wollen, dann hätten wir wahrscheinlich eine Art neutralen Veranstaltungszirkel unter Einschluß der Gruppen bilden müssen, die für die Verabschiedung der Gesetze eintraten, oder wir hätten in schlechter Verhüllung, uns selbst verleugnend, irgendwelche neutralen Komitees zur Diskussion dieser Frage bilden müssen.
Ich denke, es liegt auf der Hand, daß diese Taktik hinter der tatsächlichen Situation zurückgeblieben wäre. Zu Recht haben die Professoren ihre Entscheidung in ihren Appellen bekundet und den Aufruf der 215 Professoren unterschrieben — und also demonstriert. Es kam in der Tat darauf an, die „Skepsis oder Ablehnung", auf die die Gesetze und das undemokratische Schnellverfahren der Parteien bei einer „signifikanten Minderheit der Universität" stießen, so zu manifestieren, daß diese Manifestation über ihren ursprünglichen Kreis hinaus überzeugen und zugleich politischen Erfolg haben konnte (ebenda, S. 18).
Wir haben unsererseits eine politische Koalition gebildet, zusammen mit den Studentenverbänden, die sich für ein Minimalprogramm, die Verhinderung der Gesetze vor den Bundestagswahlen, entschieden hatten. Das war bereits eine Form der politischen Aktion, die weitaus verbindlicher ist, als es ein teach-in unter Einschluß aller möglichen Positionen gewesen wäre. Innerhalb des Minimalprogramms konnten die spezifischen Auffassungen loyal diskutiert werden, und darüber hinaus waren zum Bonner Kongreß beispielsweise sämtliche Bundestagsabgeordneten und Parteivorstände eingeladen. Es war ein Zeichen unserer Stärke, daß sich an das politisch begrenzte teach-in in Bonn der RCDS mit seiner Erklärung anhängen mußte und alle gegen die Koalition gerichteten Pamphlete an den Hochschulen auf die Koalition und ihre Kritik eingehen mußten . . .
Genossinnen und Genossen, ich denke, wir werden, wie bisher, ganz undogmatisch teach-ins, Podiumsdiskussionen, Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, was immer es sei, veranstalten — so wie es der jeweiligen Lage entspricht. Alle diese Formen sind nicht scharf voneinander abgegrenzt. Es kommt darauf an, in der jeweiligen Situation die Kampfformen und Parolen zu entwickeln, die die Stärke und das Bewußtsein der Opposition nicht hindern, sondern fördern. Man kann über längere Phasen eines Kampfes allgemeinere Bestimmungen festlegen, formale Rezepte nützen nichts, bleiben hinter der Bewegung zurück oder verlieren die Verbindung mit ihr. Pläne, die den Verlauf einer politischen Bewegung in Einzelheiten über längere Perioden festlegen wollen, unterstellen ein unveränderbares Subjekt, sie sind resignativ und schließen wirkliche Veränderung aus.
Wie abstrus übrigens die Verabsolutierung einer Form und die Aversion gegen andere Formen wäre, wird sofort deutlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, was denn der SDS selber organisatorisch-politisch ist. Er ist doch gerade der lebendige Ausdruck dafür, daß in Deutschland die Klassenkonflikte bereits einmal einen Grad von Klarheit und Bewußtheit gewonnen hatten, der eigene sozialistische Organisationen, d. h. die direkte und ausdrückliche organisatorische Form der klassenpolitischen Auseinandersetzungen, hervorgebracht hat.
Der SDS ist von vornherein immer schon Demonstration, entschiedene, feste, hoffentlich klare und eindeutige klassenbewußte Position. Er ist kein Klub mit unverbindlichem Programm, wenn auch die Spannweite der in ihm möglichen Auffassungen noch so groß ist.

Im Verlauf der Notstandsauseinandersetzungen ist es auch inhaltlich zu einigen Unklarheiten im Verband gekommen. Voraussetzungen der Koalitionsbildung war für uns, wie für die anderen Verbände, daß wir in ihr unsere spezifische Position nicht aufzugeben brauchten. Daher wurde in keiner der gemeinsamen Verlautbarungen die Verfassungsänderung generell abgelehnt oder bejaht. Die Koalition hatte das beschränkte Ziel, die Verabschiedung der vorgelegten Gesetze vor den Wahlen zu verhindern. Sie argumentierte daher immer ausschließlich ganz konkret zu diesen beiden Punkten. Darüber hinaus war es den Verbänden unbenommen, ihre voneinander abweichenden Stellungnahmen darzustellen und zu erläutern. Der Bundesvorstand hat immer großen Wert darauf gelegt, daß die Ablehnung jeder Notstandsgesetzgebung durch den SDS unmißverständlich blieb.

Dennoch sind im Verband Mißverständnisse aufgekommen. Es war klar — und Jürgen Seifert hat das in der nk auch dargelegt —, daß wir unsere Position nicht abstrakt vertreten, unsere Ablehnung nicht nur immer wieder repetieren konnten. Vielmehr kam es doch darauf an, die Berechtigung unserer generellen Ablehnung zu belegen — und zwar eben durch detaillierte Kritik der von den Befürwortern der Gesetze vorgelegten Entwürfe.

Darin haben sich nun einige Genossen verstrickt: Mit der Kritik lieferten sie zugleich Vorschläge für eine bessere Notstandsgesetzgebung. In einer von der Gruppe Frankfurt an ihre Mitglieder als Diskussionsbeitrag verschickten Zusammenfassung der Prinzipien der direkten Aktion wurde sogar die Auffassung vertreten, es müßten dann, wenn der Widerstand gegen die Gesetze am größten sei und eben doch mit ihrer Annahme gerechnet werden müßte, die „Entschärfungen formuliert vorliegen".

Genossinnen und Genossen, ich denke, es wäre nicht bloß inhaltlich, sondern auch taktisch falsch, würden wir dieser These folgen. Selbst unter der Annahme, daß die Gesetze jedenfalls durchkommen, wären dadurch Abschwächungen kaum wahrscheinlicher, eher unwahrscheinlicher. Vor allem ginge, würden wir Verbesserungsvorschläge vorlegen, die Stringenz unserer Position verloren, die uns nicht nur viel Respekt und Anerkennung gebracht hat, sondern uns auch in die Lage versetzt, das kritische Bewußtsein jener zu schärfen, mit denen wir partiell übereinstimmen. Wir würden damit in einen Formalismus zurückfallen, mit dem wir uns den formalen Kritikern der Gesetze angleichen würden, statt ihnen die inhaltlichen Implikationen zu erklären, die der Diskussion um die Rechtsnormen zugrunde liegen. Es darf uns nicht genügen, verfassungsrechtlich gegen die Grundgesetzänderung zu argumentieren. Wir entwickeln unsere Ablehnung aus der Einsicht in die gesellschaftliche Struktur der spätkapitalistischen Bundesrepublik. Die Begründungen unserer Position müssen immer zugleich die soziale Struktur des Kapitalismus und dessen barbarische Tendenzen bloßlegen.

Unsere Ablehnung der Gesetze ist daher nicht formaldemokratisch, sondern sozialistisch zu begründen. Und wenn wir also von uns fordern, daß wir aus praktisch-politischen Gründen die Vorlagen studieren müßten, dann sprechen wir ebenso vom gesellschaftstheoretischen Studium wie die Begründungen unserer Position sich verstehen als Lektionen sozialistischer Theorie.

Bei den Mitgliedern der befreundeten Verbände ist das Verständnis für unsere Auffassungen während der Zusammenarbeit gewachsen. Wir freuen uns darüber — zumal dies die Grundlage für weitere enge Zusammenarbeit sein könnte.

Es wäre aber schwächlich und auf die Dauer verhängnisvoll, wollten wir Abstriche von der Strenge unserer Positionen machen, in der Illusion, so mehr erreichen zu können. Wenn unsere Kritik an den vorgelegten Entwürfen bewirkt, daß ihre Befürworter entscheidende Änderungen vornehmen, so soll uns das recht sein. Wir zeigen zugleich, daß es nicht möglich ist, Notstandsgesetze demokratisch zu machen.

Würden wir anders vorgehen, würden wir positive Vorschläge vorlegen, dann träte das Gegenteil ein von dem, was wir wollen: nicht unsere Gegner, sondern wir müßten unsere Position ändern. Man kann nicht Verbesserungsvorschläge machen und zugleich ihre Berechtigung, d. h. die Gesetze, überhaupt ablehnen. Weil — wie Rosa Luxemburg das ausdrückt — „die Sachen auch dort ihre Logik haben, wo die Menschen sie nicht haben", müßte unseren Verbesserungsvorschlägen zur Notstandsgesetzgebung zwingend unsere grundsätzliche Zustimmung folgen.

Wir wissen freilich sehr wohl, daß Rechtsnormen nicht bloß Klassenverhältnisse ausdrücken, sondern auf sie auch zurückwirken. Wolfgang Abendroth hat immer wieder gezeigt, daß das Grundgesetz damals die Entscheidung über die Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik noch offenließ und es mit der Möglichkeit des sozialen Rechtsstaats die Möglichkeit sozialistischer Transformationen enthält. Die Verfassung ist daher heute in vielfacher Hinsicht zur Kritik der Verfassungswirklichkeit geworden, sie hemmt die autoritären Tendenzen und ist ein Ansatz zur Aufklärung.

Ganz illusionär und falsch wäre es, auf den Abbau der politischen Demokratie zu rechnen, weil die wachsenden Repressionen dann endlich die Masse der Bevölkerung zum Protest treiben würde. Solche mechanistischen Vorstellungen sind in Deutschland nach 1933 grausig widerlegt worden. Zwar können die sozialen Lasten der Kriegsvorbereitungen in besonderen konjunkturellen Situationen, kaum in der Regel, größere Kritik provozieren. Einschränkungen der politischen Demokratie dienen aber allein der Unterdrückung kritischer Äußerungen.

Unser Kampf für die politische Demokratie hat unmittelbare aktuelle Folgen, er ist gesellschaftsverändernde Praxis selbst gegenwärtig, insofern er unsere Arbeitsmöglichkeiten sichert. Das wußte die Arbeiterbewegung von Anfang an: daß die politische Demokratie nur von ihr erhalten werden

könne und zugleich das notwendige Terrain der demokratischen, sozialistischen Bewegung sei. Legale sozialistische Massenorganisationen, die Gewerkschaften, diese Konferenz, unsere Seminare — die Vorbereitung des Sozialismus innerhalb des hochentwickelten Kapitalismus überhaupt haben die bürgerliche Demokratie zur Voraussetzung. Unser Kampf für die politische Demokratie versteht sich also zugleich als Kampf für die Möglichkeit des Sozialismus, für die soziale Demokratie.

Es wäre in der Tat bloß radikal-demokratisch, würden wir uns an ein abstraktes, formales Verständnis der Verfassung klammern und ihre gesellschaftlichen Bedingungen oder am Ende gar ihre politische Bedeutung ganz aus dem Auge verlieren.

Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen, in denen wir als kleine Gruppe von Sozialisten, gemeinsam mit mehr formal denkenden Demokraten und mit Pazifisten, kämpfen gegen die fortschreitende innere Restauration und die äußere Aggressivität der herrschenden Mächte, in dieser Lage e r s c h e i n t unsere Politik leicht als bloß radikal-demokratisch, weil wir kaum mehr vermögen, als die autoritären Tendenzen zu bremsen. Wir müssen an uns mit aller Energie arbeiten, um diesen radikal-demokratischen Schein zu durchdringen. Nur so eröffnen wir uns die Möglichkeit, über die Verteidigung der formalen Demokratie hinauszugelangen — in diesem Kampf sozialistische Positionen zu entwickeln, und sei es auch nur in unseren eigenen Köpfen.

Wir haben im vergangenen Jahr versucht, eine flexible Politik der Einheit der entschiedenen Demokraten, insbesondere der Studenten und ihrer politischen Verbände, zu entwickeln. Das setzt nicht weniger, sondern mehr Selbstverständnis und Bewußtsein bei uns selber voraus. Unsere Aufgaben sind dadurch nicht kleiner, sie sind größer geworden. Wir müssen uns eingestehen, daß es bei weitem nicht gelungen ist, bei unseren Mitstreitern so mit unseren weitergehenden Argumenten durchzudringen, wie das möglich gewesen wäre. Wir können uns nicht das Urteil ersparen, daß unsere Auffassungen, z. B. in den Diskussionen des Bonner Kongresses, von den anwesenden Genossen durchaus nicht ausreichend vertreten wurden.

Selbst wenn nach der Bundestagswahl die Chancen sehr gering sein sollten, die Verfassungsänderung abzuwenden, kommt es darauf an, daß wir uns auf diese Auseinandersetzung gründlicher denn je vorbereiten. Wir müssen genau kennen, was wir ablehnen, auch wenn die Beobachtung stimmt, daß unsere Diskussionen schon bisher noch immer mehr Sachkenntnis gezeigt haben, als die entscheidenden Parlamentarier sie beweisen. Das von uns vorgelegte Protokoll des Bonner Kongresses sollte der Vorbereitung dienen auf die zu erwartenden neuerlichen Auseinandersetzungen. Diese werden nicht leicht sein, wir haben keine Wahl unmittelbar vor uns. Deshalb ist es um so wichtiger, nüchtern und vernünftig die bisherigen Erfahrungen zu diskutieren.

Genossinnen und Genossen, dieser Rechenschaftsbericht ist ein Wagnis. Es kam uns weder darauf an, einen Erfolgsbericht zu liefern, noch wollten wir die fertige „wegweisende Strategie" ausarbeiten. Mir scheint ohnehin, daß wir dazu neigen, je widriger die Wirklichkeit, je mächtiger der Gegner wird, um so mehr zu flüchten in die Diskussion von Handlungsanweisungen, von „Strategien". Es kommt aber darauf an, die schlechte Wirklichkeit genau zur Kenntnis zu nehmen. Je schwächer wir sind, um so eher neigen wir dazu, die erste revolutionäre Tugend zu verlieren — nämlich die Geduld. Wir wollten einen Diskussionsbeitrag liefern, der uns nicht über unsere Probleme hinwegreden läßt, sondern der uns aus unseren Problemen hilft, indem er sie nennt.

Die 20. o. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes

Protokoll der Tagung vom 14. bis 17. Oktober 1965 in Frankfurt

I n h a l t :

- Vorwort
- Grußworte
- Wilhelm Bauer, Die Lage in Vietnam
- Fritz Lamm, Die politische Situation in der BRD nach den Wahlen und die Möglichkeiten sozialistischer Politik
- Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes
- Ursula Schmiederer: Bericht über den Stand der Abrüstungsstudie des SDS
- Vorentwurf für ein Programm des SDS
- Beiträge zur Diskussion des Programmentwurfs
- Beschlußprotokoll der 20. o. Delegiertenkonferenz

Ca. 130 Seiten - Unkostenbeitrag 3,— DM

Zu beziehen über den Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, 6000 Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Straße 5

Sozialismus und die neue Arbeiterklasse

Serge Mallet

Man kann neue Strategien und Taktiken für die Arbeiterbewegung nicht entwickeln, ohne die wirkliche Natur, den konkreten Charakter der verschiedenen Klassen und Gruppen, die in unserer Gesellschaft konfligieren, zu betrachten. Marx hat den philosophischen Begriff des Proletariats als Agenten der Geschichte geschaffen, als „universales Subjekt". In seinen politischen Schriften indes, in denen es um spezifische Situationen geht, hat er sich stets davor gehütet, die Gesellschaften, die er analysierte, in das System der beiden großen Klassen des „Kapital" zu pressen: In „Revolution und Konterrevolution in Deutschland" unterscheidet er zwischen acht sozialen Klassen, in „Die Klassenkämpfe in Frankreich" nennt er sieben.

Alle marxistischen Theoretiker haben stets vorbehaltslos diese Unterschiede innerhalb der Bourgeoisie oder innerhalb des Bauernstandes zugegeben. Sie haben jedoch immer gezögert, solche Unterschiede auch innerhalb der Arbeiterklasse zu sehen. Proudhon sprach zwar von „Arbeiterklassen", aber er verstand darunter verschiedene halbhandwerkliche Schichten, die noch im Besitz der Produktionsmittel waren. Bei ihren Bemühungen, die spezifische Rolle der Arbeiterklasse zu definieren, neigten die Marxisten häufig dazu, aus dem philosophischen Begriff des Proletariats eine soziologische Einheit der Arbeiterklasse abzuleiten, die es nie gab. Diese Tendenz wurde noch weiter verstärkt durch die Entwicklung der leninistischen Vorstellungen und unter dem Einfluß des russischen Marxismus nach der Oktoberrevolution. Zu der Zeit, da Lenin die „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" schrieb, erschien die russische Arbeiterklasse äußerst homogen, wenn man sie mit dem westlichen Proletariat verglich, bei dem die Unterschiede bereits deutlich ausgeprägt waren. Sie reflektierte zugleich den noch primitiven Charakter des russischen industriellen Kapitalismus und die semifeudalen Bedingungen des zaristischen Rußland, die noch das ganze 19. Jahrhundert beherrschten, und unter denen die Industrie sich entwickelte. Auf diese Weise wurde die Bildung einer Arbeiterklasse, die sich ökonomisch, technisch und sozial vom Bauernstand unterschied, verhindert. Die Partei, die als konkretes Bewußtsein dieser erst sich formenden Arbeiterklasse sich errichtete und in ihrem Namen die Macht ergriff, neigte ganz natürlich dazu, den Begriff der Arbeiterklasse zu verherrlichen, der allmählich jeden Bezug zur Wirklichkeit verlor, in der die Industriearbeiter lebten. In der stalinistischen Ära herrscht dieselbe Situation, dann auch bei den Parteien im Westen. In einigen Ländern, wie in England oder Belgien, wo die Kommunistische Partei in der Arbeiterklasse nie Fuß fassen konnte, kam es zu teilweise grotesken Situationen, wenn die Partei sich mit einer mythischen Arbeiterklasse identifizierte, während sie auf die wirkliche keinen Einfluß hatte. Tatsächlich entwickelte sich hier eine völlig autonome Arbeiterbewegung, an der die Partei nicht den geringsten Anteil hatte. In einem Land wie Frankreich, wo die Kommunistische Partei eine Gefolgschaft unter den Arbeitern geschichtlich erbte und wo es ihr zudem gelang, diese bei verschiedenen Anlässen, besonders 1936, zu vergrößern, ist die Situation viel komplexer. Ihre Verflochtenheit mit der Arbeiterklasse hat die französische KP vor besonders flagranten Exzessen des Subjektivismus bewahrt. In der Praxis des Klassenkampfes stehend, sind die französischen Kommunisten niemals der Abenteurerei verfallen, die notwendiges Produkt der Verachtung von konkreten Bedingungen ist, unter denen die Arbeiterklasse sich entwickelt. Aber auch sie hat immer die größten Schwierigkeiten gehabt, diese Bedingungen konkret zu analysieren und daraus Schlüsse zu ziehen für eine offensive Strategie.

Nach der offiziellen Theorie der französischen Kommunistischen Partei bestand die einzige Konzession, die an die Komplexität der Strukturen innerhalb der Arbeiterklasse gemacht werden konnte, darin, die Existenz einer sogenannten „Arbeiteraristokratie" anzuerkennen, die man mit Lenin als notwendig reformistisch betrachtete. Eine um so mehr paradoxe Situation, als gerade von 1936 an der Kern der kommunistischen Kader aus diesem Kreis sich rekrutierte. Vor einigen Jahren kritisierte ich verschiedene Arten von Aktionen der Arbeiterklasse, die in ihrem Effekt die wirtschaftlichen Positionen von rückschrittlichsten Kapitalistengruppen verteidigten; ich sprach damals von einem „Arbeiter-Poujadismus". Diese Formulierung kritisierten zwei der prominentesten Theoretiker der französischen KP in einem neulich erschienenen Buch wie folgt: „So ist die Situation der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Welt — wir sehen es immer deutlicher — absolut ‚original'; im Unterschied zu den traditionellen Mittelklassen hat sie nichts zu verteidigen — kein Eigentum, keine Besitztümer, keine Habe; sie hat nicht die Wahl zwischen einer Art poujadistischer Aktion, das heißt der illusorischen Forderung der Rückkehr zu einer goldenen Vergangenheit, und einer wirklich revolutionären Aktion, die mit den Notwendigkeiten der Zukunft sich befaßt. Ein einziger Weg steht ihr offen: der Weg des Fortschritts. So können wir den Fehler sehen . . ."

Jeder Marxist muß mit der gemachten Formulierung dieser Autoren bei der Definition der besonderen Rolle der Arbeiterklasse in der Geschichte der Gesellschaft einverstanden sein. Und doch lohnt es zu erkennen, daß diese Formulierung die Autoren zu dem Schluß führt, Irrtum oder Abweichung auf seiten irgendeiner Gruppe der Arbeiterbewegung im

Verlauf des Klassenkampfes könne es nicht geben. Dabei erleben wir andauernd Beispiele von Kämpfen einer sozialen Gruppe um Interessen, die nicht die ihren sind. Man käme auf diese Weise zu dem Schluß, die Arbeiterklasse oder sogar auch nur eine einzelne Gruppe der Arbeiterklasse könne in bestimmten Augenblicken und unter bestimmten Umständen nicht eine ihren allgemeinen Interessen objektiv entgegengesetzte Politik betreiben.

Der Zusammenbruch der traditionellen sozialdemokratischen Theorie, die mit der Vernichtung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie durch den Nazismus endgültig wurde, zusammen mit dem stalinistischen Subjektivismus haben den Marxismus angesichts der Entwicklung der Arbeiterklassen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften entwaffnet zurückgelassen. So wenig der Marxismus heute noch als Instrument der Analyse und Erkenntnis jener Gesellschaften angewandt wird, in denen er institutionalisiert wurde, so wenig dient er noch dazu, die Klasse zu erforschen, von der der Wille, die Gesellschaft zu verändern, abhängt. Marx und Engels haben oft betont, daß es zur „Natur der bürgerlichen Produktionsweisen" gehöre, fortwährend die Produktionsmittel und Produktionstechniken und selbst die Natur derselben zu revolutionieren. Und daß diese Veränderungen in der Arbeitsorganisation und in den technischen Verhältnissen der Produktion ihre Rückwirkungen auf Charakter und Verhalten der Arbeiterklasse selbst hätten.

Nichtsdestoweniger haben die Marxisten die innere Entwicklung in der Arbeitswelt von 1920 bis 1940 praktisch ignoriert. Die einzig rühmliche Ausnahme, die zu jener Zeit wenig bekannten Schriften von Antonio Gramsci über „Americanism und Fordism", bestätigen nur die Regel. Dieser Mangel des Marxismus erklärt in sich schon den Erfolg der positivistischen und empiristischen Konzeptionen (auch amerikanischen Ursprungs) in der jungen soziologischen Wissenschaft. Die positivistische Konzeption der Soziologie der Arbeit gesteht der Technologie das Primat über die Produktionsverhältnisse zu und reduziert die sozialen Klassen auf vielerlei Gruppen, unter denen — nach ihrer Überzeugung — keine strukturellen Verknüpfungen bestehen. Diese Auffassung konnte sich im westlichen Europa, wo die marxistischen Vorstellungen seit Ende des 19. Jahrhunderts weite Verbreitung fanden und die Entwicklung der Soziologie zu einer Wissenschaft quasi begleiteten, nur durchsetzen, weil die Marxisten sich als unfähig erwiesen, die Veränderungen im technischen Produktionsprozeß in die der kapitalistischen Produktionsweise inhärenten Konflikte zu integrieren.

Heute beginnen die positivistischen Tendenzen in der Soziologie der Arbeit sich sogar selbst in den sozialistischen Ländern zu zeigen, wo sie den unmittelbaren empirischen Bedürfnissen der Produktionsplaner zu entsprechen scheinen, ganz genauso wie sie den Bedürfnissen der Managerschicht in der amerikanischen Gesellschaft entsprechen. Obwohl der offizielle Marxismus die Soziologie der Arbeit ignoriert — bis vor kurzem wurde sie in der Sowjetunion noch als „bürgerliche Wissenschaft" bezeichnet — hat eine neue Generation von Forschern sich auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Gruppengesellschaften der positivistischen Soziologie und der Sozialpsychologie gestürzt, die — so scheint ihnen — doch zumindest das Verdienst hat, von den wirklich vorhandenen Problemen in der Arbeitswelt auszugehen.

Es ist eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung für marxistische Soziologen in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften, die marxistisch-dialektische Methode in der Soziologie der Arbeit zu reintegrieren und deren Errungenschaften im Licht der marxistischen Konzeptionen neu zu werten. Gibt es so etwas wie technologische Entfremdung?

Marx sah die zunehmende Arbeitsteilung als ein ganz wesentliches Moment der kapitalistischen Produktion. In seinen Erörterungen über den Verlust an beruflicher Unabhängigkeit, den die Arbeiter in Großindustrien erlitten, erwies er sich als erster Arbeitssoziologe seiner Zeit. Gleichzeitig vertrat er den Standpunkt, daß mit der Befreiung der Arbeiterberufe von Riten und Mysterien („savoir-faire"), durch die mittelalterliche Gilden ihr Können weitervermittelt hatten, die Diktion der Arbeit an Klarheit gewonnen habe. Nach Marx hängt das Bild des Proletariers, der nichts „als seine Ketten zu verlieren" hat, nicht nur mit dem Verlust der wirtschaftlichen Initiative des Arbeiters zusammen, sondern genauso mit dem Verlust der beruflichen Unabhängigkeit. „Die große Industrie zerriß den Schleier, der den Menschen ihren eignen gesellschaftlichen Produktionsprozeß versteckte und die verschiedenen naturwüchsig besonderten Produktionszweige gegeneinander und sogar den in jedem Zweig Eingeweihten zu Rätseln machte. Ihr Prinzip, jeden Produktionsprozeß, an und für sich und zunächst ohne alle Rücksicht auf die menschliche Hand, in seine konstituierenden Elemente aufzulösen, schuf die ganz moderne Wissenschaft der Technologie." (Marx, „Kapital" I, 13. Kapitel.)

Tatsächlich sah sich der Produzent mit dem Verschwinden der beruflichen Unabhängigkeit des Arbeiters seines einzigen Besitzes beraubt, den ihm bis dahin die kapitalistische Fabrik noch gelassen hatte, den Besitz seines Berufes. Das Verschwinden der alten Schicht von beruflich vielseitigen Arbeitern vollzog sich in einem langsamen Prozeß; besonders in den lateinischen Ländern wurde durch den Widerstand der alten städtischen Strukturen, die schon im Mittelalter weitgehend bestanden, und durch die lange währende wirtschaftliche und politische Vorherrschaft eines Kleinbürgertums, dessen objektives Interesse es ist, den Prozeß der Konzentration aufzuhalten, die generelle Anwendung technologischer Verfahrensweisen, die in den angelsächsischen Ländern bereits weit entwickelt sind, um Jahrzehnte verzögert. Marx hatte völlig recht mit seiner Behauptung, daß der Widerstand der archaischen Schicht der professionellen Arbeiter, auch wenn sie an der Wiege der ersten Arbeiterorganisation stand, gegenüber dem Kapitalismus in einer Haltung begründet war, die sich kaum von der der Handwerker und des Kleinbürgertums unterschied, die vorkapitalisti-

schen Produktionsweisen anhingen. Nach Marx war es notwendig, daß auch das letzte Band, das der Produktion den Charakter des Individuellen beließ, zerrissen werde, damit die Arbeiterklasse sich völlig als autonome Klasse konstituieren könne. Bekanntlich ist dies einer der wesentlichen Streitpunkte in der Polemik zwischen Marx und den französischen Sozialisten, namentlich Proudhon. Hier wie oft an anderer Stelle war Marx mit seinem tiefen Sinn für das, was in Zukunft geschehen würde, den Produktionsbedingungen seiner Zeit im gesamten vorausgeeilt. Und tatsächlich war ein wesentliches Element des außerordentlichen Erfolgs des Marxismus nach 1860 zweifellos sein Moment der Voraussicht. 1860 war Proudhon der objektiven Wirklichkeit der Industrie seiner Zeit unendlich viel näher als Marx, aber da er die Entwicklung des industriellen Kapitalismus und seiner technologischen Verfahren nicht vorausgesehen hatte, mußte er seinen Einfluß in den folgenden Jahren verlieren.

Indes, die Bildung riesiger, halbqualifizierter Arbeitermassen, deren produktive Arbeit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innerhalb des technischen Prozesses selbst zur Ware wird, hatte Konsequenzen für die Arbeiterbewegung, die von Marx nicht vorausgesehen worden waren. Sicherlich haben eine Zeitlang die brutale Homogenisierung der Arbeiterklasse, das Verschwinden der beruflichen Initiative und der individuellen Arbeit dazu beigetragen, ein Arbeiterbewußtsein zu schaffen, das dazu geeignet war, die Produktionsverhältnisse von Grund auf zu verändern. Aber der Widerstand des Proletariats selbst, die Schaffung von Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften zusammen mit der Verschärfung der Konkurrenz — einschließlich der technologischen unter den Kapitalisten selbst — brachte das System zu einer ganzen Reihe von Arrangements, die es ihr ermöglichten, die „Verelendung der Massen", die von Marx prophezeit war, zu verhindern. Heute sind die dogmatischsten Theoretiker der Arbeiterbewegung mehr oder weniger bereit zuzugeben, daß es eine „absolute Verelendung" der Arbeiterklasse in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern nicht gab — oder besser — nicht mehr gibt. Um fundamentale Probleme bei der Organisation der Produktion in der Gesellschaft zu vermeiden, hat der Kapitalismus mehr oder weniger bewußt die Forderungen der Arbeiter aus dem Bereich der Produktion in den der Konsumption verschoben. Hand in Hand mit einer fortschreitenden Arbeitsteilung, die den Produzenten von seinem Produkt trennte, ging eine andere Trennung: die zwischen dem arbeitenden Menschen und dem Privatmann. Zwischen dem System der Arbeitsorganisation, die auf dem Verlust der Initiative beim Arbeiter und auf der Entwicklung der gewerkschaftlichen Forderungen basiert, besteht eine enge dialektische Beziehung — die Tendenz bei den großen westlichen Gewerkschaften ist, vom Produktionssystem selbst keine Notiz zu nehmen, um sich auf die Erringung höherer Löhne zu konzentrieren, die dann wieder auf dem Konsumsektor angelegt werden. Im Zeitalter der Mechanisierung von Arbeit hört der Arbeiter nicht nur auf, wie Marx es vorhersah, sich als individueller Produzent zu sehen, sondern auch als Produzent überhaupt. Diese Tendenz, alle Forderungen in bezug auf Natur und Inhalt der Produktion aufzugeben zugunsten von realisierbaren Forderungen in der Konsumsphäre — ein Bereich, der in sich selbst durch die kapitalistische Produktionsweise bestimmt und an ihr orientiert ist —, steht durchaus in Zusammenhang mit der Zunahme der reformistischen Elemente in der gesamten westlichen Arbeiterbewegung, gleich ob es sich dabei nur um vorwiegend sozialdemokratische oder kommunistische Organisationen handelt. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, unterschied sich der soziale Kampf im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts in England und Frankreich kaum. „Der Kampf ums Beefsteak" — das heißt der Kampf um größere Mittel zur Konsumption, aber eingespannt in einen Rahmen, in dem die Bedürfnisse durch die kapitalistische Industrie selbst geschaffen werden, war diesseits und jenseits des Kanals gleich weit verbreitet und mit ihm im politischen Bereich die Ausübung von Parlamentarismus und Wahl. Natürlich wurde in Organisationen, die sich auf den Leninismus berufen, nie der Hinweis auf die große Revolution unterlassen. „Eines Tages werden alle auf Rosen gebettet sein" — aber solche Bezüge wurden mehr und mehr formal. Es wäre sehr gefährlich anzunehmen, Dogmatismus und Opportunismus innerhalb der westlichen Arbeiterbewegung seien allein das Ergebnis bürokratischer Usancen der oder jener Führung, trauriges Erbe des „sozialdemokratischen Verrats" oder „die negativen Folgen des Personenkultes". Tatsächlich war die Bürokratisierung der Arbeiterbewegung in den westlichen Ländern die Folge der Struktur der Arbeiterklasse, nicht umgekehrt (wobei die Arbeiterklasse ihrerseits durch die technische Organisationsform der kapitalistischen Produktion bestimmt ist). Es ist erstaunlich, daß marxistische Autoren niemals das typisch kapitalistische Phänomen von wirtschaftlicher Konzentration und der Bürokratisierung mit der Natur der technischen Organisation der Arbeit in Zusammenhang gebracht haben. Zum Beispiel behauptete Lenin 1923, die Sowjetunion könne nur gewinnen, wenn sie das Taylor-System in ihren Unternehmen einführe. Für ihn lag die Zukunft der Industrie in der Schaffung großer industrieller Einheiten, die nach dem Fließbandprinzip organisiert waren, und er hielt es durchaus für möglich, diese entwürdigende und entmenschlichende Produktionsweise mit der Entfaltung sozialistischer Menschen zu vereinigen. Es war tatsächlich seine Auffassung, daß, wenn die Produktionsmittel und die Entscheidungsgewalt über die Organisation der Produktion erst einmal im Besitz der Produzenten wären, das System der Organisation der Arbeit dasselbe sein könne wie in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Wohl war Lenin zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich mit dem Problem der Schaffung einer größeren Industrie in der Sowjetunion beschäftigt, der materiellen Basis des Sozialismus, und es war legitim, daß er nach den rentabelsten Produktionsweisen suchte, nach solchen, die die russische Industrie am raschesten

aus ihren archaischen Usancen lösen und von ihrer sprichwörtlichen Unproduktivität befreien konnte. Aber es ist nicht ohne Interesse festzustellen, daß dies fast genau zu demselben Zeitpunkt geschah, da in den am weitesten fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern die Diskussion über Mechanisierung der Arbeit, die Soziologen und Sozialpsychologen führten, ernsthafte Schwächen in den Vorstellungen von Taylor und Henry Ford konstatierte, selbst vom engen Gesichtswinkel der kapitalistischen Rentabilität aus betrachtet. Die berühmte Hawthorne-Studie von Elton Mayo ebenso wie die Untersuchungen über Gruppendynamik ergaben, daß die Produzenten, wenn sie aller schöpferischen Initiativen beraubt sind, dazu tendieren, weniger zu produzieren als jene, denen diese Initiative zurückgegeben wurde. Indes — und es ist erstaunlich, wie wenig Marxisten versucht haben, diesen offenen Widerspruch zu reflektieren — wurde trotz der Ergebnisse der amerikanischen Soziologen nichts Grundlegendes unternommen, um die Organisation der Produktionsverhältnisse in der amerikanischen Großindustrie zu verändern. Seit vierzig Jahren nunmehr beschäftigen alle großen amerikanischen Firmen Teams von soziologischen und psycho-soziologischen Forschern, deren Ergebnisse sie völlig ignorieren, abgesehen von ein oder zwei jener unwichtigen Empfehlungen, um die dann ein großer Lärm veranstaltet wird, die sich aber kaum von jenen Maßnahmen in der modernen Agrikultur unterscheiden, die Kühe zu größerer Milchproduktion zu veranlassen oder die Hühner zu ermuntern, mehr Eier zu legen.

Man kann sich unter diesen Umständen fragen, ob der Widerstand der Kapitalisten, den Arbeitern Initiative zurückzugeben, sei es in dem engen Bereich der technischen Organisation der Produktion und sei es auf Kosten der Produktivität, nicht eine gewisse Verwirrung in deren Bewußtsein darüber beweist, daß Mechanisierung und Arbeitsteilung letztlich das beste System darstellen, die kapitalistische Herrschaft im Betrieb zu erhalten. Mit einem Wort, der Kapitalismus bedarf, um jene berühmte „Entscheidungsgewalt der Unternehmer" zu bewahren, eines Produktionssystems, in dem der Produzierende zum Objekt gemacht wird, und er wird dieses System selbst dann erhalten, wenn es, vom Standpunkt der Produktivität betrachtet, heute nicht mehr das wirksamste zu sein scheint. Diese Frage jedoch zieht andere nach sich, die mir wesentlich für die Zukunft des Sozialismus in den entwickelten westlichen Ländern erscheinen:

Erstens: Ist der Sozialismus als ein System, das nach der Lösung aller menschlichen Probleme strebt, vereinbar mit einem System der Arbeit, das den Menschen von seiner Arbeit, den Produzenten von seinem Produkt trennt?

Zweitens: Kann eine Arbeiterklasse, die ganz und gar unter diesem System sich bildete, den Sozialismus sich vorstellen und seine Realisierung wünschen, in einem Augenblick, da ihre elementaren Bedürfnisse erfüllt sind und da die Bedürfnisse am kapitalistischen System selbst orientiert und von ihm kontrolliert sind?

Die Automation und ihre Möglichkeiten

Zugleich liegt es in der Natur des kapitalistischen Produktionssystems, die kontinuierliche Entwicklung der Produktionskräfte nicht für dauernd aufhalten zu können.

Die Einführung von Fließbandarbeit und die Standardisierung der Massenproduktion haben Qualitätsproduktion erst nach der Krise von 1929 bis 1931 endgültig ausgeschlossen. Der Krieg von 1939 bis 1945 verhinderte dann noch weiter den Prozeß der Modernisierung. So war es noch vor zehn Jahren möglich — und auch dies erklärt sich aus der Differenz zwischen dem Auftreten von bestimmten Phänomenen und ihrer bewußten Wahrnehmung —, solche Phänomene wie mangelnde Qualifikation der Arbeiter, Beschleunigung des Arbeitstempos, Arbeitsteilung etc. als wesentliche Aspekte in der Entwicklung der Arbeit in Westeuropa zu sehen. Tatsächlich trat hinter der Ausbreitung der Serienproduktion, die allmählich alle Industriezweige erfaßte, eine absolut revolutionäre Technologie zutage. Die Automation — die wahre dialektische Negation der Arbeitsteilung — hat sich mit enormer Geschwindigkeit in jenen fortgeschrittenen Industrien etabliert, wo neue Stoffe und neue wissenschaftliche Entdeckungen angewandt werden: Petrochemie, Öl, Elektrizität, Fernmeldewesen. Die ökonomische Expansion aller westeuropäischen Länder, die Notwendigkeit, etwa durch den Kalten Krieg spektakulär gestiegene Preise der Grundstoffe durch eine Zunahme der Produktivität auszugleichen, die Schwierigkeit in diesen Ländern, genügend Arbeitskräfte zu finden, und schließlich der Zwang, mit den USA und den wissenschaftlichen und technischen Entdeckungen (die hauptsächlich während des Krieges gemacht worden sind) Schritt zu halten, all diese Faktoren zwangen die europäische Industrie dazu, ihren Produktionsapparat zu erneuern und in weiten Bereichen die Automation einzuführen: in der Stahl- und Autoindustrie, bei der Eisenbahn, in der Textil- und Nahrungsmittelproduktion etc. Schließlich — und in diesem besonderen Fall ging der Wandel sehr schnell vonstatten — wurde die Büroarbeit selbst durch die Einführung der Elektronengehirne, der Tabelliermaschinen etc. rasch verändert. Das Vordringen der neuen Technik in so verschiedenen Bereichen wie Produktion, Distribution, Transport und Dienstleistung wandelt ganz entscheidend den Begriff selbst der Arbeiterklasse. Bis zur Spezialisierung war es relativ leicht, zwischen produktiver und nichtproduktiver Arbeit zu unterscheiden. Auf jeden Fall war es weniger wahrscheinlich, daß man diesen Unterschied verwechseln würde mit dem zwischen manueller und intellektueller Arbeit, wie es zu Beginn der industriellen Epoche geschah, er nahm einen mehr theoretischen und ökonomischen Charakter an.

Dennoch gilt natürlich weiterhin, daß die Vorstellung von Ertrag und Produktivität nach wie vor unabdingbar verknüpft war mit der Schaffung von materiellen Werten und der Produktion von Gegenständen. Akkordarbeit und ihre komplexeren Formen wie Bezahlung nach Stückzahl erhielten die Illusion von individueller Arbeit und damit gleich-

zeitig der Entfremdung des Mehrwerts vom Individuum. In der automatisierten Industrie jedoch hat sich die Arbeit für den Arbeiter grundlegend verändert. Man spricht hier eher von Aufsehern und Operateuren als von Produzenten im eigentlichen Sinne. Es scheint, daß die Automation letztlich zwingend zur Eliminierung des Arbeiters aus dem Stadium der Produktion führen wird. Produkte werden durch andere Produkte produziert, die sich selbst regulieren und ihre Fehler korrigieren können, ja sogar sich selbst reproduzieren. In diesem selbstregulierten Zusammenhang ist der Mensch, der Arbeiter nur noch ein entfernter Demiurg, der die Produktionsmechanismen erfindet und den Rahmen für ihre autonome Aktivität absteckt. Unter diesen Umständen wird das Eingreifen des Menschen auf das Stadium vor und nach der Produktion im eigentlichen Sinne beschränkt. Intellektuelles Schaffen, Erfinden auf der einen Seite und Kontrolle auf der anderen werden zu seiner Domäne. Individuelle Arbeit gibt es nicht länger. In der Automation ist der Arbeiter kollektiv. Die Entwicklung der Automation ist jedoch nur im geeigneten ökonomischen Rahmen möglich — bei einer außerordentlichen Konzentration der finanziellen Mittel und einer sehr rationellen Organisation des Marktes.

Es liegt auf der Hand, daß die dafür notwendigen äußerst komplexen Mechanismen Investitionen erfordern, die allein die ganz großen Wirtschaftskonzerne oder Staatsmonopole sich leisten können. Es ist klar, daß die Amortisation solche Investitionen nur mit der Aussicht auf eine unbegrenzte Produktion, auf konstante wirtschaftliche Expansion und auf einen stets wachsenden Markt gerichtet ist.

Die ganze kapitalistische Entwicklung vollzieht sich tatsächlich im Rahmen von Gesetzen der organischen Zusammensetzung von Kapital — das heißt im Verhältnis von konstantem Kapital (= der Teil des Kapitals, der im Lauf des Produktionsprozesses seinen Wert nicht ändert) und variablem Kapital (= derjeniger, der — in Form von Löhnen investiert — „sein eigenes Äquivalent und darüber hinaus einen Mehrwert" erbringt, um Marx' Formulierung zu gebrauchen).

Die Einführung der Automation hat eine entscheidende und endgültige Modifizierung der organischen Zusammensetzung des Kapitals zur Folge. In der nichtmechanisierten Industrie macht das variable Kapital einen beträchtlichen, das konstante nur einen geringen Teil aus. In diesem Stadium, wo die Profitrate im Verhältnis zum investierten Kapital äußerst günstig ist, kann der Industrielle die Unwägbarkeit des Marktes ohne große Aufregung hinnehmen.

Mit dem Auftreten von maschinellem Werkzeug begann diese Situation sich zu verändern. Aber selbst heute steckt die traditionell mechanisierte Industrie 15 bis 25 Prozent des flüssigen Kapitals in Löhne, Prämien, soziale Lasten etc., während die hochautomatisierten Industrien (Öl und Chemie) nur 4 bis 5 Prozent dafür aufwenden. Die fixen Kosten dagegen erreichen hier oft 40 bis 60 Prozent.

Stetes Ansteigen der fixen Produktionskosten zusammen mit einem immer schnelleren Rhythmus von technischen Neuerungen und Veralten der Ausstattung macht diese Unternehmen den geringsten Schwankungen des Marktes gegenüber unendlich viel verwundbarer. Durch die Bedeutung von konstantem Kapital und durch das tendenzielle Abnehmen der Profitrate hat jede Verlangsamung der Produktion viel ernstere Folgen, als es in der Vergangenheit in irgendeinem Betrieb je der Fall war.

Das Wirtschaftsleben gedeiht in einer Welt des klassischen Liberalismus nicht mehr. Die Selbstregulierung des freien Marktes erweist sich als ungenügend, um die Entwicklung der Produktion zu gewährleisten. Die moderne Industrie stützt sich also auf zwei grundsätzlich neue Quellen: erstens verläßt sie sich auf den Staat als Instrument zur Regulierung der Wirtschaft und als wichtigsten Geldgeber. So entwickelte sich auch in allen kapitalistischen Ländern in der einen oder anderen Form Planungsmaschinerien. Zweitens organisiert sie den Konsum so, daß in der heutigen Welt das Produkt nicht mehr seinen Käufer sucht, sondern dieser, durch die Werbung veranlaßt, das Produkt sucht. Die Industriegesellschaft wird zur gelenkten Konsumgesellschaft. Dabei interveniert dann der Staat zugunsten (als Wächter) der Interessen der Industrie — enorme Ausgaben für Verkehrsstraßen etc. sind notwendig für das Überleben der Automobilindustrie.

Diese Konsumgesellschaft, die unaufhörlich bemüht ist, neue Bedürfnisse zu wecken, kann sich keine längeren Pausen erlauben, ohne ihr wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht tiefgreifend in Frage zu stellen. So erklären sich die inflationistischen Tendenzen, die als nahezu permanente Gegebenheit des organisierten Kapitalismus erscheinen.

Der organisierte Kapitalismus verwirklicht im höchsten Grade den fundamentalen, schon von Marx analysierten Widerspruch zwischen der ständig wachsenden Vergesellschaftung der Produktivkräfte und dem privaten Charakter der Produktions- und Tauschmittel. In diesem Sinne erscheint der Rückgriff des organisierten Kapitalismus auf sozialistische Techniken weniger als eine Stärkung seiner inneren Strukturen, sondern als das Resultat eines erzwungenen Kompromisses mit den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte. Das Gleichgewicht des organisierten Kapitalismus kann also nur in dem Maße gesichert werden, wie es ihm gelingt, sich die freiwillige Mitarbeit der an der Produktion beteiligten Klassen zu sichern. Mit einem Wort, die objektiven Widersprüche seiner Struktur sind dergestalt, daß die Existenz oppositioneller Kräfte, die die Produktionsverhältnisse in Frage stellen, ihm weitaus gefährlicher werden kann als in der Vergangenheit.

Ist die neue Arbeiterklasse revolutionär?

Es ist also von entscheidender Bedeutung, ob die mit den fortgeschrittensten Prozessen der wirtschaftlichen Entwicklung verbundene Fraktion der Arbeiterklasse eine mögliche

revolutionäre Kraft oder einen Faktor der Integration in das System des organisierten Kapitalismus darstellt. Nachdem die kommunistischen Führer Westeuropas lange Zeit die Existenz „dieser neuen Schichten" der Arbeiterklasse geleugnet oder sie der traditionellen Arbeiteraristokratie zugerechnet hatten, haben sie ihnen schließlich eine gewisse Rolle in der Arbeiterbewegung eingeräumt. Trotzdem zeigen die jüngsten Publikationen des sogenannten „orthodoxen Marxismus", daß man sich weiterhin weigert, diese Schichten als einen entwickelten und integrierenden Bestandteil der Arbeiterklasse zu betrachten: „Man kann über das Problem der berühmten neuen Schichten viel diskutieren; was auch immer sie bedeuten mögen, sie können nicht die Grundlage einer sozialistischen Politik liefern. Um sich nicht in Spekulationen zu verlieren, muß man das wirklich Wesentliche betonen: den Kampf zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Produzierenden, den Lohnempfängern, die nichts anderes als ihre Arbeitskraft besitzen." In diesem Text, dem letzten, den er vor seinem Tode schrieb, verband Maurice Thorez, der Vorsitzende der französischen Kommunistischen Partei, willkürlich die neue Arbeiterklasse mit den „neuen Mittelschichten", von denen er zu Recht sagte, daß sie zugleich an den Produktionsprozeß, also objektiv an das Schicksal der Arbeiterklasse gebundene Elemente, und parasitäre, also objektiv an die Ausbeuterklasse gebundene Elemente enthalten. Warum wird dann aber von Grund aus der unwissenschaftliche Begriff der „Mittelklasse", den der Marxismus immer abgelehnt hat, wieder in die Diskussion eingeführt? In Wirklichkeit spiegelt das Übergehen der neuen Arbeiterschichten, der Techniker, Forscher und Facharbeiter in den automatisierten Betrieben, nur die Unfähigkeit der traditionellen Arbeiterorganisationen, ihre Aktion den neuen Organisationsformen des Kapitalismus anzupassen und eine Angriffsstrategie für den Übergang zum Sozialismus in den wirtschaftlich entwickelten Ländern auszuarbeiten.

Ist die neue Arbeiterklasse revolutionär? Wenn man darunter versteht, daß sie ein revolutionäres Bewußtsein im klassischen Sinne besitzt, welches sich in dem Willen äußert, zunächst die politische Macht zu erringen, gleich durch welches Mittel und zu welchem Preis, um dann erst in einer späteren Phase die Gesellschaft neu zu organisieren, dann ist unbestreitbar, daß die neue Arbeiterklasse n i c h t revolutionär ist. Sie ist es unter diesen Umständen nicht, weil sie zwei Bedingungen für die Veränderung der bestehenden Strukturen stellt. Die erste folgert daraus, daß die Veränderung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen nur zum Preis der Zerstörung des bestehenden Produktionsapparates, das heißt seiner ernsthaften Schwächung möglich ist — „die Maschine ist zu teuer, um sie zu zerschlagen".

Zum zweiten hat sie einerseits die negativen Konsequenzen einer politischen Machtergreifung, die nicht sofort von einer Veränderung der sozialen Strukturen, der Hierarchie der Gesellschaft begleitet wäre, erkannt; andererseits fühlt sie sich dazu imstande, schon jetzt Elemente neuer Sozialbeziehungen zu erobern und schickt dem Befehl, „Die Macht muß ergriffen werden!", die Frage voraus: „Um was zu tun?" Aber wenn man unter „revolutionär" die ständige Bereitschaft versteht, die bestehenden sozialen Beziehungen zu verändern, dann machen die objektiven Bedingungen, in denen die neue Arbeiterklasse handelt und arbeitet, aus ihr eine vorbildliche Avantgarde der sozialistischen Bewegung. Je bedeutsamer der Forschungs- und Überwachungssektor wird, je mehr sich die menschliche Arbeit auf die Vorbereitung und Organisation der Produktion konzentriert, desto mehr wächst der Sinn für Initiative und Verantwortung. Je mehr der moderne Arbeiter auf kollektiver Basis die Berufsautonomie wiedergewinnt, die er in der Phase der mechanisierten Arbeit verloren hatte, desto stärker wird die Forderung nach Mitbestimmung. Die modernen Produktionsprozesse bieten heute die objektive Möglichkeit der allgemeinen Selbstverwaltung von Produktion und Wirtschaft durch diejenigen, die deren Last zu tragen haben. Aber diese Möglichkeiten stoßen sich zugleich an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen (an den Rentabilitätskriterien, die auf den kurzfristigen Profit der Besitzer gemünzt sind) und an der technisch-bürokratischen Struktur der Unternehmen, die mehr und mehr die harmonische Entfaltung ihrer produktiven Möglichkeiten bremst. Die sozialen Konflikte, die sich im Laufe der letzten Jahre in der westlichen Welt entwickelten, haben alle bewiesen, daß die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse sich nicht mehr damit zufrieden geben, Lohnforderungen zu stellen, sondern die technisch-bürokratische Struktur des Managements in dem Maße in Frage stellen, wie sie nicht mehr durch technische und wirtschaftliche Erfordernisse gerechtfertigt erscheint, sondern im Gegenteil als ein Überbleibsel, dazu bestimmt, den privilegierten Status der bestehenden Hierarchien zu schützen.

Die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung spiegelt dieses Bewußtsein wider; der Fortschritt derjenigen Industriezweige, in denen die neue Arbeiterklasse dominiert, bringt bisher rein reformistisch gesonnene Gewerkschaften dazu, auf eine grundlegende Änderung des kapitalistischen Systems hinzuarbeiten — ob es sich um die Gewerkschaften der Techniker oder der chemischen Industrie handelt, um die technischen Zeichner, die die englische Gewerkschaftsführung nach links pendeln ließen, um die IG Chemie und die Automobilarbeiter in Deutschland, die belgischen Gewerkschaften der Energieversorgung und Petrochemie, schließlich in Frankreich um die Techniker der Erdölverarbeitung und Metallurgie, um reformistische Organisationen wie die christliche CFTC und die FO (Force Ouvrière). Gerade weil sie sich inmitten der Mechanismen des organisierten Kapitalismus befindet, kann die neue Arbeiterklasse schneller als die anderen Teile der Arbeiterbewegung die diesem System inhä-

rente Widersprüche erkennen. Gerade weil ihre elementaren Forderungen weitgehend erfüllt sind, vermag sie sich mit Problemen außerhalb des Konsumbereichs zu beschäftigen. Ihre objektive Situation macht es ihr möglich, sowohl die Schwächen des organisierten Kapitalismus zu erfassen als auch zum Bewußtsein einer neuen Organisationsweise fortzuschreiten, die den im Rahmen der bestehenden Verhältnisse nicht zu befriedigenden Bedürfnissen der Menschen entspricht. Die Aktionen dieser neuen Klasse richten sich nicht nur gegen die kapitalistische, sondern auch gegen eine technokratische Leitung der Wirtschaftsprozesse. In jedem einzelnen Arbeitskonflikt stellt sie die industrielle Hierarchie in Frage.

Sicher sind diese Auseinandersetzungen bisher nicht koordiniert und haben kein Aktionsprogramm zur Änderung der politischen Kräfteverhältnisse in den westlichen Ländern hervorgebracht. Dies liegt aber weniger daran, daß die neue Arbeiterklasse einer Tendenz zur Integration in das neokapitalistische System folgte, als an der Unfähigkeit der traditionellen sozialistischen Bewegung, eine offensive Strategie zu entwerfen. Selbst wenn die Integrationstendenz bestünde, würde sie die Widersprüche im kapitalistischen System nicht abschwächen. Die moderne Arbeiterklasse hat ein unmittelbares Interesse am kontinuierlichen Fortschritt der Technik und seinen Folgen: Arbeitszeitverkürzung, berufliche Höherstufung und größere Mobilität innerhalb der Sphäre der Produktion. Im Gegensatz dazu ist das kapitalistische System bestrebt, die Entwicklung der Produktivkräfte zu zügeln, soweit sie ein dauerndes Sinken der Profitrate mit sich bringt oder den Rückgriff auf sozialistische Wirtschaftsmethoden einschließt, deren Implikationen nicht absehbar sind.

Die Ausarbeitung einer offensiven Strategie ist zweifellos deshalb besonders schwierig, weil die Aktionen der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterbewegung, auf die sie sich zu stützen hat, mit den Kämpfen der Arbeiter in den traditionelleren Industriezweigen verknüpft werden müssen. Obwohl die neue Arbeiterklasse von Jahr zu Jahr wächst und ihr Platz im Produktionsprozeß ihr eine weit höhere strategische Bedeutung zukommen läßt, als ihre numerische Stärke hergeben würde, stellt sie doch nur eine Minorität in der Arbeiterbewegung dar, zu schweigen von der Gesamtheit der abhängigen Schichten. Allerdings sind die verschiedenen Bereiche einer Gesellschaft nicht durch chinesische Mauern voneinander getrennt. Wie die avanciertesten Industriezweige die rückständigen beeinflussen, so wirken auch die neuen Arbeiterschichten auf die anderen zurück. Auseinandersetzungen über die Mitbestimmung, die Garantie des Arbeitsplatzes, die bürokratischen Maßnahmen des Managements entwickeln sich heute zuerst in den am weitesten fortgeschrittenen Industrien.

Wir beobachten zum Beispiel, daß die Arbeitsplätze in den modernen Industrien relativ sicher werden. Diese Art Aufnahme der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaft ermöglicht neue Tauschbeziehungen, die wiederum ökonomische Entwicklungen bedingen. So ist ein bedeutender Teil der französischen Wirtschaftsexpansion zwischen 1949 und 1955 der Verarbeitungsindustrie zu danken gewesen, die neuartige Konsumgüter produziert (Autos, Elektrogeräte, Radios, Fernseher, Plastikwaren, Chemiefaser-Textilien). Die Ausweitung des Massenkonsums war nur möglich durch die immense Ausdehnung des Kreditsystems. Diese konnte aber nur ins Auge gefaßt werden, weil die Arbeitslosigkeit in den modernen Industriezweigen gebannt ist. Wir könnten also zu dem Schluß kommen, daß der auf dem Kredit basierende Konsum auf die Situation der Beschäftigten in den fortgeschrittensten Industrien zugeschnitten war. Aber das vom Staat selbst geförderte Kreditsystem hat sich schnell auch in den Arbeiterschichten verbreitet, die ihrer Arbeitsplätze nicht so sicher sein können wie die Angestellten, Techniker und Arbeiter der modernen Sektoren. In der Tat hätte es auf die Dauer nicht funktionieren können, wenn es auf diesen kleinen Teil der Bevölkerung beschränkt geblieben wäre.

Als Folge davon ist auch in den Industriezweigen, in denen die Gewerkschaften bisher immer die Instabilität des Beschäftigungsniveaus als schicksalhafte Tatsache hinnahmen, die Sicherheit des Arbeitsplatzes zur entscheidenden Forderung geworden. Der Kampf um höhere Löhne trat demgegenüber in den Hintergrund. Dies führte die Gewerkschaften dazu, sich mit der wirtschaftlichen Lage der Betriebe und Sektoren zu befassen, in denen die Minorität der Arbeiter mit sicheren Arbeitsplätzen beschäftigt ist, und Strukturreformen vorzuschlagen, die der gesamten Wirtschaft (nicht nur einigen privilegierten Zweigen) Stabilität garantieren könnten.

Die großen Arbeitskämpfe der Werftarbeiter von Nantes und St. Nazaire, in denen der Staat dazu aufgefordert wurde, neue Industriebetriebe (Werkzeugmaschinenbau) zu schaffen, der Widerstand der Bergleute im Zentrum und Südwesten Frankreichs und der bretonischen Bauern gegen regionale Autarkiebestrebungen des Kapitals sind Beispiele dafür, daß es dem kapitalistischen System nicht gelingen wird, die sich durch die Entwicklung der Produktivkräfte ergebenden Möglichkeiten auf eine Minorität der arbeitenden Bevölkerung zu beschränken. Der Kampf der Arbeiter in den zurückbleibenden Sektoren der Industrie vereinigt sich also tendenziell mit dem der neuen Arbeiterklasse. Beide enthüllen sie die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Produktivkräfte harmonisch zu entwickeln. Dieses technische und soziale Versagen aufzuzeigen, ist unter den neuen Bedingungen eine wesentliche Hilfe für die Aktion der Arbeiterbewegung.

Zwei Taktiken

H. Marcuse hat während dieser Tagung eine Analyse der Arbeiterbewegung in den fortgeschrittenen westlichen Ländern vorgetragen, die sich in einer Reihe von Feststellungen

meiner Ansicht nähert, sich aber in der Interpretation und den Schlußfolgerungen grundlegend von ihr unterscheidet. Jeder hat begriffen, daß Marcuse hier die ernsthaftesten theoretischen Thesen entwickelte, die bisher von jenen Marxisten vorangetrieben wurden, die in der theoretischen Auseinandersetzung zwischen Chinesen und Russen den Thesen Mao Tse-tungs den Vorzug gaben. Ich glaube, es war nützlich, daß solche Ausführungen hier mit der für Marcuse charakteristischen politischen und wissenschaftlichen Ehrlichkeit gemacht wurden, befreit von den parteilichen und oft scheinheiligen Wortgefechten, mit denen die chinesischen Texte angefüllt sind.

L. Goldmann und H. Lefèbvre haben beide bemerkt, daß sie die Interpretation Marcuses in bezug auf die europäischen Länder für unbegründet hielten; aber sie ließen offen, ob diese Analyse die amerikanische Wirklichkeit erklären könne. Andererseits stützte Marcuse sich stark auf die Annahme, daß — da die Vereinigten Staaten wirtschaftlich fortgeschrittener sind als die europäischen kapitalistischen Staaten — die Verallgemeinerung der für Amerika geltenden Phänomene nicht auf sich warten lassen wird. Ich erlaube mir, dies von einem rein methodologischen Gesichtspunkt her zweifach zu bestreiten.

Ich greife dabei auf die Vorlesungen zurück, die H. Marcuse vor zwei Jahren an der Ecole des Hautes Etudes in Paris gehalten hat. Damals stellte er bei der Analyse des gaullistischen Regimes fest, daß, obgleich der amerikanische Produktionsapparat unendlich viel entwickelter sei als der der westeuropäischen Länder, gerade in diesen Ländern und besonders in Frankreich das was er mit einer glücklichen Formulierung „organisierten Kapitalismus" nennt, seinen höchsten Grad an Institutionalisierung erreicht habe. Er fand den berühmten Ausspruch Engels über Frankreich bestätigt: „. . . dieses Land, wo die Klassenkämpfe sich immer in ihren Umrissen am vollständigsten manifestieren und wo sie den klarsten politischen Strukturen Platz machen."

Tatsächlich kann der französische Beobachter nur verblüfft sein, wenn er feststellt, mit welcher Furchtsamkeit die „liberalen" Theoretiker mit der Art eines Galbraith Thesen formulieren, die in Frankreich heute von den rückschrittlichsten Elementen des Kapitalismus akzeptiert werden. Die faschistoiden Tendenzen, die sich augenblicklich (1964) um das Phänomen Goldwater herum entwickeln — die das Produkt sind aus der Verbindung rassistischer Elemente des Südens, deren Privilegien durch die Rassenintegration bedroht werden, mit den archaischsten Elementen des amerikanischen Kapitals, die die wachsende Macht des Staatskapitalismus fürchten — diese Tendenzen scheinen mir keineswegs für Westeuropa bedeutsam, sondern, auf einer vielfach ausgedehnten Basis, die Neuauflage der Konflikte zu sein, die wir in Frankreich mit dem Algerienkrieg und der Poujadistenbewegung erlebten — das heißt die verzweifelte Reaktion archaischer Elemente der französischen Gesellschaft auf die Einführung des organisierten Kapitalismus. Ich werde hier nicht die Gründe dieses Rückstandes des amerikanischen Bewußtseins gegenüber seiner ökonomischen Basis aufsuchen, aber alles bestätigt den Eindruck, daß sich die USA in bezug auf die strukturelle Einführung des organisierten Kapitalismus erst seit einigen Jahren auf den Weg begeben haben, den Westeuropa seit 1945 gegangen ist. Wenn diese Analyse richtig ist — und Marcuse scheint sie immerhin zu akzeptieren —, sind wir zweifellos besser in der Lage als er, die Widersprüche des organisierten Kapitalismus zu analysieren.

Zweitens kann ich nur darüber erstaunt sein, daß Marcuse seine Schlußfolgerungen, die den Grad der freiwilligen Integration der amerikanischen Arbeiterklasse in den organisierten Kapitalismus betreffen, auf die Arbeiten jener positivistischen und empirischen Soziologie stützt, deren Unzulänglichkeiten er und ich gleichermaßen anprangern. So hat uns zum Beispiel selbst in Frankreich die Erfahrung oftmals bewiesen, daß eine gewisse Untersuchungstechnik, die auf der Anhäufung von Fragebogen und individuellen Interviews beruht, zu Resultaten führte, die durch eine feinere Analyse — mit Hilfe der Gruppentechniken und indirekter Methoden — widerlegt wurden. Tatsächlich haben die Befragten eine Tendenz, im Sinne dessen zu antworten, worüber sie befragt wurden oder was ihnen durch die äußeren sozialen Bedingungen suggeriert wird. Die Mehrzahl der Antworten weist immer in die Richtung der Anerkennung herrschender Ideologien, obgleich kurze Zeit nach der Untersuchung der Ausbruch dieser oder jener sozialer Bewegung beweist, daß der zur Schau gestellte Konformismus keineswegs den realen Motivationen entsprach. In Anbetracht der Bedingungen, unter denen die amerikanische Arbeitssoziologie wirkt, ist es wenig wahrscheinlich, daß sie uns befriedigende Informationen über den Grad der Anerkennung oder Nicht-Anerkennung des organisierten Kapitalismus durch die Arbeiterklasse liefern kann. Sie bringt uns aber das Fehlen einer marxistischen Soziologie zu Bewußtsein, die bei der konkreten Erforschung der amerikanischen Gesellschaft anzuwenden wäre. Zwischen den empirischen Soziologen, die ins System integriert sind und wohl oder übel bei der Herstellung der Ideologie des organisierten Kapitalismus mitwirken, und den kritischen Soziologen, die in ihre Universitätsghettos verbannt und von der Wirklichkeit der amerikanischen Produktion abgeschnitten sind, gibt es kaum jemanden: daraus resultierte unsere Schwierigkeit, etwas Gültiges über die soziale Realität in Amerika zu erfahren.

Weiter stelle ich fest, daß Marcuse sich unkritisch der von bürgerlichen Ökonomen entworfenen Konzepte bedient, obgleich sie, weniger als je zuvor, mit der sozialen Wirklichkeit übereinstimmen. Ich denke hier an seine Bemerkung über die Schwächung des sekundären zugunsten des tertiären Sektors. Wir sahen — und das müßte für die Vereinigten Staaten noch deutlicher erkennbar sein als für Frankreich —, wie archaisch die Terminologie Colin Clarks im Rahmen der automatisierten Industrie erscheint. Für Marcuse, der diesen

Standpunkt, wie es scheint, mit der Mehrzahl der amerikanischen und mit den chinesischen Marxisten teilt, ist die einzige virtuell revolutionäre Klasse in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern das Proletariat der Einwanderer oder rassische Minoritäten. Offensichtlich stellt sich die Frage in den USA, wo die Minoritäten die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen, anders als in Westeuropa, wo es sich um ausländische Arbeitskräfte handelt. Marcuses Standpunkt wurde schon in Frankreich zur Zeit des Algerienkrieges von der Gruppe um J.-P. Sartre und Francis Jeanson vertreten. Diesen Intellektuellen zufolge setzte ein möglicher Übergang zum Sozialismus in Frankreich die Verschärfung des Algerienkrieges voraus, der durch die große Anzahl algerischer Arbeitskräfte nach Frankreich (ins „Mutterland") importiert würde. Das bewaffnete algerische Proletariat war die materielle Kraft, auf die sich die Intellektuellen der Linken „als einzige nationale Bevölkerungsschicht, die sich der Integration in den Neokapitalismus entzog", stützten.

Wir wissen, was aus diesem Traum wurde. Es scheint tatsächlich so, als hielte die amerikanische Entwicklung einen bedeutenden Teil der Bevölkerung außerhalb der Sphäre des Wohlstands der Affluent Society. Dieses „Volk des Abgrunds", um das Bild Jack Londons zu gebrauchen, repräsentiert im Land nur eine Minorität und ist als solche unfähig, einen Umsturz der sozialen Strukturen voranzutreiben. Vielleicht löst sich die Negerfrage in den USA schließlich durch die Gründung unabhängiger schwarzer Staaten, die sich von der Zentralregierung trennen, aber dabei handelt es sich dann nur um eine Endphase kolonialer Revolutionen, die sich sowohl auf dem afrikanischen als auch auf dem asiatischen Kontinent abgespielt haben.

Was die in die westeuropäischen Länder eingewanderten Arbeitskräfte betrifft, stellt sich die Lage jedenfalls ganz anders dar; sie ist sogar bedingt durch den Erfolg der nationalen Kämpfe der kolonisierten Völker. Tatsächlich erfolgte die Einreise der Arbeitskräfte aus den unterentwickelten Ländern Afrikas, Asiens und aus den Mittelmeerländern Europas bis in die letzten Jahre individuell. Die Arbeiter, die bei ihrer Ankunft isoliert waren, suchten sich den nationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen anzuschließen, und das um so mehr, wenn die Mehrzahl dieser Arbeiter — im Falle Englands und Frankreichs — aus den kolonialisierten Ländern stammte und so durch den Status des Staatsbürgers assimiliert wurde.

Seit einigen Jahren hat der organisierte Kapitalismus die Tendenz, die Arbeitskräftebeschaffung im Rahmen von Staatsverträgen als Gegenleistung für die technische Hilfe zu regeln, die er seinen ehemaligen Kolonien leistet. Die so vermittelten Arbeiter sind auf dem Boden des europäischen Landes weiterhin von ihrer eigenen Regierung abhängig und organisieren sich in den von der Regierung kontrollierten Bewegungen. Die Notwendigkeit der technischen und ökonomischen Hilfe veranlaßt die gerade unabhängig gewordenen Staaten, ihren Bürgern den geringsten Zusammenschluß mit der Arbeiterbewegung des Landes, in dem sie arbeiten, zu verbieten. Dies galt zunächst für Staaten, die in neokolonialistischer Abhängigkeit gehalten wurden. Die Vereinbarungen, die kürzlich (1964) zwischen der französischen Regierung und der Regierung Ben Bellas getroffen wurden, beweisen, daß sich diese Situation auch für ein Land mit revolutionären Tendenzen ergeben kann. Es gibt ein noch besseres Beispiel: Seit zwei Jahren verhandelt eine Delegation der französischen Arbeitgeber mit der chinesischen Regierung über die Einfuhr chinesischer Arbeitskräfte nach Frankreich. Diese Arbeitskräfte sollen von ihren eigenen politischen Organisationen betreut und kontrolliert werden, deren Zurückhaltung die Garantie für die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen sein wird, welche China benötigt, um aus der gegen es gerichteten Blockade auszubrechen.

So repräsentieren die Gastarbeiter — weit davon entfernt, eine potentielle revolutionäre Kraft in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern darzustellen — im Gegenteil ein ökonomisches und politisches Druckmittel gegen die Arbeiterklasse des Einwanderungslandes.

In Westeuropa ebenso wie in den Vereinigten Staaten hat vor allem der große Mangel an Arbeitskräften den Kapitalismus gezwungen, die Einführung der Automation zu begünstigen. Die Möglichkeit, aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Länder, die erst jetzt ihre Unabhängigkeit erlangten, Nutzen zu ziehen, um sich von dort billige, rationell verwendbare und politisch harmlose Arbeitskräfte zu verschaffen, erlaubt dem Kapitalismus, die technische Entwicklung der Produktivkräfte zu hemmen und ihre für ihn negativen Konsequenzen zu vermeiden. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die massive Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte zur Zeit die Hauptursache für die Schwäche der Arbeiterbewegung in den fortgeschrittenen Ländern der westlichen Welt darstellt. Solange der Kapitalismus über dieses Arbeitskräftereservoir verfügt, wird es keine allgemeine Ausbreitung der Automation geben, keine Arbeitszeitverkürzung, keine Entwicklung der Mitbestimmungsforderungen, die an das Anwachsen der Produktivkräfte gebunden sind. Im Augenblick besteht also ein Widerspruch zwischen den Interessen der fortgeschrittenen Arbeiterklasse, den Perspektiven des Übergangs zum Sozialismus in den westlichen Ländern und den kurzfristigen Interessen der Länder, die erst vor kurzem die Unabhängigkeit erlangten. Dieser Widerspruch wird sich erst auf einer höheren Stufe auflösen lassen, von dem Zeitpunkt an, wo die westliche Arbeiterbewegung einen genügend starken Druck ausübt, um eine Entwicklungshilfe zu gewährleisten, die darauf ausgerichtet wäre, schnell das wirtschaftliche Potential dieser Länder zu stärken, damit sie ihre überschüssigen Arbeiter selbst beschäftigen können. Dagegen widerspricht die augenblickliche Politik der Regierungen dieser Länder, die ihre überschüssigen Arbeitskräfte als Wechselgeld zur Erlangung von Entwicklungshilfe verwenden, den Interessen der sozia-

listischen Bewegung in Westeuropa. So ist die Ansicht, die eingewanderte Arbeiterklasse sei eine avantgardistische Kraft, auf die sich ein Angriff auf die bestehende Ordnung stützen könne, vielfach durch die Tatsachen widerlegt.

Die Diskussion, die wir während dieses Kolloquiums begonnen haben, hat offensichtlich nichts von einem akademischen Streitgespräch. Vielleicht zum ersten Male werden hier in theoretischer und nicht mehr nur in vulgär polemischer Form die beiden strategischen Linien herausgearbeitet, die augenblicklich das internationale sozialistische Denken kennzeichnen: diejenige, die, ausgehend von einer Analyse der Widersprüche des organisierten Kapitalismus, versucht, als Ansatzpunkt einer Angriffsstrategie die progressive Eroberung der wirtschaftlichen Entscheidungszentren schon im Rahmen des organisierten Kapitalismus aufzuzeigen mit der Tendenz, dessen bürokratische und technokratische Struktur abzulehnen; und andererseits die Linie, die „die freiwillige Integration der Mehrheit der Arbeiterklasse in den organisierten Kapitalismus" als eine unumstößliche Tatsache betrachtet und alle Hoffnung auf die unterentwickelten Länder der dritten Welt und die Minderheiten der Arbeiter dieser Länder in den fortgeschrittenen Ländern richtet.

Die Perspektiven des Übergangs zum Sozialismus in den wirtschaftlich entwickelten Ländern können nicht die Probleme verdecken, die Henri Lefèbvre ansprach, nämlich die Widersprüche im Inneren des organisierten Kapitalismus zwischen dem technokratischen Sektor des Staates und den Managern der Privatindustrie sowie die Beziehungen zwischen dieser staatlichen Technokratie und der sozialistischen Bewegung, nicht nur in der Phase der kapitalistischen Vorherrschaft, sondern auch in der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus. Die Bedeutung der Beiträge jugoslawischer Theoretiker, die hier geleistet wurden, besonders von Vranitzki, Militche und Soupek, besteht eben in der Tatsache, daß sie uns gezeigt haben, wie in der ersten Phase des Sozialismus die Existenz technokratischer und bürokratischer Phänomene unvermeidbar und notwendig war, aber wie auch die Arbeiterbewegung parallel dazu die direkten Selbstverwaltungsorgane einrichten müsse und warum im Endeffekt das Absterben der an die Existenz des Staates gebundenen technisch-bürokratischen Strukturen von der Stärkung dieser Organe abhinge. In den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern arbeiten Staatstechnokratie und organisierter Privatkapitalismus zusammen, indem sie sich bekämpfen. In der Praxis befindet sich die Technokratie des Staates ständig in einer ambivalenten Position zwischen dem Privatkapitalismus und sozialisierten Kräften. Da ihr Schicksal an die Entwicklung der Produktivkräfte gebunden ist und nicht an den Besitz der Produktionsmittel, gerät sie jedesmal mit dem Privatkapitalismus in Konflikt, wenn dieser versucht, die Entwicklung der Produktivkräfte zu hemmen. Dagegen hat sie die Tendenz, sich diesem jedesmal zu nähern, wenn die Arbeiterbewegung droht, die hierarchische Struktur der Unternehmungen und der Wirtschaft in Frage zu stellen, von der die Technokratie ihre Privilegien und ihre Macht herleitet. Der Ausgang des Konflikts zwischen Kapitalismus und Sozialismus in den wirtschaftlich entwickelten Ländern hängt in großem Maße von der Möglichkeit einer dauerhaften Verbindung zwischen der Staatstechnokratie und der Arbeiterbewegung ab. Indessen wird die Technokratie in dieser Phase die Tendenz haben, sich die Arbeiterbewegung zu unterwerfen, und deshalb kann diese nicht warten, bis sie die gesamte politische und wirtschaftliche Macht erobert hat, um die Selbstverwaltungsorgane einzurichten, die ihr im Endstadium erlauben werden, dem Einfluß der Technokratie entgegenzuwirken und ihn schließlich zu beseitigen.

Daraus ergibt sich, daß in der Phase des organisierten Kapitalismus keineswegs, wie Marcuse meinte, die Widersprüche aufgelöst werden, im Gegenteil werden neue Widersprüche erzeugt, deren besonderer Charakter darin liegt, daß sie zugleich für die letzte Phase des Kapitalismus und für die erste Phase des Sozialismus gültig sind, natürlich in verschiedenen Formen. Von dieser Analyse ausgehend wird die Arbeiterbewegung offensichtlich dahin geführt, die alten Begriffe des minimalen und des maximalen Programms zu verwerfen. Tatsächlich stellt der organisierte Kapitalismus schon jetzt in sich selbst eine Phase des Kompromisses dar, in der es der Arbeiterbewegung möglich ist, sich eines Teils der ökonomischen Kräfte zu bemächtigen, und ich stimme völlig mit dem Vergleich Lucien Goldmanns überein, der daran erinnerte, daß die französische Bourgeoisie sich bereits der wesentlichen wirtschaftlichen Macht bemächtigt hatte, als sie 1789 die politische Macht ergriff.

Die Phase des organisierten Kapitalismus bringt nicht nur eine Vergrößerung der internen, dem kapitalistischen System eigenen Widersprüche, sondern auch eine Zunahme der inter-imperialistischen Widersprüche. In der Phase, in der das Finanzkapital die Wirtschaft verschiedener großer kapitalistischer Länder beherrschte, hatten die Widersprüche auf Grund der allseitigen Verflechtung des Kapitals die Tendenz, sich zu verwischen. Dagegen verstärkt die Entwicklung eines staatskapitalistischen Sektors innerhalb des organisierten Kapitalismus die antagonistischen Tendenzen zwischen den imperialistischen Mächten. Es ist zum Beispiel offensichtlich, daß Frankreich, in dem im Vergleich zu anderen Ländern der organisierte Kapitalismus wahrscheinlich den höchsten Stand erreicht hat, heute im Rahmen der westlichen Welt an der Spitze des Widerstandes gegen die Hegemonieansprüche des amerikanischen Kapitalismus steht. In der Tat bleiben die deutschen oder italienischen Kapitalisten dem amerikanischen Kapitalismus sehr viel stärker unterworfen, und zwar auf Grund einer Interessenharmonie, sondern der sehr viel schwächeren Rolle, die in diesen Ländern der öffentliche Sektor und die staatliche Technokratie spielen. Die Entwicklung der inter-imperialistischen Widersprüche begünstigt den Widerstand derjenigen Länder, die

bisher der Hegemonie des mächtigsten kapitalistischen Staates der Welt unterworfen waren, besonders in Lateinamerika. So konnte der organisierte Kapitalismus in internationalem Maßstab ebenso wie in jedem einzelnen Land eine Anzahl von klassischen Widersprüchen des kapitalistischen Systems nur durch die Schaffung neuer Widersprüche überwinden.

Je mehr der organisierte Kapitalismus Möglichkeiten für den Übergang zum Sozialismus bietet, desto bedeutsamer wird die Erarbeitung einer Strategie, die die Probleme eines solchen Übergangs zu lösen imstande ist.

Übersetzung aus „International Socialist Journal": Hanne Herkommer und Renate Zahar.

Zur Strategie des Klassenkampfes in der Gegenwart

Thomas von der Vring

1. Die allgemeine Klassentheorie

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen."

Dieser Satz aus dem „Kommunistischen Manifest" bildet den Ausgangspunkt zu einer Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer Genesis bis ins 19. Jahrhundert. Zugleich ist er der Kernsatz der Marxschen Klassentheorie, die — obwohl nur bruchstückhaft über das Werk von Marx und Engels verstreut und nie eindeutig formuliert — den ins Politische gewendeten Ausdruck des historischen Materialismus bildet. Während jene Marxschen Thesen des historischen Materialismus, deren klassische Formulierung sich im Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie" findet, die gesellschaftliche Dynamik aus dem gänzlich anonymen Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ableiten, handelt die Klassentheorie von Unterdrückern und Unterdrückten, vom K a m p f der Menschen gegen die Repression. Die Marxsche Klassentheorie unternahm den Versuch, Geschichte zu begreifen, also die von allem Singulären abstrahierte Struktur des politischen Handelns zu erkennen. Sie ist eine allgemeine, a b s o l u t e Klassentheorie, eine Soziologie der Geschichte.

Der Sinn solcher Theorie ist es, die politische Praxis zur Aufhebung der Naturhaftigkeit gesellschaftlicher Entwicklung zu führen. Daher kann eine absolute, gleichsam prähistorische Theorie nur das begriffliche Instrumentarium für die konkrete Analyse der historischen Situation und der ihr angemessenen Praxis sein. Das erfordert die Einsicht, daß die allgemeine Klassentheorie Marxens streng zu trennen ist von seiner konkreten, auf die kapitalistische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts bezogene Klassenanalyse, und daß darum auch deren konkrete Kategorien — wie etwa Kapital und Proletariat — nicht o h n e w e i t e r e s in der Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft verwandt werden können.

Die Vermengung der allgemeinen Theorie mit ihrer Konkretion ist jedoch in der heutigen Linken noch weitgehend bestimmend. Die sogenannte „marxistische" Klassentheorie ist jene historische Analyse aus dem 19. Jahrhundert, die Marx gegeben hat. Wohl hat man die „Kapitalisten" um den Typ des Managers erweitert, und anstelle des ehemals theoretischen Begriffs „Proletariat" ist der bloß deskriptive Begriff „Arbeitnehmer" getreten. Aber solche notgedrungenen Anpassungen können der „marxistischen" Klassenanalyse ihre Aktualität nicht wiedergeben. Vielmehr verhindern sie den Rückgriff auf die Grundgedanken der allgemeinen Klassentheorie Marxens, die in der Tat einer Analyse der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu dienen und dem Klassenkampf, d. h. der sozialrevolutionären Praxis, den Weg zu weisen vermöchten.

Erkennt man aber an, daß sich die Gesellschaftsstruktur seit dem 19. Jahrhundert erheblich verändert hat, dann sollte es gerade für „Marxisten" selbstverständlich sein, die allgemeine Marxsche Klassentheorie einer neuen, historischen Bestimmung zu unterziehen.

„. . . Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen."

So lautet der Grundgedanke der Marxschen Klassentheorie. Lassen wir die pauschale Alternative von Revolution oder Untergang beider Klassen, die einer eingehenden begrifflichen Analyse bedarf, auf sich beruhen, so bleibt, moderner formuliert, die allgemeine Aussage: Klassenkampf ist der permanente, latente oder offenbare Kampf zwischen Herrschenden und Beherrschten; die einander gegenüberstehenden Klassen sind die herrschende Klasse und die Klasse der Beherrschten; der allgemeine Inhalt dieses Kampfes ist der Kampf der Beherrschten gegen die Herrschaft und der Kampf der Herrschenden um deren Erhaltung und Ausweitung. Um der begrifflichen Klarheit willen sei angefügt, daß Herrschaft und Ausbeutung dasselbe meinen. Herrschaft bzw. Ausbeutung ist gesellschaftlich nicht notwendige Repression[1]). Erst die positivistische Dogmatik der Arbeiterbewegung hat Ausbeutung schlicht phänomenologisch bestimmt als „materielle" Ausplünderung.

Will man ernsthaft mit Hilfe dieser allgemeinen Begriffe die gegenwärtige, b u n d e s r e p u b l i k a n i s c h e Gesellschaft analysieren, dann stellen sich zunächst die Fragen: Welche konkrete Form hat Herrschaft heute angenommen?

Wer sind die „Herrschenden", wer sind die „Beherrschten"? Weitere, der aktuellen Analyse dienende Kategorien lassen sich aus der Geschichte, aus dem historischen Formwandel des Klassengegensatzes ableiten. Es zeigt sich, daß bisher der Prozeß der Überwindung des alten Klassengegensatzes zugleich jener der Entfaltung des neuen gewesen ist, daß die alte und die neue Klassenpolarität nebeneinander bestanden, einander überlagert und durchdrungen haben. Wir wissen, daß gerade diese Zwieschlächtigkeit während der Zeit bis ins 20. Jahrhundert hinein — hier Feudalität und bürgerliche Gesellschaft, dort Kapitalisten und Proletariat — die schwierigsten Probleme für die sozialistische Strategie aufgegeben haben. Zeitweise waren beide Formen des Klassenkampfes so sehr verfilzt, daß eindeutige Fronten nicht zu ziehen waren. Das Problem löste sich dann allmählich derart, daß mehr und mehr Feudalität und Kapitalisten miteinander verschmolzen, während die Sache des Bürgertums zur Sache von Proletariat und Intellektuellen wurde.

In der Vorstellung der Marxisten war der Kampf zwischen Kapitalisten und Proletariat die letzte Form des Klassenkampfes — das „letzte Gefecht". Dies bedeutete natürlich, daß die verwirrende Zwieschlächtigkeit des Klassenkampfes sich mehr und mehr verlieren würde, so daß „zum Schluß" nur noch die Alternative: dort die Kapitalisten und ihre Agenten, hier die eigentumslose Masse der Arbeitenden, die konkrete Form des allgemeinen Klassengegensatzes sein würde. Und es bedeutete ferner, daß eine erneute fundamentale Analyse der Gesellschaft nicht erforderlich sei; die Marxsche würde sich mehr und mehr erfüllen. Das Denken von Marx ist von dieser Vorstellung wesentlich geleitet worden.

Doch keine Tatsache berechtigt zu der Annahme, daß die kapitalistische die letzte Form des Klassengegensatzes sei, und die nach-marxsche Entwicklung deutet auf das Gegenteil hin. Die Folge war die augenfällige Frustration der Linken — nach den Erfahrungen mit der Sozialdemokratie und mehr noch mit der Sowjetunion, die große Enttäuschung, die zur Flucht in die Irrationalität, in die Metaphysik, in die Romantik und ins Moralisieren geführt hat.

Die nüchterne aktuelle Analyse muß also darauf vorbereitet sein, neue Formen des allgemeinen Klassengegensatzes, eine neue Klassenpolarität vorzufinden. Der dritte Aspekt, der zu beachten ist, ist die Unterscheidung zwischen der Klasse an sich und der Klasse für sich. Der Gegensatz zwischen den Herrschenden und den Beherrschten ist in der Geschichte stets wirksam gewesen. Jedoch blieb er so lange diffus und regellos, solange die Beherrschten sich nicht zur handelnden Klasse zusammengefunden und damit auch die Tendenz zur bewußten Solidarisierung der Herrschenden provoziert hatten.

Die gängigen Vorstellungen unterscheiden zwischen den Beherrschten, die noch kein Bewußtsein von ihrer gesellschaftlichen Situation haben, und jenen, die dieses Bewußtsein bereits besitzen. Das aber ist eine irreführende Vorstellung, eine vordergründige Interpretation des Begriffes Bewußtsein. Sie kann dazu führen, daß Sozialisten bloße Aufklärung, das bloße Sagen, für das Wesen sozialistischer Arbeit halten.

Das bloße Bewußtsein, also der Inhalt der Köpfe an und für sich, ist nicht das Problem. Jeder Beherrschte „weiß" — ob er es sich eingesteht oder ob er es verdrängt —, daß er beherrscht wird und wer seine konkreten Herren sind. Klassenbewußtsein ist vielmehr das tätige Wissen und das wissende Tun der Klasse. Es ist Kollektivbewußtsein. In ihm konstituiert sich die Klasse für sich. Die Klasse der (Stadt-)Bürger fand zum erstenmal ihr Bewußtsein, indem sich die Bürger einer Stadt verschworen und dem Feudalherrn und der feudalen Welt geschlossen — dokumentiert im Bau der Stadtmauer — gegenübertraten. Ebenso fanden die Proletarier ihr Klassenbewußtsein, indem sie sich in Versammlungen, Demonstrationen oder Streiks solidarisierten und den Herrschenden „wie ein Mann" gegenübertraten. Der Umschlag von der Klasse an sich zur Klasse für sich ist der Schritt vom individuellen herrschaftskonformen Funktionieren und Reagieren zur kollektiven, d. h. organisierten Aktion.

Unsere aktuelle Analyse muß also zunächst fragen, welches die Klassen an sich sind und wo kollektive Aktionen gegen die Herrschenden auftreten — nicht um sie gegenüber dem Gerede von der klassenlosen Gesellschaft zu preisen, sondern um ihren Strukturen nachzuspüren. Sie muß beachten, daß die beherrschte Klasse an sich aus Menschen besteht, die äußerlich in vielfältiger Weise in die Gesellschaft, d. h. in das Herrschaftssystem integriert, darum also teilweise selbst Werkzeuge der Herrschaft sind, und daß ihre spontanen Rebellionen gegen die Herrschaft sich primär individuell und überdies in verschleierter Form vollziehen, also in falschem Gewande und mit falschen, vorgeschobenen Argumenten. Nicht zuletzt werden diese Rebellionen in irrationale Projektionen kanalisiert und damit im Sinne der Herrschaft umfunktioniert. Diese Einsichten erfordern eine genaue Phänomenologie der individuellen Verhaltensweisen, besonders der individuellen Konflikte sowie der projektiven Mechanismen.

Vor allem: Wenn man die Klassentheorie ernst nimmt und also davon ausgeht, daß die Beherrschten stets unmittelbar zur Rebellion, zur Negation der Herrschaft neigen, dann muß man heute auch die Frage stellen, was die Beherrschten objektiv daran hindert, in kollektiven solidarischen Aktionen den Herrschenden entgegenzutreten. Anders ausgedrückt lautet die Frage: Welches sind die strukturellen Bedingungen der Herrschaft in unserer Gesellschaft? Denn dort, wo die große Mehrheit der Menschen beherrscht ist, ist das Mittel der Herrschaft, also das, was die Beherrschten fesselt, die Struktur der Gesellschaft insgesamt, die ihren individuellen Ausdruck in der Mentalität des Einzelnen findet. Wenn diese Mentalität, die sein Handeln, also auch die Formen seiner Rebellion prägt, auch nicht unwesentlich, auf Grund ihrer

Starrheit und Trägheit, von der Vergangenheit des Individuums bestimmt wird, so ist sie doch primär Ausdruck seiner jeweiligen gesellschaftlichen Situation, seiner speziellen Beziehungen zur allgemeinen Gesellschaftsstruktur. Eine soziologische Analyse des Zusammenhanges der heutigen Gesellschaft mit der Mentalität der Individuen, die nach den vielfältigen Funktionen und Positionen differenziert, wird der aktuellen Konkretion der Klassentheorie wichtige Hinweise liefern.

Der wichtigste Gedanke der Marxschen Klassentheorie, die Bestimmung des Begriffes Gesellschaft als Integrationsform der Herrschaft, ist dem traditionellen marxistischen Denken erstaunlich fremd geblieben. Die Begriffe „Vergesellschaftung" und „Integration" bereiten ihm größte Schwierigkeiten. Die traditionellen Vorstellungen vermögen sich nicht wirklich von der schlichten Annahme zu befreien, daß gesellschaftliche Herrschaft, gleich der physischen Gewalt, eine bloße Beziehung zwischen Personen (Herr und Knecht) sei — so etwa, als sei Herrschen eine, wenn auch gesellschaftlich gewordene, Eigenschaft bestimmter Personen. Diese „Personalisierung" ist eine unkritische Ableitung aus der Tatsache, daß der Kampf gegen die Herrschaft die Gestalt eines Kampfes gegen Personen hat.

Die Marxsche Analyse der Gesellschaftsstruktur seiner Zeit geht dagegen von der Einsicht aus, daß nicht die Kapitalisten das Subjekt der Herrschaft sind. Das Subjekt der kapitalistischen Herrschaft ist vielmehr das K a p i t a l selbst, die verdinglichte und entfremdete Form menschlicher Arbeitskraft. Die Fetischisierung des Kapitals „durch" seine „Eigentümer" ist das Wesen der kapitalistischen Herrschaft. Mehr noch als die Arbeiter macht es die „Herren" — durch die Drohung mit ihrem g e s e l l s c h a f t l i c h e n S t u r z — zu seinen Sklaven. Das Instrument der kapitalistischen Herrschaft ist die R o l l e des Kapitalisten.

Nur scheinbar stehen sich im Kapitalismus Arbeiter und Kapitalisten gegenüber. In Wahrheit sind die Subjekte des bewußten kapitalistischen Klassenkampfes einerseits das den Massen entfremdete und selbständig gewordene Kapital, andererseits das Kollektiv der Proletarier, die ihre individuelle Integration durch die Solidarisierung überwunden haben.

2. Der Strukturwandel der Herrschaft

Indem die marxistische Theorie das Kapital als das alleinige Subjekt der Herrschaft verstand, mußte sie notwendig den Staat zu dessen Instrument (Ausschuß der herrschenden Klasse) erklären. Es gab wohl eine Zeit, in der das für England in einem gewissen Sinne zutraf. Doch für die kontinentalen Staaten hat diese Interpretation, nimmt man sie in der einer Theorie angemessenen Weise ernst, nie gegolten. Stets sind dort Staat und Kapital zwei selbständige Subjekte der Herrschaft gewesen, wobei das Kapital das augenfälligere, weil neuere war.

Im Zeichen des Widerspruches zwischen den allgemeinen Herrschaftsformen, zwischen Kapital und politisch-militärischer Hierarchie, hat sich seither der Strukturwandel der Herrschaft vollzogen. Ich wage hier nicht den Versuch, diesen Prozeß zu analysieren; lediglich einige Aspekte mögen aufgezählt werden.

Die Monopolisierung der Wirtschaft führte zu einer Auflösung der Wertsubstanz (gesellschaftliches Kapital), wofür die säkulare Inflation und die Veränderung der Zielkriterien kapitalistischen Handels zeugen. Mit der Wertsubstanz zerfiel uno actu die konkrete Gestalt des anonymen Subjekts der Wirtschaft, der polypolistische Markt („invisible hand"). Große Kapitalgruppen wurden nun die Subjekte der ökonomischen Herrschaftsorganisation[2]). Reichte zunächst noch ein bürgerlicher Konsensus aus, um die Einheit des Kapitals notdürftig zu erhalten, so ergab sich doch mehr und mehr der Zwang, die einander bekämpfenden Kapitalien institutionell zu einigen. Nicht nur Kartelle, nicht nur die Integration der Kapitalgruppen durch die Großbanken, nicht nur Unternehmer- und Arbeitgeberverbände wurden die neuen Formen, in denen sich die Einheit des Kapitals rekonstituierte, sondern in immer bedeutenderer Weise die kapitalistischen Fraktionen der Parlamente, die sich die Herrschaft des Staates einzuverleiben suchten. Ihren Höhepunkt fand diese Entwicklung im Kolonialismus und Imperialismus.

Festzuhalten ist, daß das a n o n y m e Subjekt des Kapitals, der polypolistische Markt, abgelöst wurde durch die a k t i v und b e w u ß t o r g a n i s i e r t e Einheit der Kapitalien. Wirtschaft wurde politisiert. Lobbying und Marktstrategie begannen das Unternehmerverhalten zu bestimmen. Zum Kriterium der Profitmaximierung trat das der Umsatzmaximierung, zur Ausbeutung der Produzenten die der Konsumenten. Die Massen wurden auch in ihrer privaten Existenz funktionalisiert, vergesellschaftet. Ihre scheinbare Freiheit, ihr privates Handeln, wurde zum zusätzlichen Instrument ihrer Beherrschung.

Hinzu kommt der Strukturwandel der Unternehmung. Das Management ersetzte den Eigentümer, d. h. die Funktionen des personalen Eigentümers übernahm eine administrative Hierarchie, die sich mehr und mehr nach unten ausdehnte und so die Beherrschten auch auf dieser Seite zu Instrumenten ihrer eigenen Beherrschung machte, zuerst die kaufmännischen Arbeitnehmer (Angestellten), allmählich aber selbst Teile der Arbeiterschaft.

Auch von einer anderen Seite her erzwang die Transformation des Kapitalismus die Veränderung des Verhältnisses von Staat und „Wirtschaft". Infolge der Monopolisierung der Märkte, die die Preise nach unten unelastisch machte, verloren die Wirtschaftskrisen die Fähigkeit, die Mittel zu ihrer Überwindung automatisch mitzuliefern. Sie wurden explosiv und schlugen ins Politische um, indem sie die Existenz der staatlichen Herrschaftsorganisation bedrohten. Der Staat wurde dadurch gezwungen, mehr und mehr in die Wirtschaft einzugreifen, also deren Autonomie zu be-

schränken. Zwar blieben seine Interventionen zunächst sporadisch oder doch zurückhaltend. Doch ist — ganz abgesehen von den Ostblockländern — in allen privatkapitalistischen Ländern die Tendenz des Staates unverkennbar, sich die Wirtschaft einzuverleiben. In der Reaktivierung liberalistischer Ideologien drückt sich die Antwort der Privateigentümer auf diese Tendenz aus.

Staat und Wirtschaft durchdringen sich also, werden zu einer allumfassenden Einheit, in der alle Elemente — wenngleich in widersprüchlicher Weise — funktionalisiert sind. Die Herrschaftssubjekte Staat und Kapital verschmelzen. Die Form der Herrschaft wird überwiegend bürokratisch.

Der allgemeine Formwandel der Herrschaft seit dem 19. Jahrhundert ist für die Klassentheorie von größter Bedeutung. Um ihn leichter begreifbar zu machen, seien sehr pointiert die klassische kapitalistische Form der Herrschaft über die Massen und die moderne Form des Beherrschtseins einander gegenübergestellt. (Die Form der politischen Herrschaft hat sich in analoger Weise gewandelt.)

Es ist eine Täuschung, zu meinen, der Kapitalist besitze das Kapital; vielmehr besitzt das Kapital ihn. Es zwingt ihn, als Agent der Kapitalverwertung zu dienen. Dieser Verwertungszwang ist, wie das Leben vieler „erfolgreicher" Kapitalisten gezeigt hat, nahezu total. Der Kapitalist wird vom Kapital seiner selbst entfremdet: er vermag sich dieses Zwanges nicht bewußt zu werden, d a s h i e ß e sich ihm zu widersetzen. Er ist nur noch Objekt, muß seine Widerstandsneigung gegen diese Repression verdrängen, indem er gehorcht, konkurriert, ausbeutet und mißhandelt — bei Strafe seiner gesellschaftlichen Vernichtung.

Indem das Kapital sich verwertet, zwingt es den Besitzlosen, ihm die Verfügungsgewalt über seine Arbeitskraft während der Arbeitszeit preiszugeben. Es entfremdet ihm seine Arbeit, um sich deren Mehrwert anzueignen. Aber der Proletarier ist f r e i von Kapital. Das ist mehr als ein agitatorisches Aperçu, mehr als eine bloße Negation. Denn mit dieser Halbheit läßt das Kapital den Proletariern die Freiheit zur Einsicht und erzeugt die Tendenz, dieser Ausbeutung durch die Solidarisierung entgegenzutreten. Frei von Kapital zu sein bedeutete im 19. Jahrhundert den Zwang, sich der Herrschaft des Kapitals bewußt zu beugen, und zugleich die Freiheit, an eine emanzipierte Gesellschaft zu denken und für sie zu kämpfen. Das Proletariat wurde zur Bewegung für die Befreiung der Gesellschaft.

Die Herrschaft des Kapitals über den Eigentümer verhielt sich zu der über den Proletarier wie die Narkose zum ungelinderten Schmerz. Um sich selbst zu erhalten, bedurfte diese Herrschaft daher narkotisierender Ideologien für die Proletarier. Sozialistische Praxis bestand wesentlich in der Abwehr des Einflusses solcher Ideologien.

Wie sieht demgegenüber die Struktur der Herrschaft von heute aus? Mehrere Phänomene weisen der Antwort den Weg. Erstens ist die kapitalistische Herrschaft nicht mehr an das Eigentum gebunden. Die sogenannte Verfügungsgewalt über Kapitalien, das ist die Verfügungsgewalt über Menschen im Auftrage des Kapitals, wird von Personen auf Grund ihrer positionsgebundenen Rolle, ihrer Funktion in einer administrativen Hierarchie, ausgeübt. Damit ist der reale Unterschied zwischen administrativer und kapitalistischer Form der Herrschaft verschwunden. Nur noch ihre formale Legitimation ist verschieden.

Wie die kapitalistische Herrschaft ihre Agenten mit der Drohung gesellschaftlicher Vernichtung zu konformem Funktionieren gezwungen hat, so ist auch das Mittel der modernen Herrschaft zur Unterwerfung ihrer Agenten die Abstiegsdrohung beziehungsweise, was auf dasselbe hinausläuft, die Gefährdung von Aufstiegserwartungen. Damit erzwingt sie, wie man sagt, „rollenkonformes Verhalten". Hier wird die eminente Bedeutung des Rollenbegriffes für die kritische Theorie sichtbar. Die einzelne Rolle, die das Verhalten von Personen angesichts relativ offenen Positionszuganges bestimmt, ist heute der individuelle Ausdruck der allgemeinen gesellschaftlichen Herrschaft.

Wie in spezifischer Weise das Kapital seinen Eigentümer sich aneignet, so auch die Administration ihren Funktionär — oder allgemein ausgedrückt: die Positionshierarchie den Inhaber einer Position. Will er seine Position behalten, so muß er die ihr entsprechende Rolle spielen. Die Rollenanalyse zeigt nun aber, daß nicht nur Verwaltungsbeamte und -angestellte in Staat und Wirtschaft oder in anderen Organisationen in dieser Weise beherrscht werden. Einerseits tendieren die Hierarchien dazu, sich bis in ihre Basis auszudehnen. Mit der Ausweitung von Aufstiegschancen prägen ihre Anpassungsforderungen die Mentalität der Beherrschten auch dort und schränken damit die Möglichkeiten zu bewußter Negation der Herrschaft ein. Je offener die Aufstiegsbahnen sind und je größer die Abstiegsgefahren, desto umfassender und stärker ist der Integrationszwang. Andererseits findet diese moderne Form der Herrschaft, die sich aus der individuellen Rivalität um Positionen ergibt[3]), im Konsumbereich ein Korrelat. Der Konsum ist funktionalisiert. Status bestimmt das private Verhalten. Somit ist auch das Privatleben vergesellschaftet, das heißt der Herrschaft unterworfen.

Das Entscheidende an dieser spezifischen Form der Beherrschung ist die Diskriminierung und Tabuierung des kollektiven Widerstandes. Wie das Kapital den Eigentümer um des maximalen Profits willen nicht nur zur Auspowerung der Arbeiter, sondern zugleich zur Konkurrenz mit den anderen Eigentümern zwingt, so setzt der gesellschaftliche Aufstieg die erfolgreiche Konkurrenz mit den Schicksalsgenossen voraus. Ja, da in der Positionshierarchie der Aufstieg unbedingt das Scheitern von Mitbewerbern bedeutet, ist in ihr der Konkurrenzzwang noch größer als jener der Eigentümerrolle. Und dieser Konkurrenzzwang bestimmt in entscheidender Weise die Mentalität: er macht den Genossen zum Feind und schneidet den Gedanken ab, der gesellschaftlichen Repression im solidarischen Widerstand zu entkommen. Die Kon-

kurrenzrolle ist jene individuelle Form der Herrschaft, die nicht nur den Widerstand selbst bestraft, sondern bereits den Gedanken an sinnvollen Widerstand, an die Solidarität, versperrt. Teilen ist Herrschen.
Gesellschaftliche Integration ist die Beherrschung des Menschen im weitestgehenden Maße — die Beherrschung seines Bewußtseins und damit die Lenkung seines Verhaltens in der Scheingestalt der Selbstbestimmung. Der Fetischcharakter der Ware findet heute sein Korrelat im Fetischcharakter der Position. Deren Gebrauchswert sind Existenzsicherung und Bedürfnisbefriedigung, ihr Tauschwert das individuelle Subjekt, das preisgegeben wird. Neben den von der Ware beherrschten Produktions- und Reproduktionsprozeß ist die individuelle Positionsmobilität getreten. Beide sind aufeinander bezogen und ergänzen einander zum System der modernen Gesellschaft. Das Konkurrieren um die Aneignung der Waren und um die Aneignung von Positionen, wobei in letzterem der Mehrwert die Gestalt des „Aufstieges" hat, ist der doppelgesichtige Ausdruck der Entfremdung in der Gegenwart, des Beherrschtseins, des fast totalen Subjektverlustes — totale Entfremdung, denn selbst die individuelle Negation der Herrschaft, selbst die Kritik, selbst die Utopie sind von den Hierarchien einschließlich der statusbestimmten Konsumhierarchie funktionalisiert. Jeder individuelle Widerstand neigt dazu, Mittel des individuellen Konkurrierens zu werden und sich damit anzupassen (man denke nur an das Rivalisieren „kritischer" Intellektueller). Position und Ware stehen überall bereit, um Emanzipationsversuche ihres Sinnes zu berauben.

Diese Form der Herrschaft integriert ihre eigene Negation, den Widerspruch gegen die Repression — also den Motor des Emanzipationsprozesses. Doch wie im Kapitalismus, so bedeutet auch in der Positionshierarchie Konkurrenz nicht Aufhebung dieses Widerspruches, sondern seine irrationale Verdrängung.
Denn diese positionsgebundene Rolle selbst, die individuelle Form des Herrschens und Beherrschtseins zugleich, ist widersprüchlich. (Aus positionsgebundenen Rollen setzen sich alle gesellschaftlichen Organisationen zusammen, deren Struktur hierarchisch ist — zum Beispiel Unternehmungen, öffentliche Administration, das Wissenschaftssystem.) Sie verlangt einerseits positionsgemäßes Funktionieren des Positionsinhabers. Zugleich aber ist jede Position ein Sprungbrett (beziehungsweise eine Falltür) hin zu einer anderen Position. Aufstiegsversprechen und Abstiegsdrohung einer Position sind ihre Instrumente der Disziplinierung, die die Zwangshaftigkeit der entsprechenden Rolle produzieren. Und gerade diese Instrumente bewirken funktionswidriges Verhalten der Positionsinhaber. Denn da Aufstieg und Abstieg nur normativ von funktionsgemäßer Leistung abhängen, tatsächlich aber von der Ausschaltung der Konkurrenten, werden Denken und Handeln des Positionsträgers tendenziell von einer, wie Reich sagt, „Roßtäuscher"-Mentalität geprägt. Konkurrenten neigen dazu, die eigenen Leistungen fälschend zu überhöhen, die der anderen dagegen herabzusetzen und sogar zu sabotieren. Wo die Position Kooperation mit den Konkurrenten verlangt — und solche Kooperation erfordert jede gesellschaftliche Leistungsorganisation —, in der es prinzipiell nur kollektiven und keinen individuellen Leistungsnachweis geben kann, versagt der Positionsinhaber. Kooperation widerspricht der Konkurrenz. Die Unfähigkeit, sich gegen die Repression der Hierarchien zu solidarisieren, ist identisch mit der Unfähigkeit, im Sinne der Hierarchien zu kooperieren.
Der Konkurrenzzwang der Position steht im Widerspruch zu ihrer Kooperationsforderung. Die Integration des Einzelnen in der Herrschaftsorganisation ist disfunktional. Wie das Kapital, so trägt auch die moderne Herrschaftsstruktur den Keim zu ihrer Zerstörung in sich — was nicht heißt, daß damit die Notwendigkeit zu ihrer konkreten Zerstörung im Sinne einer deterministischen Zusammenbruchstheorie angenommen werden kann.

3. Die Koexistenz des alten und des neuen Klassengegensatzes und der Pluralismus der Herrschaft

Ein wichtiges Element im Strukturwandel der Herrschaft seit dem 19. Jahrhundert wurde bisher übergangen: die Liquidation der bewußten Arbeiterklasse. Gewerkschaften und sozialistische Parteien waren ursprünglich Formen des Aufbegehrens der solidarisch handelnden Klasse des Proletariats. (Gerade dieser Dualismus von Gewerkschaften und Partei spiegelt den ursprünglichen Dualismus der Herrschaft, in den Formen von Kapital und Staat, wider.) Diese Formen des Aufbegehrens sind allmählich selbst zu Herrschaftsformen geworden, zu Organen der Herrschaft — ohne daß deren Funktionäre oder gar die Masse der Proletarier es begriffen. Die Beherrschten verloren ihr kollektives Subjekt, kaum daß sie es gewonnen hatten, wieder und fielen in die integrierende Vereinzelung zurück.
Die Herrschaft selbst zwar — und dadurch behielten diese neuen Formen eine progressive Funktion — wurde gleichzeitig geschwächt, da Partei und Gewerkschaften um ihrer Existenz willen in Konkurrenz zu den alten Organen der Herrschaft traten. Dabei zeigt sich aber auch hier deutlich, und zwar selbst bei den Gewerkschaften, die objektive Tendenz nebeneinander bestehender Herrschaftssubjekte, ihre Konkurrenz zu überwinden und sich zu einem Ganzen zu integrieren (Arbeitsgemeinschaftspolitik, partnerschaftliche Mitbestimmung).
Dieser Dualismus zwischen den alten und den neuen Herrschaftsorganen ist nur ein Sonderfall eines allgemeinen Strukturphänomens der modernen Herrschaft. Herrschaft ist heute in besonderem Maße eine Einheit und eine sich paralysierende Pluralität zugleich. Eine Vielzahl hierarchischer Strukturen verschiedenster Art, die jeweils verschiedene Personengruppen oder, mehr noch, verschiedene Seiten der gleichen Personen beherrschen, stehen in dauernder, latenter oder offener Konkurrenz zueinander (Pluralismus). Zwischen Dominierungs- und Kartellisierungsbestrebungen schwankt

ihr Verhalten. Dabei — und das sollte eine wichtige strategische Einsicht sein — wächst die Solidarität der Hierarchien untereinander in dem Maße, wie ihre Herrschaft in gleicher Weise global von den Beherrschten in Frage gestellt wird.

Konkurrenz ist heute die allgemeine Gestalt des Beherrschtseins, Solidarisierung die der Emanzipation. Das gilt sowohl für die Beziehungen zwischen den entfremdeten Quasisubjekten, den Hierarchien, als auch für die Beziehungen zwischen den Menschen. Von beiden Klassen aus hat der Klassenkampf daher einen doppelten Charakter. Zwischen den Hierarchien die Konkurrenz zu fördern hat dasselbe Resultat wie die Stärkung der Solidarität der Beherrschten. Das bedeutet konkret, daß die Förderung und strukturelle Sicherung der Konkurrenz zwischen den herrschenden Hierarchien eine erfolgreiche Strategie des sozialistischen Klassenkampfes sein kann (Defensivstrategie), auch wenn der Solidarisierung der Beherrschten (Offensivstrategie) Hindernisse im Wege stehen, die nur langsam überwunden werden können.

Um auf den Dualismus zwischen dem alten und dem neuen Klassengegensatz zurückzukommen: Obgleich auch die Gewerkschaften zu Organen der Herrschaft geworden sind — die SPD ist in der Bundesrepublik zu einem Herrschaftsorgan geworden, das sich von den übrigen kaum noch unterscheidet —, haben sie doch in besonderem Maße die Funktion, die Herrschaft insgesamt zu paralysieren. Denn nicht nur von ihrer ideologischen Rechtfertigung, sondern auch von den sehr festen Bedingungen ihrer Eingliederung in die Gesellschaft her sind sie in besonderem Maße an die sogenannten „materiellen" Interessen der Arbeiter gebunden. Doch wird jede Form der Solidarisierung der Massen gegen die Herrschaft notwendig früher oder später in Konflikt auch mit den Gewerkschaftsapparaten geraten.

Die Perspektive des sozialistischen Klassenkampfes ist eindeutig und enthält auch den Widerspruch gegen die Interessen der Gewerkschaftsapparate, und dieser Widerspruch muß sich daher von vornherein in jeder Klassenkampfstrategie ausdrücken. Der Doppelcharakter der Klassenspaltung zwingt aber heute zu einer zwiefachen Praxis. Er erfordert eine Stärkung der Gewerkschaftsapparate gegenüber den anderen Organen der Herrschaft und zugleich die Stärkung der Arbeitnehmerschaft gegenüber den Gewerkschaftsapparaten.

4. Die Klassen der Gegenwart

Die totale Vergesellschaftung der Herrschaft, in der die Menschen Beherrschte und Agenten der Herrschaft zugleich sind, scheint den Klassenbegriff ad absurdum zu führen. Die positivistische Betrachtungsweise — typische Denkweise konkurrenzorientierter Individuen — vermag denn auch mit ihm nichts mehr anzufangen. Der Klassenbegriff hat jedoch politisch-operationelle Funktion. Er hat nur einen Sinn in einer kritischen Theorie, die auf sozialrevolutionäre Praxis, auf Überwindung der Herrschaft aus ist.

Aus strategischen Gründen wäre es sinnlos, alle Beherrschten — das hieße streng genommen alle Menschen — zur Klasse an sich der Beherrschten zu zählen. Sie kann vielmehr nur jene Menschen umfassen, die potentiell zum solidarischen Kampf gegen die Herrschaft in der Lage sind. Um die Klasse der Beherrschten an sich zu bestimmen, müssen wir darum alle sozialen Gruppen und Schichten daraufhin untersuchen, ob sie angesichts ihrer objektiven Lage unter realistischen Voraussetzungen in absehbarer Zeit für den Klassenkampf gewonnen werden können oder nicht.

Die politischen Probleme, die sich der Analyse hierbei stellen, sind jedoch heute wesentlich andere als zu Marx' Zeiten. Im 19. Jahrhundert war, hinsichtlich der gesellschaftlichen Produktionssphäre, die Grenze zwischen den potentiellen Angehörigen beider Klassen verhältnismäßig klar zu bestimmen. Die Kapitaleigentümer waren mit ihrem ganzen Denken der Herrschaft des Kapitals unterworfen und vermochten sich demzufolge nicht zu emanzipieren, während die Proletarier mehr oder minder spontan den Weg zur emanzipierenden Solidarisierung fanden, sobald die recht dünne Hülle narkotisierender Ideologien zerrissen und die ökonomische Situation relativ günstig waren.

Diese klare Scheidung besteht in unserer heutigen, „verbürgerlichten" Gesellschaft nicht mehr. Nahezu alle Menschen sind in einer Weise in die Gesellschaftsordnung integriert, die prinzipiell jener der früheren Kapitalisten ähnelt, wenngleich die Intensität dieser Integration sehr verschieden ist. Mehr oder minder unterliegen alle Menschen dem isolierenden und damit integrierenden Konkurrenzzwang von Aufstiegsrollen (auch die nicht berufsorientierten Frauen, die zur Konkurrenz untereinander mit dem gesellschaftlich geprägten „Sex-Appeal" gezwungen sind, solange ihr individueller Standard und Status von dem des Ehemannes abhängt — nach dem deutschen Wirtschaftswunder das deutsche Fräuleinwunder als Ausweis der Tüchtigkeit im Konkurrenzkampf). Jene Minderheit von Menschen andererseits, die in keiner Weise in die Gesellschaft integriert sind, sind in der Regel — das ist die spezifische Form ihres Beherrschtseins — intellektuell unterprivilegiert.

Die Solidarisierung der Menschen gegen die Herrschaft setzt heute voraus, daß sie sich dem objektiven wie dem subjektiven Zwang ihrer Rollen zu entziehen vermögen. Um die Klasse an sich der Beherrschten zu bestimmen, müssen wir vor allem die Intensität der Integration einzelner Schichten und Gruppen untersuchen.

Die Rolle integriert das Individuum zunächst mit Hilfe der gesellschaftlichen Rewards, die sie als individuelle Anpassungsprämien gewährt, sowie mit Hilfe der Chancen zur Erlangung solcher Rewards. Das Maß des Integrationszwanges hängt primär davon ab, welchen Verlust an Rewards und mehr noch an Chancen ein bestimmtes rollenwidriges Verhalten nach sich zieht. Dabei ist das Kriterium zunächst

die subjektive Einschätzung des Verlustes (Wertvorstellungen); doch ist diese ihrerseits gesellschaftlich produziert.
Bei dieser Untersuchung des subjektiven und objektiven Verlustrisikos in einzelnen Schichten können wir jedoch nicht stehenbleiben. Diverse moralische Verhaltensmaximen der Gesellschaft, zu denen besonders die Forderung nach Solidarität den anderen gegenüber gehört (Gerechtigkeit, Fairneß, Nächstenliebe, Kollegialität und so weiter), können zu den Verhaltensanforderungen bestimmter Rollen so sehr im Widerspruch stehen, daß ihn der Einzelne nicht zu ertragen vermag. Das führt entweder zu irrationalen Verdrängungen und damit zu Störungen des Realitätssinnes oder aber zur projektiven Diskriminierung der „anderen" (Feinde), also zur Versperrung des Gedankens der Solidarität. Auch solche gruppenspezifischen Verzerrungen der Mentalität müssen bei der Bestimmung der Klassen beachtet werden. Denn zur Aversion gegen die Anderen gehört notwendig die prinzipielle Identifikation mit der Herrschaft.

Auf welcher Seite des Klassengegensatzes die Angehörigen bestimmter Schichten und Gruppen zu sehen sind, hängt also heute von der Intensität des Rollenzwanges ab, dem sie unterliegen, vom Grad ihrer Integration in das gesellschaftliche Herrschaftssystem. Eindeutige Grenzen lassen sich nicht ziehen. Vielmehr geht es um ein Mehr oder Minder, das sich bemißt an den verschiedenartigen Schwierigkeiten des Einzelnen, sich mit seinesgleichen gegen die Herrschaftsapparate zu solidarisieren.

Kompliziert wird diese Analyse auch dadurch, daß die Durchdringung verschiedener Herrschaftsorganisationen ihr Korrelat darin findet, daß die Menschen in der Regel mehreren positions- und statusgebundenen Rollen zugleich unterliegen. Viele Personen werden sich kaum in eine allumfassende Front gegen sämtliche Herrschaftsorgane einfügen; wohl aber werden sie in bestimmten Fragen gegen partielle Phänomene der Herrschaft zur Solidarisierung bereit sein. Erstes Ziel der Analyse wird es darum sein, die „harten Kerne" der Klasse der Beherrschten zu bestimmen, die das antiautoritäre Zentrum einer sich ausweitenden Solidarisierung zu bilden vermögen.

Wie bestimmt sich demgegenüber die herrschende Klasse? Der Zwang zur Rollenkonformität, zur Konkurrenz und damit zugleich die subjektive Unfähigkeit zur Solidarisierung entstehen aus den Aufstiegschancen und Abstiegsdrohungen, die objektiv mit einer Rolle verknüpft sind. Solche Rollen konstituieren das Gefüge aller gesellschaftlichen Hierarchien: staatliche Bürokratien, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmungen, Verbände, das gesamte Wissenschaftssystem, der Kulturbetrieb, die Armeen, die großen Konfessionen inklusive das Jenseits, und so weiter. Auch das private Kapitaleigentum hat diese Struktur, denn auch in ihm führt das angepaßte Verhalten des Eigentümers zu Vermehrung und das gegenteilige Verhalten zu Verlust. Für sämtliche Freie Berufe gilt dasselbe. Die letzte, umfassendste und zugleich „weichste" ist die Hierarchie der Privatsphäre, die angepaßtes Konsumverhalten und anderes mit verschieden hohem Ansehen sanktioniert.

Alle diese Strukturen, in denen „Aufstieg", „Nichtabstieg" oder „Abstieg" von individueller Anpassung an entfremdete Normen abhängen, bilden die Organe der Herrschaft. Jedoch müssen wir sofort einige Einschränkungen machen. Erstens sind sie nicht alle für die individuellen Existenzinteressen in gleicher Weise wichtig. Zweitens gehören alle Menschen mehreren dieser Hierarchien zugleich an. Sie haben mehrere Rollen, und in gewissen Bereichen kann Rollenkonformität Rollenwidrigkeit in anderen Bereichen bedeuten. Und drittens hat jede dieser Hierarchien eine mehr oder minder gewichtige „Massenbasis". Wenige ihrer Angehörigen haben viel, viele dagegen wenig zu verlieren, wenn sie sich rollenwidrig verhalten. Auch ist das Verlustrisiko für die unteren Schichten in Zeiten großer personaler Nachfrage der Hierarchien (wovon diese auch immer im Einzelfall abhängen mag) besonders gering. Das Maß des Integrationszwanges ist also auch zeitlich variabel, hat seine Konjunkturen.

Es ist im Sinne unserer Fragestellung angemessen, als herrschende Klasse alle jene Hierarchien (und als harten Kern der herrschenden Klasse ihre Lenkungsapparate) zu begreifen, in denen Höhe des Einkommens und Grad der „materiellen" Sicherheit — bezogen auf Gegenwart und Zukunft — in erheblichem Umfang von angepaßtem Verhalten abhängen. Hinzu kommen jene religiösen Hierarchien, die, anknüpfend an existenzielle Ängste, Macht über ihre Angehörigen ausüben. Daher kann man sagen, daß die Subjekte des Klassenkampfes auf der Seite der Herrschaft die Lenkungsapparate der Hierarchien sind; nicht deren Funktionsträger, denn diese sind von den Apparaten angeeignet und dienen als blinde Instrumente der Beherrschung ihrer selbst wie der unter ihnen stehenden Massen. Es ist heute angebracht, auch die Organisation der Kapitalien (Unternehmungen und Verbände) als — gewiß besondere — Formen in der Pluralität der Apparate zu begreifen.

Aus dieser Abgrenzung der Klassen wird das wesentlich neue Problem einer der Gegenwart entsprechenden Klassenkampfstrategie deutlich. Es geht nicht mehr nur darum, Einsicht zu verbreiten, narkotisierende Ideologien zu zerstören und Kristallisationskerne der Organisierung zu schaffen. Darüber hinaus geht es vielmehr darum, einerseits die objektiven Bedingungen bestimmter isolierender Konkurrenzrollen zu beseitigen (zum Beispiel die Differenzierung der Rewards), andererseits verselbständigte Ideologien zu überwinden, die bereits den Gedanken an aktive Solidarität unterdrücken (Vorurteile, Schuldgefühle). In jedem Fall wird die Strategie von Strukturen ausgehen müssen, die an sich der Solidarisierung widerstreben. Darum stellt sich als zentrale Frage einer modernen Klassenkampfstrategie: Welche Kräfte können die Solidarisierung der Massen über konkurrenzbestimmtes Denken hinweg bewirken? Welche individuellen Motive können den Klassenkampf treiben?

5. Die Motive des Klassenkampfes der Beherrschten

Welche Motive können den Konkurrenzmechanismus überwinden und zum solidarischen Klassenkampf führen? Es hat keinen Zweck, von einem unvermittelten Interesse der Menschen an „Freiheit" auszugehen. Vielmehr müssen wir die möglichen Erfolge individuellen Agierens und Konkurrierens den möglichen Erfolgen eines kollektiven Klassenkampfes gegenüberstellen. Die Frage stellt sich darum so: Welche Ansprüche der Menschen lassen sich nicht (beziehungsweise weniger) durch individuelles Handeln, sondern nur (beziehungsweise erfolgreicher) durch die kollektive Aktion gegen die herrschenden Apparate durchsetzen?

Die alte Klassenkampfstrategie ging von den sogenannten „materiellen" Interessen aus. Für die Arbeiter bedeutete Beherrschtsein konkret materielle Ausplünderung, und dieser Ausplünderung war für die meisten von ihnen nur in solidarischem Kampf erfolgreich zu begegnen. Würde heute eine Solidarisierung der Massen diesen wesentlich größeren Wohlstand bringen? Wohl vermöchte eine vernünftige sozialistische Gesellschaftsordnung die Produktivkräfte besser zu nutzen und soziale Verschwendungen abzustellen. Auch eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes wäre nicht bedeutungslos für die Massen. Doch brächte bereits eine bürokratische Wohlfahrtspolitik beachtliche Verbesserungen. Einen Anreiz zu weitreichender revolutionärer Politik bedeuten diese Möglichkeiten besserer Ökonomik nicht; ein auf sie abzielender Klassenkampf endet auf die Dauer in einer Sackgasse.

Wichtiger schon für die Menschen ist heute das Problem der individuellen Existenzunsicherheit. Solange individuelles Risiko das herrschende Prinzip der Gesellschaftsordnung ist, wird es Existenzangst geben. Angst jedoch ist kein Motiv, das einen Klassenkampf treiben kann. Gerade diese Existenzangst ist es ja vor allem, die — via Abstiegsdrohung — herrschaftskonformes Verhalten erzeugt. Individuelle Existenzbedrohung schafft nicht Revolutionäre, sondern Konservative.

Kollektive Existenzbedrohungen würden an sich kollektiven Widerstand erfordern. Nehmen wir als Beispiele die Strukturkrise in der Landwirtschaft (Zurückbleiben von Regionen und Branchen gehört notwendig zum modernen Privatkapitalismus), die totale Drohung des Atomkrieges und den Fall einer eventuellen Wirtschaftskrise. Die Agrarkrise, obwohl die Gesamtheit belastend, trifft fühlbar nur eine kleine Minderheit. Sie erzeugt darum einen Verband zur Verteidigung von Sonderinteressen, dessen Perspektiven weitgehend restaurativ bleiben. Sein Erfolg ist, angesichts der Anpassungsweise der Bürokratien, ein organisiertes Parasitentum. Die Bedrohung des Atomkrieges, gleichwohl tatsächlich egalitär, ist dagegen zu abstrakt, um kollektivem Handeln einen Ausweg zu weisen. Darum wird sie vom Bewußtsein verdrängt — das „Immer-daran-Denken" trägt masochistische Züge.

Allgemeine Wirtschaftskrisen haben in der Vergangenheit zur Genüge bewiesen, daß akute generelle Existenzbedrohungen nicht notwendig vernünftige sozialrevolutionäre Solidarität erzeugen. Ihre Wirkungen hängen vielmehr vom jeweiligen Zustand der Gesellschaftsstruktur ab. Nur dort, wo die Massen sich bereits in egalitären Aktionsstrukturen vereinigt haben, vermögen allgemeine Krisen die sozialrevolutionäre Entwicklung voranzutreiben.

Das ist aber nicht unser Problem. Heute existieren in der Bundesrepublik keine umfassenden Aktionsstrukturen der Massen. Vielmehr befindet sich die Mehrheit der Menschen in isolierender Konkurrenz. Angesichts solcher Verhältnisse würde eine allgemeine Krise nur den Einzelnen schlagen. Er würde panisch reagieren, nach der Devise: Rette sich, wer kann! Und wo eine Krise solche Kleinbürger dennoch zum kollektiven Widerstand brächte, hätte dieser die Gestalt faschistischer Bewegungen — die notgedrungene Solidarisierung von Konkurrenten, die im anderen mehr oder weniger den Feind sehen, bedeutet tendenziell ihre willenlose Unterwerfung unter eine „neutrale" Autorität. Gegenwärtig können wir in der Bundesrepublik die große Mehrheit der Bevölkerung als solche Kleinbürger ansehen, die eine schwere Krise in Panik stürzen und zu faschistischen Mitläufern machen würde. Wir können froh sein, daß spektakuläre Wirtschaftskrisen vermeidbar geworden sind, und wir sollten einsehen, daß wir in besonderem Maße an ihrer Vermeidung interessiert sind.

Baissespekulation kann kein Element sozialistischer Strategie mehr sein. Kollektive wie individuelle Existenzbedrohungen bieten einer sozialrevolutionären Praxis keinen Ansatzpunkt — die Orientierung der bisherigen marxistischen Strategie an Elend und Krise scheint mir auch deshalb verhängnisvoll gewesen zu sein, weil ihre Spekulation mit der Angst den autoritären Charakter der Arbeiterbewegung mitbestimmt und die Verselbständigung der sozialistischen Apparate gefördert hat.

Angst führt nicht zur Vernunft. Vielmehr sind die Chancen zur rationalen Solidarisierung desto größer, je sicherer sich die Einzelnen fühlen. Es ist gewiß kein Zufall, daß heute die begehrtesten und in ihren Existenzansprüchen am besten gesicherten Arbeiter häufig zugleich die fortschrittlichsten sind. Die Befreiung der Menschen zur Solidarität erfordert daher nicht zuletzt, die Verlustdrohung der Rollen, mit denen ein Aufbegehren sanktioniert wird, unwirksam zu machen — sei es durch kollektive Verteidigung des sozialen Standards der Einzelnen oder durch Beseitigung von Auf- und Abstiegsfiktionen.

Was aber vermag Menschen, deren individuelle Ansprüche einigermaßen befriedigt und gesichert sind, positiv zum solidarischen Engagement gegen die Äußerungen der Herrschaft zu führen? Die Antwort ergibt sich allgemein aus unserer Definition von Herrschaft als gesellschaftlich (das heißt gemessen am Stand der „Produktivkräfte") nicht notwendiger Repression. Notwendig oder nicht? Verfügung über Menschen

muß sich vor der Gesellschaft rechtfertigen, das heißt als notwendig erweisen. Eine herrschende Minderheit, die sich nicht auf die Interessen der Mehrheit beriefe, vermöchte nicht zu bestehen. Keine Unterdrückung, keine Schurkerei, kein Versagen, die, ins Licht gerückt, sich nicht zu rechtfertigen suchten.

Als „herrschende Klasse", als Organe der Herrschaft, verstehen wir jene Lenkungsapparate der Gesellschaft, die sich mehr oder minder von ihrer Aufgabe gelöst und verselbständigt haben. Der Motor sozialrevolutionärer Politik, der wesentliche Widerspruch in der Gesellschaftsstruktur, ergibt sich heute aus der Verselbständigung dieser Apparate. Er findet seinen Ausdruck in der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die sich auf die Folgen der Irrationalität hierarchischer Organisation konzentriert. Deren strukturell bedingte Leistungsunfähigkeit und Unwahrhaftigkeit allein können in einer fortgeschrittenen Wohlstandsgesellschaft der Motor sozialer Transformation und der Überwindung von Herrschaft sein.

Die Apparate geben vor, Technokratie zu sein. Sie bezeichnen ihre Herrschaft als Sachautorität. Sie finden ihre Legitimation in dem Anspruch, als dienstbare Instrumente der Massen zu wirken, in sachrationaler Weise deren Interessen zu realisieren.

In Wirklichkeit sind die Lenkungsapparate, sobald sie sich verselbständigt haben und Subjekt geworden sind — das heißt sobald sie eigenen Interessen folgen und eigenen Gesetzen gehorchen —, in erheblicher Weise leistungsunfähig. Ihre Funktionäre, die zur sachgerechten Erfüllung ihrer Aufgaben zu kooperieren hätten, sind dazu nicht in der Lage, denn die Apparate sind zugleich die Organisationen des individuellen Aufstiegs, die ihre Funktionäre zum Konkurrieren zwingen. Aus dieser widersprüchlichen Organisationsform der gesellschaftlichen Produktions- und Lenkungsorgane ergeben sich autoritäre und elitäre Ambitionen, ergibt sich für die Apparate der Zwang, die Solidarität und damit Aktionsfähigkeit der Massen zu zerstören — zu täuschen, zu verschleiern, zu korrumpieren und zu manipulieren. Das sind die allgemeinen Formen des modernen Klassenkampfes von oben. Und je mehr das Versagen der Lenkungsorgane gesellschaftliche Kritik erzeugt, desto mehr müssen sie die Erfüllung ihrer Funktionen hinter einem immer aufwendigeren Getriebe der Täuschungen und Manipulationen zurückstellen.

Wie sehr auch immer diese Herrschaftsäußerungen die Menschen als Einzelne treffen: ihnen zu begegnen, sie zu bekämpfen und zu überwinden vermag nur ein großes Kollektiv. Das ist für jeden Menschen relativ leicht einzusehen. Jeder weiß, daß er gegenüber diesen vielfältigen Phänomenen des Versagens, der Korrumpierung, der Willkür und des Betruges der Apparate nur eine Alternative hat: zu resignieren oder sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun. Sind solche Phänomene vom Einzelnen erkannt, so ist regelmäßig seine spontane Reaktion: „Man muß etwas tun!", „Man müßte etwas tun!", „Was soll man tun?" oder „Man kann nichts tun!". Empörung und Resignation liegen beieinander. Dabei beruht die Resignation sowohl auf der Angst des Vereinzelten als auch auf dem objektiven Mangel an schützenden, solidarischen Strukturen.

Die stereotype Metapher „man" als Subjekt drückt beides aus. In ihrer absoluten Inhaltslosigkeit verlangt sie — die letzte, kläglichste, autoritäre Artikulierung der Utopie von isolierten, eingeschüchterten und ohnmächtigen Menschen — nach konkreter Bestimmung. Dieses „man" als unbestimmtes Kollektivsubjekt im Denken der Massen ist der wichtigste Ansatzpunkt für eine neue Klassenkampfstrategie. Wir müssen es uns vor Augen halten, um zu erkennen, welche Besonnenheit, Nüchternheit und Behutsamkeit es bedarf, um es zu beleben — und nicht zum Schweigen zu bringen.

6. Strategische Prinzipien des Klassenkampfes

Auf die Bedeutung der Paralysierung der Hierarchien durch Konkurrenz untereinander ist bereits hingewiesen worden. Das zeigt einer sozialistischen Defensivstrategie den Weg. Sie muß die Widersprüche zwischen den Apparaten fördern und deren Kartellisierungen sowie gegenseitige Unterwerfungsversuche — wie etwa eine Große Koalition oder die Ausschaltung der parlamentarischen Opposition (Notstandsgesetze) — bekämpfen.

Sozialistische Klassenkampfstrategie aber muß zugleich offensiv sein. Ihr Ziel ist die wirkliche Solidarisierung der Beherrschten. Voraussetzung dieser Solidarisierung ist heute primär der Abbau jener strukturellen Bedingungen, die die Konkurrenzneigung der Einzelnen stärken. Umgekehrt vollzieht sich die Offensive der Herrschenden in der Stärkung und Vermehrung solcher Bedingungen.

Wir finden solche Phänomene des Klassenkampfes von oben, die einer sozialrevolutionären Politik den Weg weisen, in der Bundesrepublik in großer Zahl, besonders in der Politik der Unternehmer, der CDU/CSU und FDP sowie der Kirchen. Ideologisches Zentralmotiv ist die Glorifizierung des Risikos, das mit Privatinitiative identifiziert wird — gemeint ist die Initiative des Einzelnen in der Rollenanpassung und im Konkurrieren. In anderem Gewande, als „Subsidiaritätsprinzip", beherrscht es die katholische Soziallehre.

Nennen wir nur einige Beispiele: Förderung des Kleineigentums, von der Kirche als „kleine Habe" gepriesen; Volksaktienpolitik; fesselnde Sozialleistungen der Betriebe; Ablehnung umfassender, egalitärer Sozialversicherungen; Festhalten am materiellen Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten; Differenzierung von Tarifpositionen in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst; die konkrete Gestalt des Mitbestimmungs- und des Betriebsverfassungsgesetzes, die die Emanzipation der Mitbestimmungsfunktionäre von den Arbeitnehmern und ihre Korrumpierung fördert; die Politik der Wahlgeschenke, die die Massen in konkurrierende Minderheitsgruppen zerteilt; Konfessionsschulen wie überhaupt die Ablehnung sachnotwendiger Schulorgani-

sation; die Zementierung des Gegensatzes von Industrie und Landwirtschaft und dergleichen mehr. „Kollektivismus" ist demgegenüber das Stereotyp der Tabuierung von Solidarität. Auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sorgen mit verschiedenen Mitteln dafür, daß sich die Mitglieder nicht zu verständigen und zu solidarisieren vermögen — Fraktionsverbot, Kontrolle der Organisationspresse, Umgestaltung der Parteitage zu akklamierenden Schauveranstaltungen usw.

Dementsprechend muß eine sozialistische Strategie primär auf egalisierende strukturelle Veränderungen gerichtet sein, durch welche die Konkurrenzneigungen der Menschen und Gruppen abgebaut werden. Das hieße unter anderem: umfassende, egalitäre Sozialpolitik und Zwangsversicherungen; bessere Sicherung des Arbeitsplatzes (Besitztitel des Arbeitnehmers bezüglich seines Arbeitsplatzes); egalitäre Einkommenspolitik durch Tarifverträge, Besteuerung und gesellschaftliches Einkommen (Familien- und Kindergeld, Ausbildungsstipendien); egalitäres Bildungssystem; Beseitigung irrationaler Qualifikationsmerkmale, die zu ideologischen Statusunterschieden führen, und Versachlichung der Aufstiegskriterien derart, daß aufstiegsorientiertes Rivalisieren wirkungslos wird; wo sachliche Kriterien des Funktionszuganges nicht existieren, wären nichtmanipulierbare Prinzipien wie etwa Seniorität bei gleichzeitiger Beseitigung der Einkommensunterschiede angebracht — also Beseitigung der Aufstiegsfiktion.

Unabdingbare Voraussetzung einer Reduzierung und Überwindung der Herrschaft und einer Unterwerfung der Apparate aber ist die Ausweitung der Publizität. Wie unten erläutert wird, ist Öffentlichkeit die der modernen Gesellschaftsstruktur angemessene Form der Solidarisierung der Beherrschten, ist die mit der Interventionsdrohung der Massen verknüpfte öffentliche Überwachung der Apparate das Mittel, um die Apparate zu beherrschen und zum angemessenen Funktionieren zu zwingen. Ein g l ä s e r n e r A p p a r a t ist ein ohnmächtiger Apparat.

Publizität ist nicht bloß eine notwendige Voraussetzung kontrollierender Öffentlichkeit; sie erzeugt vielmehr diese Öffentlichkeit. Denn Publizität — sie beinhaltet die Verarbeitung der Information durch unabhängige, leistungsfähige Medien — bedeutet die sichtbare Konfrontation der Realität, besonders der Leistungen der gesellschaftlichen Lenkungsapparate, mit den gesellschaftlichen Ansprüchen. Die Forderung nach Publizität erweist sich als die größte Bedrohung für die moderne Herrschaft, sobald sie — wo auch immer — realisiert werden soll. Die Apparate leisten größeren Widerstand gegen ihre Durchleuchtung. Der strafrechtliche Schutz sogenannter Wirtschaftsgeheimnisse ist einer der letzten Eckpfeiler des Privatkapitalismus. Eine Politik, die auf Erweiterung der gesellschaftlichen Publizität hinarbeitet, gerät früher oder später in Konflikt mit allen Formen der Herrschaft. Sie enthüllt, indem sie den offenen Widerstand der Apparate provoziert, zugleich den wahren Charakter der Gesellschaftsordnung, ist „Entlarvungstechnik" par excellence. Die Erweiterung der Publizität ist das wichtigste Mittel und Ziel des modernen Klassenkampfes.

Über den gegenwärtigen Zustand der „Massenmedien" braucht hier nicht viel gesagt zu werden. Obwohl Ausdruck des demokratischen Anspruches unserer Gesellschaft, dienen sie doch auch der Herrschaft als Filter. Auch ihre Leistungen sind ökonomisch funktionalisiert, und die Herrschaft erzwingt wenigstens teilweise ihre Konformität — ganz abgesehen davon, daß auch und gerade die konkurrenzbestimmte Mentalität der Journalisten kritische Gedanken blockiert und an ihre Stelle Gemeinschaftssehnsucht in spießigsten Formen wuchern läßt. Jedoch wird Herrschaft heute eingeschränkt, indem konkurrierende Apparate einander teilweise neutralisieren. Aus dieser Einschränkung der Herrschaft ergibt sich der Spielraum für Objektivität und Kritik integrierter Massenmedien (das kommt am deutlichsten in dem Verhältnis von Verwaltungsrat und Redaktion im Fernsehen zum Ausdruck).

Nichtintegrierte Öffentlichkeit erfordert jedoch nichtintegrierte Medien als konstituierende Kerne. Eine genossenschaftliche Form von Massenmedien ist darum ein wichtiges Ziel. Sozialistischer Klassenkampf kann auf die Dauer nur Erfolg haben, wenn es gelingt, in wirksamem Umfang Zeitungen usw. zu gründen, die von Lesern unterhalten werden, oder wenn organisierte Publizisten die Unabhängigkeit schon bestehender Massenmedien erkämpfen.

7. Der Zusammenhang von Form und Ziel des Klassenkampfes

Der berüchtigte, fälschlicherweise Bernstein unterschobene Satz: „Das Endziel ist nichts, der Weg alles", der dem praxislosen Kautskyanismus entgegentrat, ist gerade im Sinne einer permanent-revolutionären Politik falsch. Die Negation des Bestehenden vermag nur dann, anstatt zum bloßen Formwandel des gesellschaftlichen Antagonismus zu führen, die Aufhebung dieses Antagonismus zu erreichen, wenn sie die Elemente der Aufhebung bereits in nuce enthält. Das Fortschreiten auf dem Weg zur Überwindung der Herrschaft kann nur die Entfaltung der neuen Ordnung gegen die alte sein. Der Weg muß das Ziel enthalten.

In dieser Hinsicht ist das Scheitern der alten Klassenkampfstrategie in Ost und West sehr lehrreich. Die alte Strategie der Arbeiterklasse wollte den entscheidenden Durchbruch dadurch erreichen, daß sie die Funktionsträger in den bestehenden Herrschaftsapparaten durch Personen ihres Vertrauens ablöste und die Herrschaft so gegen die alte Klasse umwendete. Wie dann das „Absterben des Staates", die soziale Revolution, vor sich gehen sollte, blieb offen. Resultat war die Integration der sozialistischen Repräsentanten und die Fortdauer der Herrschaft in mehr oder weniger neuem Gewande.

Man könnte fatalistisch sagen, die sozialen Bedingungen seien für eine erfolgreiche Revolution durch das Volk nicht reif gewesen, eine Revolution, die die eroberten Apparate

unter der Kontrolle der Arbeiter gehalten hätte. Doch solch ein Satz ist im Grunde nur eine Scheinantwort, eine scheintheoretische Tautologie. Die Revolution hat, in der Rätebewegung, Aktionsformen hervorgebracht, die den Fortbestand der alten Apparate zu dulden erlaubten, da diese Apparate nun kontrolliert, also gefesselt waren. Das Versagen der Räte in Deutschland und besonders in Rußland hat nicht zuletzt seine Ursachen darin, daß sie niemals zu wirklichen Organen solidarischer Massen geworden sind, wodurch allein ihre bürokratisierende Integration zu vermeiden gewesen wäre; vielmehr waren sie von Anfang an Herrschaftsorgane von Repräsentanten, von denen man annahm, daß ihre sozialistische Gesinnung ausreichende Garantie gegen „Verrat" sei. Das Scheitern der sozialistischen Revolutionen ist Folge der hierarchisch-autoritären Struktur der vorrevolutionären — sozialdemokratischen wie bolschewistischen — Arbeiterbewegung.

Jede „stellvertretende" Administration, die das Denken und Lenken der Massen ersetzen soll und darum notwendig die Gestalt eines hierarchischen Rollengefüges annimmt, enthält immanente Entfremdungstendenzen, zumal, solange in ihr ein Zusammenhang zwischen der individuellen „Verantwortung" und dem Niveau der individuellen Bedürfnisbefriedigung (Rewards) der Repräsentanten besteht. Das Rotationsprinzip, das neuerdings empfohlen wird, ist nur ein schwaches Palliativ gegen die Verselbständigungstendenzen der Apparate. Einmal läßt es sich in einer Mangelgesellschaft, deren wichtigstes Prinzip die Ökonomie ist, nur partiell anwenden. Und zum anderen kann es, wenn sich sonst nichts ändert, nur zu leicht zur rotierenden Vetternwirtschaft führen.

Angesichts dieser Realität besteht die einzige Möglichkeit, die Entfremdung des organisierten Klassenkampfes der Beherrschten zu verhindern beziehungsweise administrative Apparate niederzuhalten, darin, das Kollektiv der Beherrschten als nichtintegrierte und zugleich interventionsfähige Gegenmacht zu organisieren. Strukturbedingung solcher Solidarisierung ist völlige Gleichheit. Eine Organisation im traditionellen Sinne mit Basis und Führern ist also ungeeignet. Das „Endziel" — soweit es sich heute konkretisieren läßt — besteht in einer Gesellschaftsordnung, in der die Herrschaft über Menschen dadurch überwunden ist, daß die Massen ihrem Griffbereich entzogen sind. Es geht also nicht um die konkrete Abschaffung des Staates und anderer Apparate, sondern um deren Umfunktionierung, Unterwerfung, mit dem Ziel der allmählichen Egalisierung ihrer Organisationsstruktur. Und diese Umfunktionierung, die Lösung der Massen aus dem Griff der Apparate, geschieht in der Form der Solidarisierung der Massen gegen die Apparate, die zugleich deren Kontrolle bedeutet.

Die einzige nicht integrierbare, herrschaftsfreie Form der Solidarisierung ist die einer kritischen Öffentlichkeit. Öffentlichkeit ist sozusagen Antiorganisation, kann nicht dingfest gemacht werden. Denn in ihr handeln die Menschen nicht vermittelt durch einen repräsentativen Apparat, sondern unmittelbar und individuell, nachdem in der Öffentlichkeit durch Information und Diskussion eine mehr oder minder weitgehende Homogenität des individuellen Handelns ohne Zwang erreicht worden ist. Eine wesentlich formale Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit für den Einzelnen, wirksam in die Lenkungsapparate einzugreifen — und sei es auch nur durch sein Ja oder Nein, etwa durch die Abwahl kompetenter Funktionsträger. Sind die gesellschaftlichen Lenkungsapparate transparent, funktionieren die Informations- und Diskussionsmedien, nimmt die Masse an der öffentlichen Meinungsbildung teil und haben die Einzelnen die Möglichkeit zur individuellen demokratischen Intervention (Veto), dann ist eine Herrschaft der Apparate unmöglich.

Das sind in allgemeinster Form die Strukturbedingungen einer emanzipierten Gesellschaft wie auch einer Politik zu ihrer Realisierung. So utopisch sie sich ausnehmen mögen: man sollte sich darüber im klaren sein, daß die Frage nach der prinzipiellen Realisierbarkeit solcher Bedingungen identisch ist mit der Frage, ob dauerhafte demokratische Verhältnisse überhaupt möglich sind.

Die Dialektik von Weg und Ziel verlangt die Entfaltung aller dieser Elemente zugleich. Eine sozialistische Politik kann zwar heute nur von punktuellen Ansätzen ausgehen. Im Sinne von Single-Purpose-Movements wird sie sich anfänglich auf solche partielle Probleme und Bereiche konzentrieren müssen, die sich am leichtesten und wirksamsten erschließen lassen. Es gilt — analog zur ersten Phase der modernen Partisanenstrategie — in dem weiten Feld gesellschaftlicher Repression Inseln eines organisierten Widerstandes zu schaffen und zu festigen, die zunächst unverbunden bleiben. Damit bleibt auch eine zentrale, umfassende Organisation zunächst überflüssig. Aber auch für solche partielle Aktivitäten gelten die Bedingungen einer der modernen Herrschaftsform angemessenen Klassenkampfstrategie.

Sehr skizzenhaft dargelegt, enthält eine solche offensive Klassenkampfstrategie folgende Elemente. Erstens müssen die Hindernisse für eine Solidarisierung der Beherrschten abgebaut werden: die Möglichkeiten der Apparate, die Menschen in Konkurrenz zueinander zu bringen und ihren Widerstand durch spürbare Schädigungen zu bestrafen; die irrationalen Ängste, Vorurteile und Schuldgefühle der Menschen, die nicht unwesentlich die Ursachen ihrer Dummheit sind; die substanzlosen kompensatorischen Statusvorstellungen sowie Aufstiegsfiktionen. Zweitens gilt es die kritische Urteilsfähigkeit der Menschen zu entwickeln: Anhebung des Bildungsniveaus, nicht zuletzt durch interessenbezogene, antiautoritäre Bildungsarbeit, die die Kluft zwischen den individuellen Interessen und gesellschaftlichen Vorgängen überbrückt. Drittens ist die Förderung der Publizität bezüglich allen wesentlichen Vorgängen in den sozialen Lenkungsapparaten notwendig. Und viertens bedarf es der Organisierung solidarischer Interventionen als Antworten auf offen-

bare Anmaßungen, Mißgriffe oder Unfähigkeit der Apparate — in formaldemokratischen Formen oder als nichtkonforme Störaktionen, die es allmählich institutionell zu legalisieren gilt.

Diese Elemente, die sich gegenseitig ergänzen und unterstützen, können in einer unendlichen Vielfalt konkreter Formen realisiert werden. Eine klare und verständliche Auseinandersetzung im Fernsehen etwa mit der Kleineigentumspolitik dient ebenso der Emanzipation des Bewußtseins wie eine konsequent egalitäre Lohnpolitik eines Betriebsrates oder gar einer Gewerkschaft oder wie eine filmische Darstellung der Mentalität neurotischer Konkurrenten; eine aufgeklärte gewerkschaftliche Bildungsarbeit fördert ebenso die kritische Widerstandsfähigkeit wie eine Verbesserung der Volksschulen; eine Zeitung, die systematisch Inside-Informationen aus dem öffentlichen Bereich publiziert, kann in gleicher Weise antiautoritär wirken wie ein rühriger, intelligenter Vertrauensmann im Betrieb, der die Belegschaft informiert, oder wie eine Studentengruppe, die aufdeckt, wie Professoren die Besetzung eines Lehrstuhles hintertreiben; und SPIEGEL- wie FU-Affäre, Notstands- wie Konkordatskampagne, Mensastreiks und Mieterstreiks, unabhängige Wählervereinigungen (ohne eigene Kandidaten) sind nur wenige Formen erfolgversprechender Aktionen unter einer Vielzahl von Möglichkeiten, auf die man stößt, sobald man sich dieser strategischen Fragen erst einmal systematisch annimmt.

Die Forderung nach Einheit von Weg und Ziel gilt auch für die Bestimmung des Subjektes eines planvollen Klassenkampfes, wenngleich sie hier besonders schwer zu verwirklichen ist. „Die Befreiung der Arbeiter kann nur die Tat der Arbeiter selbst sein" — und nicht die jeweiliger Führer, die nur als Werkzeuge subsidiär fungieren können. Die Wahrheit dieses Satzes wird durch die fatale Dialektik, die aus dem Kampf neuer gegen alte Herrschaftsformen entsteht, bestätigt. Aufgabe der Sozialisten kann es nicht sein, Massen zu führen; vielmehr kommt es darauf an, die Solidarisierung der Beherrschten zu fördern.

Jedoch verlangt eine solche Klassenkampfstrategie als Subjekte aktive Minderheiten, die „den Kampf aufnehmen" — in theoretischer und praktischer Arbeit. Und diese können heute nur Erfolg haben, indem sie zunächst eine Führungsrolle übernehmen. Diese vertrakte Notwendigkeit birgt in sich all die Gefahren einer erneuten Integration. Sektenwesen und Dogmatismus sind eine spezifische Form, in der sich die Wirksamkeit quasi-bürokratischer Konkurrenzmechanismen auch in noch so kompromißlosen, treuen und entschieden sozialistischen Gruppierungen erweist.

Zwei unabdingbare Voraussetzungen ergeben sich daraus für die Strategie. Erstens müssen die anti-autoritären Prinzipien auch die Struktur der Aktivgruppen bestimmen. Sie dürfen nicht dinglichen Vereinscharakter annehmen; vielmehr müssen auch ihre Angehörigen in der Form einer egalitären Öffentlichkeit sich vereinen. Nicht um Mitgliedschaft, Sympathie oder Bekenntnis geht es, sondern um Mitwirken. A r b e i t allein kann das Medium der Organisierung solcher Gruppen sein.

Und zweitens muß jede Form der Integration solcher Gruppen in die gesellschaftliche Herrschaftsstruktur vermieden werden. Es kann ab und zu sinnvoll sein, daß einzelne Sozialisten Funktionen in den herrschenden Apparaten übernehmen. Aber das muß prinzipiell Ausnahme bleiben. Und stets muß als Maxime gelten: Wer in die institutionellen Apparate überwechselt, zählt p o t e n t i e l l zu den Herrschenden.

Die aktiven Minderheiten müssen als Katalysatoren und Mobilisatoren des Klassenkampfes wirken, um, ausgehend von singulären Störaktionen, durch Organisierung der Solidarität der Beherrschten und Aktivierung der Konkurrenzmechanismen zwischen den Apparaten allmählich die Bildung einer umfassenden Front des Widerstandes zu provozieren. Dabei ist es eine wichtige Aufgabe der Aktivgruppen, G e g e n macht zu erringen und auszuüben. Gegenmacht auszuüben bedeutet für sie, sich mit den herrschenden Apparaten in einem dauernden Clinch zu befinden, sich an diesen abzuarbeiten, deren Macht tendenziell zu neutralisieren. Würden die Sozialisten einer Gruppe geschlossen versuchen, in einen Apparat einzudringen und dessen Funktion, wenn auch „im Interesse der Massen", auszuüben, dann würde das Entscheidende, nämlich die Gegenmacht, verlorengehen. Herrschaft erhielte eine neue Chance zur Integration der Massen. Bleiben solche Gruppen dagegen gegenüber den Apparaten passiv oder pseudoaktiv (zum Beispiel wirkungslose Resolutions- oder Demonstrationspolitik), dann wächst die Gefahr, daß sie erstarren und zu Sekten werden, deren einzige Wirksamkeit in der Konkurrenz mit anderen Gruppen liegt.

Aktivgruppen vermögen nur Gegenmacht zu gewinnen und auszuüben, indem sie wenigstens Teile der Beherrschten tatsächlich solidarisieren. Ihre primäre Aufgabe ist es, diese Solidarisierung auf dem Wege der Ausbreitung kritischer Öffentlichkeit zu fördern. Öffentlichkeit kann aber grundsätzlich nicht exklusiv sein. Darum müssen auch die Aktivgruppen als deren Kristallisationskerne offen sein, ihrem Wesen nach liberal. Sie bedürfen nicht jener traditionellen programmatischen „Plattformen", die nur zur Gruppenidentifikation und zur Abgrenzung gegen andere Gruppen dienen können. Das einzige Programm kritischer Öffentlichkeit ist die Negation der Herrschaft, des gesellschaftlich nicht notwendigen Zwanges, und diese Negation gewinnt ihre Bestimmung nur in der umfassenden öffentlichen Kritik der konkreten Herrschaftsäußerungen und in der solidarischen Aktion.

Es bleibt also zu untersuchen, was konkret erforderlich und was realisierbar ist. Doch darf eine solche Analyse nicht statisch sein. Alle Elemente der Strategie bedingen sich gegenseitig und müssen in einem expansiven Wechselspiel aufeinander bezogen sein. Bei den Sozialisten setzt der Erfolg der Strategie die Befreiung von alten, äußerlich gewordenen

Vorstellungen und Praktiken, größere Nüchternheit in der Analyse und nicht zuletzt theoretische Phantasie und praktische Beweglichkeit voraus.
Es ist immer Besseres möglich als das jeweils Existierende. Darum ist Resignation stets der Ausdruck eines gestörten Verhältnisses zur Realität oder verborgener Hoffnungen auf Anpassungsprämien — und überdies so unendlich langweilig. Lassen wir das Klagen wie das sterile Vereinegründen, öffnen wir die Augen für die Möglichkeiten demokratischer Veränderungen in der Bundesrepublik, suchen wir die Schwächen der Herrschaft, arbeiten wir uns an ihnen ab! Nur in dieser Arbeit kann sich die Klasse für sich konstituieren.

---

[1]) Was heißt „gesellschaftlich notwendig" oder „gesellschaftlich nicht notwendig"? — Wie alle kritischen Begriffe, so haben auch diese für eine positivistische Soziologie keinen Sinn. Was gesellschaftlich notwendig ist, vermag nur die Praxis zu erweisen. Jede Herrschaft sucht sich zu rechtfertigen, sei es unter Berufung auf den Willen Gottes, sei es auf die Interessen der Beherrschten. Die Rechtfertigung hat die Funktion, die Leidtragenden von der selbständigen Prüfung solcher Notwendigkeiten abzuhalten. Gesellschaftlich notwendig ist an sich jeder Zwang, der sich durchzusetzen vermag. D. h. es hört jener Zwang auf, notwendig zu sein, dessen Beseitigung die Beherrschten erzwingen. Für eine theoretische Analyse, die die Emanzipation der Beherrschten antizipiert, bestimmt sich daher die Grenze des gesellschaftlich notwendigen Zwanges aus den Möglichkeiten, über die ein solidarisches Kollektiv der Beherrschten zu verfügen vermöchte. Stringenz haben derartige Urteile in dem Maße, in dem die Analyse ihrem Anspruch genügt, vorwegnehmende Praxis zu sein.

[2]) Die Arbeitswerttheorie vermag nur so lange die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft darzustellen, solange Qualität und Quantität des Kapitals bestimmend sind — d. h. solange vollkommene Konkurrenz die Märkte beherrscht. Mit der Monopolisierung der Märkte beginnt jedoch die sogen. „säkulare Inflation", d. h. das dauernde Steigen des Preisniveaus, das die Wertmenge des Kapitals ausdrückt. Eine heute verausgabte Stunde Arbeit tauscht sich nur noch gegen einen Teil einer morgen verausgabten Stunde. Ebenso führt das Nebeneinander „starker" und „schwacher" Marktpositionen dazu, daß gleichzeitig verausgabte Arbeitsstunden sich in ungleichen Proportionen tauschen. Die Quantität des gesellschaftlichen Wertes verschwimmt. Theoretisch ließe sich das Problem zwar bewältigen. Doch besäße eine so revidierte Werttheorie nur noch begrenzte Aussagekraft für die Beurteilung der kapitalistischen Akkumulation.
Indem die Marktpositionen manipulierbar werden, gewinnt das Kapital eine neue Dimension. Seine Akkumulationsfähigkeit hängt nun primär von der Marktposition und vom Marktverhalten jenes unternehmerischen Apparates ab, in den es eingeordnet ist. Das bedeutet den Zerfall des gesellschaftlichen Kapitals in einzelne Kapitalien verschiedener Qualität — verschiedener Macht. So verliert die Dimension Wertquantum konkreter Kapitalien (Unternehmungen) an Bedeutung für den Akkumulationsprozeß zugunsten der Dimension Macht. Diese Entwicklung ist die notwendige Folge des von der Werttheorie antizipierten Konzentrationsprozesses; ihre Konsequenzen für die Entwicklung von Realität und Theorie haben die marxistischen Theoretiker, gefangen im Getriebe der anpassenden Uminterpretation ihrer Begriffe, meist übersehen.
Die Verdrängung der Quantität der abstrakten Wertsubstanz durch die Macht konkreter Kapitalien erfordert für die Analyse der kapitalistischen Entwicklung die Ersetzung des geschlossenen Akkumulationsmodells durch ein offenes spieltheoretisches Modell.

[3]) Wie soll man diese Form der Herrschaft, die mehr und mehr die alten, vertrauten Herrschaftsformen ablöst, nennen? Sie zeigt viele Phänomene, ist aber gänzlich anonym — namenlos. Die S t r u k t u r der Gesellschaft insgesamt ist ihr Subjekt. Die Umgangssprache hat sie nicht dingfest gemacht; nur ihre Folgen und Besonderheiten sind faßbar. Dementsprechend bieten sich zahlreiche Bezeichnungen an, die alle jedoch nur einzelne Aspekte treffen und nicht den Kern des Problems. In der Wissenschaft ist häufig von „bürokratischer" Herrschaft die Rede. Doch haften dem Begriff noch zu viele äußerliche Vorstellungen an.
„Vergesellschaftete" Herrschaft wäre wohl angemessen, ebenso aber auch „verinnerlichtes" Beherrschtsein, denn beides sind Momente dieser Herrschaftsform: die Gesellschaftsstruktur, die angepaßtes Verhalten mit vielerlei Rewards vergilt, und die Mentalität des Individuums, das den Preis bezahlt (Wertvorstellungen).
Ich will mich auf keinen Begriff festlegen. Wo es sich nicht umgehen läßt, spreche ich von „moderner" Form der Herrschaft, da sie sich erst in der Gegenwart voll durchgesetzt hat. Das ist eine Verlegenheitslösung, die jedoch den Vorzug hat, Verdinglichungstendenzen relativ unzugänglich zu sein.

Neuordnung der Wirtschaft - Das Konzept des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Fritz Vilmar

Seit der Verabschiedung seines Grundsatzprogramms im November 1963 kann der Deutsche Gewerkschaftsbund das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, als erste und bisher einzige der großen gesellschaftlichen Organisationen eine unserer Zeit und Zukunft gemäße Konzeption der deutschen Volkswirtschaft formuliert zu haben. Allerdings haben die verantwortlichen Funktionäre und Fachleute der Gewerkschaften erst noch zu beweisen, daß sie ernstlich willens und fähig sind, über die Tagespolitik hinauszugehen und mit Energie für die öffentliche Diskussion und die Verwirklichung dieser ihrer sehr realen, aber vorläufig noch unpopulären Konzeption einzutreten. Sie darf nicht ein papierenes Dokument bleiben wie die Wirtschaftspolitischen Grundsätze des DGB von 1949. Diese, wesentlich prononcierter planwirtschaftlich als die des neuen Programms, schienen angesichts der überraschend mächtigen Restauration der kapitalistischen Marktwirtschaft vorerst unrealisierbar. Die Gewerkschaften erkannten, wie Otto Brenner 1960 auf dem Verbandstag der IG Metall feststellte, daß sie den „Übergang von einer grundsätzlichen zu einer tagespolitischen Orientierung ihrer praktischen Arbeit vollziehen mußten ... Der Übergang ist ihnen gelungen. Ja, er ist ihnen vielleicht manchmal zu gut gelungen. Das heißt, es besteht die Gefahr, das Fernziel aus den Augen zu verlieren und in den Tagesaufgaben aufzugehen[1])". Daß die Gewerkschaften mitsamt ihren Führungen in den Wirtschaftswunderjahren teilweise dieser Gefahr erlegen sind, stellte Walter Dirks ein Jahr später in seinem Grundsatzreferat vor dem ÖTV-Gewerkschaftstag unumwunden fest: das öffentliche Ansehen der Gewerkschaften sei gesunken, nicht zuletzt, weil man spüre, „daß die Gewerkschaften an der Zukunftslosigkeit der Gesellschaft teilhaben, daß sie ungefährlich geworden seien, weil sie ihre Dynamik verloren hätten". Die Gewerkschaften müssen den Mut haben, „Ziele zu setzen, ja — ich scheue das Wort nicht — eine Utopie zu entwerfen, freilich eine reale Utopie, die aus realen Tatsachen und realen Möglichkeiten entwickelt ist[2])". Genau das haben nun die Gewerkschaften mit der Aktualisierung, Konkretisierung und Ergänzung ihrer 49er Grundsätze zu einem ausführlichen Grundsatzprogramm gewagt. Zwar sind sie, wie gesagt, nun in erster Linie selbst dafür verantwortlich, daß es Leben gewinnt — aber sie bedürfen dazu der Anteilnahme, der Mitwirkung und konstruktiven Kritik aller politisch aktiven, nonkonformistischen Kräfte, die sich darin einig sind, daß die Devise „Keine Experimente" eine gesellschaftspolitische Bankrotterklärung darstellt.

Die gesellschaftspolitische Chance der Gewerkschaften

Es ist kein Zufall, daß der DGB in einer konzeptionslosen Bundesrepublik gegenwärtig der einzige große gesellschaftliche Verband ist, der sich an die Zentralfrage heranwagt, an das große Tabu: die Neuordnung der ökonomischen Basis unserer Industriegesellschaft. Die Gewerkschaften haben noch diese gesellschaftspolitische Courage, weil ihre Existenz nicht von dem satten Wirtschaftswunder-Wähler abhängt. Vor dessen neurotischer Verliebtheit in den status quo, die von den Nutznießern und Ideologen des Bestehenden eifrig gefördert wird, haben die Parteien kapituliert. Das gilt nicht mehr nur für die CDU mit ihrem heute verleugneten Ahlener Programm, es gilt auch für die SPD mit ihrem vagen und teilweise schon wieder links liegengelassenen Godesberger Programm und ihrem verleugneten Deutschlandplan. Mit Recht verweist daher Alfred Horné auf die im DGB vereinten Gewerkschaften, die in dieser zukunftslosen westdeutschen Atmosphäre noch fähig sind, zum Zentrum einer Koalition zu werden, in der sich alle zusammenfinden, die in freier Übereinkunft ihre Ideen zur Gestaltung einer sozialen Zukunftsordnung in diese Koalition einbringen. Denn „auf die Parteien in ihrem gegenwärtigen Zustand große Hoffnungen zu setzen, erfordert ... eine gehörige Portion Gutgläubigkeit, die von politischem Leichtsinn nicht weit entfernt ist. Seitdem die CDU wieder Politik treibt, um an der Macht zu bleiben, seitdem die SPD keine Politik mehr treibt, um an die Macht zu kommen; seitdem die FDP links von der CDU, die CDU nirgendwo und die SPD überall steht ... sind die Parteien mindestens als einzige Gewähr der Demokratie nicht qualifiziert. Für diese Demokratie sind ... die Gewerkschaften in besonderem Maße (qualifiziert)." Sie sind „nicht auf Eroberung politischer Macht gerichtet: darum können sie sich mehr praktizierte Demokratie leisten[3])."

Ohne Rücksicht auf den machtvollen Selbstbehauptungswillen herrschender Schichten — aber auch unabhängig vom Konservativismus kleinbürgerlicher Wählermassen ein Programm zur wirtschaftlich-gesellschaftlichen Neuordnung zu veröffentlichen: das ist zweifellos ein wesentlicher Akt praktizierter Demokratie. Es kommt nun freilich alles darauf an,

daß die derart erwiesene Kraft gesellschaftspolitischer Unabhängigkeit und Zukunftsbewußtheit innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften richtig erkannt und zum Tragen gebracht wird. Sonst bleibt sie, wie Theo Pirker meint, eine „blinde Macht".

Ziele der volkswirtschaftlichen Neuordnung

Von dem DGB-Programm interessieren uns im folgenden nur die Präambel und die Wirtschaftspolitischen Grundsätze[4]). Aus diesen leider nicht immer sehr präzis und systematisch formulierten und gegliederten Texten[5]) ergeben sich zunächst die Ziele, die durch die von den Gewerkschaften konzipierte Neuordnung der Volkswirtschaft erreicht werden sollen:

eine Wirtschaftsordnung, die ein krisenfreies Wirtschaftswachstum und damit die Sicherung der Vollbeschäftigung garantiert;

eine Verfassung der Wirtschaft, die allen Bürgern ermöglicht, an der wirtschaftlichen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu können und die den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert;

eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts, insbesondere ein höherer Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen.

Diese Zielsetzungen werden in einer durchaus realistischen Weise mit dem undemokratischen, dem Klassencharakter und der Instabilität der bestehenden Wirtschaftsordnung begründet[6]).

Auf die Polemik gegen die gewerkschaftliche Kapitalismus-Kritik kann hier leider nicht eingegangen werden; sie hat allerdings meist einen rein apologetischen und oft rabulistischen Charakter. (So zum Beispiel, wenn kein Geringerer als Götz Briefs Wortspiele treibt wie: eigentlich seien doch die Eigentümer und Manager von der Verfügung über die Produktionsmittel ausgeschlossen und nicht die Arbeiter, die ja „physisch" darüber verfügten[7]); auf dieser Linie bewegen sich nicht nur die Briefschen „Widerlegungen" der Irrtümer der Gewerkschaften). Im Grunde ist diese mehr ideologische Auseinandersetzung aber auch von immer geringerer Bedeutung: sie wird überholt von der tatsächlichen Entwicklung in den westlichen Industriegesellschaften, die mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit auf eine planvolle Ordnung der Volkswirtschaften (und der Europawirtschaft!) zudrängen[8]), wie sie in der Bundesrepublik bisher leider nur von den Gewerkschaften gefordert wird.

Daß die Gewerkschaften nicht eine ideologische Utopie, sondern ganz einfach die Zeichen und Erfordernisse der Zeit verfolgen, zeigt sich, wenn wir im folgenden die wirtschaftspolitischen Mittel und ihre Handhabung erörtern, gemäß der Konzeption des DGB. Was gefordert wird, um die definierten Ziele einer Demokratisierung und stabilen Entfaltung der Wirtschaft zu erreichen, läßt sich unter drei Grundbegriffe subsumieren: Planung, Kontrolle und Mitbestimmung der Wirtschaft. Genauer:

1. Volkswirtschaftliche Rahmenplanung (Nationalbudget)
2. Indirekte oder direkte Kontrolle wirtschaftlicher Macht
3. Betriebliche, unternehmerische und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Durch den Einsatz dieser wirtschaftspolitischen Mittel soll nicht eine „marktwirtschaftliche" durch eine „planwirtschaftliche" Ordnung ersetzt werden. Vielmehr geht es um eine „mixed economy", mit einer ganz spezifischen Mischung privat- und gemeinwirtschaftlicher Elemente: Die bestehende (kaum noch als solche funktionierende) Marktwirtschaft soll teils ergänzt, teils wieder funktionsfähig und teils überformt werden. Diese gemischtwirtschaftliche Konzeption wird im Schlußabsatz (7: „Planung und Wettbewerb") des Abschnitts über die „Mittel der Wirtschaftspolitik" ausdrücklich als solche expliziert.

Volkswirtschaftliche Rahmenplanung

Was bis vor kurzem im Westen noch unter einem strengen Tabu stand, wird nunmehr in allen Industriestaaten mit Ausnahme der Bundesrepublik und der USA[9]), und mehr noch in allen industrialisierenden Staaten offen diskutiert, gefordert und teilweise schon praktiziert: eine gesamtwirtschaftliche Planung des Staates. Der über die internationale wirtschaftspolitische Entwicklung hervorragend informierte Nationalökonom Gunnar Myrdal hat in einem seiner Bücher[10]) beschrieben, wie auch und gerade die Regierungen der kapitalistischen Staaten durch die gesellschaftlichen Erfordernisse Schritt für Schritt zu immer globalerer Wirtschaftsplanung gedrängt werden: „Keine Entwicklung ist weniger geplant worden als die ... der Planung in allen westlichen Ländern. Ideen und Ideologien ... haben dabei keinerlei Rolle gespielt ... Die überwiegende Mehrheit der öffentlichen Meinung dieser Länder — vor allen Dingen der Vereinigten Staaten — (war) während der gesamten Diskussion absolut gegen jeden staatlichen Eingriff im allgemeinen und gegen staatliche Planung im besonderen eingestellt. Die ständige Zunahme staatlicher Eingriffe wurde durch Politiker befürwortet und gefördert, die sich jederzeit zu den Tugenden der ‚freien' Wirtschaft bekannten.

So ist die ganze Diskussion um ‚freie' und ‚geplante' Wirtschaft in seltsamer Weise von der Realität ... gelöst worden. Es sollte uns deshalb die Feststellung, daß sich in den westlichen Ländern die Menschen meist bemühen, sich ja nicht bewußt zu werden, wie weit sie sich von einer ‚freien' Wirtschaft entfernt haben, nicht erstaunen. Sie möchten nicht daran denken, wie viele regulierende Eingriffe die organisierte Gesellschaft ihrer Länder in die Wirtschaft vorgenommen hat, und wie wichtig die nationale Wirtschaftsplanung, wenn auch in einer pragmatischen und keineswegs umfassenden Form, geworden ist."

Seite 1958, als Myrdal diese Darstellung zuerst publizierte, hat nun allerdings der Mut, zur bewußten Planung sich zu bekennen, zumindest in Westeuropa zugenommen. Nicht

zuletzt angesichts der Aufgabe, sechs Volkswirtschaften zu einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu integrieren. Dabei wirkt die Planungsfeindlichkeit der gegenwärtigen westdeutschen Wirtschaftspolitik dann besonders anachronistisch: „Mit der Integration in einen gemeinsamen Markt stellt sich unausweichlich das Problem einer europäischen Planung ... Dazu ist aber notwendig, daß dieses einverständliche Planen nicht bei bestimmten Teilnehmern auf grundsätzliche Ablehnung stößt ... Frankreich hat ... ein Generalkommissariat errichtet, das für jeweils vier oder fünf Jahre Pläne ... aufstellt. In Belgien ist vor kurzem ein Programmierungsamt eingerichtet worden. Italien hat die Errichtung eines staatlichen Planrates beschlossen. Die Niederlande kennen schon seit langem langfristige Entwicklungsmodelle. Der deutsche Bundeswirtschaftsminister dagegen hat einen solchen Abscheu vor allem, was überhaupt entfernt nach Planung aussieht, daß er schwere Bedenken sogar gegen die Vorausschätzungsmethoden hegt, die ... lediglich den Blick in die Zukunft aufhellen wollen[11])."

Es ist bezeichnend, daß auch diese Kritik inzwischen teilweise überholt ist — so sehr sind die Dinge gegenwärtig im Fluß! Der damalige Wirtschaftsminister, der noch im Februar 1960 eine sehr skeptische Untersuchung über „Möglichkeit und Grenzen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen" veröffentlichen ließ[12]), entschloß sich Anfang 1963 endlich, erstmalig eben eine solche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, genannt „Wirtschaftsbericht", vorzulegen. Seine Voraussagen sind sogar, von der Exportsteigerung abgesehen, trotz des ungewöhnlichen harten Winters 1963 erstaunlich exakt gewesen, wie aus dem zweiten Wirtschaftsbericht (1963/64) hervorgeht[13]). — Aber der inzwischen Bundeskanzler gewordene Wirtschaftsminister ist in seiner ersten Regierungserklärung sogar einen Schritt weiter gegangen und hat eine langfristige Planung der öffentlichen Haushalte gefordert — um freilich im gleichen Atemzug die Unplanbarkeit der gesamten privaten Wirtschaftstätigkeit von neuem zu konstatieren[14]).

Im Lichte dieses ganzen „wirtschaftsordnungspolitischen" Wandlungsprozesses, indem selbst die Bundesrepublik, wiewohl nachhinkend, bremsend, sich mitwandeln muß[15]), erscheint die gewerkschaftliche Programmforderung nach einer ausgeprägten volkswirtschaftlichen Rahmenplanung als eine wertvolle, zeitgerechte Pionierleistung, die entscheidend dazu beitragen kann, daß auch wir einer gesellschaftlichen, geschichtlichen Notwendigkeit und Herausforderung uns gewachsen zeigen, ehe es zu spät ist. (Wie spät es schon ist, trotz aller äußeren konjunkturellen Erfolge, zeigt sich am wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Widersinn all der partiellen Planungen der Kartelle und Konzerne, der Landwirtschaft, der Verkehrs- und Rüstungswirtschaft, der Kultur- und Sozialpolitik: unkoordinierte Konzepte kollektiver Egoismen.)

Aufstellung und Verwirklichung der volkswirtschaftlichen Planung werden in Punkt 1—3 der „Mittel der Wirtschaftspolitik" konzipiert. Danach wird der Rahmenplan erarbeitet mit Hilfe einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Feststellung des tatsächlichen, auch künftigen Wirtschaftsverlaufs), die die Basis liefert für ein Nationalbudget (Setzung des wünschenswerten künftigen Wirtschaftsverlaufs). Beide Instrumente sind etwas näher zu erläutern.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung soll, nach der knappen Definition des Programms, den Wirtschaftsprozeß überschaubar machen, „so daß die Geld- und Güterströme innerhalb der Wirtschaft und zwischen dem In- und Ausland sichtbar werden und die voraussichtlichen Auswirkungen bestimmter Einkommens- und Ausgabenänderungen beurteilt werden können". Jan Tinbergen, einer der führenden westlichen Ökonometriker, beschreibt anschaulich, worum es bei einer solchen gesamtwirtschaftlichen Bilanz geht. Sie ist „eine Tabelle oder ein Tabellensystem, worin die Einkommensbildung und -verausgabung für eine ganze Volkswirtschaft zusammengefaßt wird. In ihrer einfachsten Form kann sie aus einer Tabelle bestehen, die einerseits angibt, wie sich der Wert des Bruttosozialproduktes aus Einfuhr, Arbeitseinkommen und übrigen Einkommen einschließlich der indirekten Steuern zusammensetzt, und andererseits, wie er sich über Verbrauch, Investitionen und Ausfuhr verteilt, wobei Verbrauch und Investitionen noch in ‚privat' und ‚öffentlich' unterteilt sein können. Es gibt auch viel ausgedehntere Formen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung". Man kann aus ihr also, mehr oder weniger genau, ablesen, wie die gesamte Wirtschaft sich in einer vergangenen Periode entwickelt hat, und aufgrund dieser Daten und Relationen abschätzen, wie sie sich in einer künftigen Periode entwickeln wird. Damit werden — das ist das Entscheidende — Fehlentwicklungen wie gesellschaftlich wünschenswerte Entwicklungsänderungen vorausbestimmbar. „Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermöglichen es den Politikern und ihren Beratern herauszufinden, um wieviel die Gesamtnachfrage nach Gütern und Diensten zu hoch oder zu niedrig ist[16])." Nämlich: gemessen an den oben genannten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die sicherlich nicht nur gewerkschaftlichen, sondern allgemein sozialstaatlichen Vorstellungen entsprechen: das heißt, die Gesamtnachfrage und damit die Gesamtproduktion müssen sich so entfalten, daß stetiges Wirtschaftswachstum, stabiler Geldwert, vor allem aber Vollbeschäftigung erzielt werden.

Indem derart durch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung die tatsächliche, auch die präsumtive Wirtschaftsentwicklung ermittelt und mit der wünschenswerten konfrontiert werden kann, sind die Voraussetzungen für die eigentliche Rahmenplanung, das Nationalbudget, geschaffen. In der modernen wirtschaftspolitischen Theorie finden sich bis jetzt keine allgemeinverbindliche definitorische Abgrenzung des Nationalbudgets von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Diese „bezog sich ursprünglich nur auf schon abgeschlossene Zeiträume; jedoch hat die außerordent-

liche wirtschaftspolitische Bedeutung, die den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugefallen ist, die Entwicklung von Vorausschätzungen für zukünftige Perioden erforderlich gemacht. Als solche kann sie entweder Vorhersage (Prognosebudget), Projektion[17]) oder Programmodell[18]) ... oder eine Kombination dieser drei sein[19])". Eine solche Kombination von Voraussagen, Hypothesen und Zielsetzungen ist aber nach Colm das Nationalbudget, das danach also nichts als eine bestimmte Ausformung der Gesamtrechnung wäre[20]).

Das gewerkschaftliche Grundsatzpogramm unterscheidet das Nationalbudget als System wirtschaftspolitischer Zielsetzungen klar von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als bloßer Entwicklungsanalyse und -vorschau. Dadurch wird deutlich gemacht, daß mehr oder weniger hypothesenförmige Prognosen, denen sich die am Wirtschaftsprozeß Beteiligten anpassen sollen, nicht genügen. Vielmehr ist aus der Gesamtrechnung „der Rahmenplan in der Form eines Nationalbudgets zu entwickeln. Es enthält die Zielsetzungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum[12])".

Die große Frage, sozusagen die Gretchenfrage, ist nun natürlich, mit welchen (Druck-)Mitteln die Planungsziele des Nationalbudgets angestrebt und verwirklicht (etwa gar: erzwungen) werden sollen. Nun, grundsätzlich ist an das Prinzip einer „Planung der leichten Hand" gedacht. Bereits an der Art wie die Ziele fixiert werden — demokratische Ausschüsse sollen sie unter Mitwirkung des DGB formulieren und das Parlament sie verabschieden, wird das erkennbar: der Begriff der Rahmenplanung impliziert den Verzicht auf detaillierte Produktionsplanung und eine Beschränkung auf wenige Daten, die für große zusammengefaßte Wirtschaftssektoren wünschenswerte Einkommens-, Konsum- und Investitionsrahmen abstecken. Damit bleibt nicht nur a priori ein hinreichend weiter Spielraum für die einzelwirtschaftlichen Initiativen; die Beschränkung auf „makro-ökonomische" Daten hält die Planung elastisch und macht sie unempfindlich gegen nicht-planmäßige Entwicklungen kleineren Umfangs. Das DGB-Programm sieht für die Verwirklichung des Plans zwei Wege vor. Das Nationalbudget soll „für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich" sein — „plan impératif" im Sinn der französischen Planifikations-Theorie. Aber es soll für die „freien Entscheidungen" der Privatwirtschaft nur „die notwendigen Orientierungsdaten" liefern — „plan indicatif" also für den eigentlichen kapitalistischen Sektor. Mit dieser — gewiß nicht unproblematischen — dualistischen Handhabung des Nationalbudgets übernimmt das deutsche Gewerkschaftsprogramm offensichtlich dessen in der angelsächsischen und skandinavischen „Wohlfahrtsökonomie" vorherrschende Definition und Anwendung aus der sich ergibt: „Die Nationalbudgets im kapitalistischen Mischsystem (können) höchstens für den öffentlichen Sektor als verbindliche Weisung gelten, während sie der Privatwirtschaft nur als Anhaltspunkte für ihre selbstverantwortlichen Entscheidungen dienen[22])."

Der berechtigten Skepsis gegenüber einer solchen, nur halb verbindlichen Planung begegnet man mit dem Hinweis auf das wachsende Gewicht der öffentlichen Haushalte, durch deren Kassen (einschließlich der Sozialversicherung) gegenwärtig in der Bundesrepublik etwa 40 Prozent des Sozialprodukts fließen. So ist auch das DGB-Programm der Meinung, es genüge, diesen öffentlichen Wirtschaftssektor auf das Nationalbudget festzulegen und insbesondere seine Investitionen daraufhin zu koordinieren: „Die Bedeutung der Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden wird insbesondere auf dem Gebiet der Gemeinschaftsaufgaben weiterhin wachsen." Damit „wächst die Bedeutung des öffentlichen Haushalts für die Sicherung der Vollbeschäftigung und als Mittel der Wirtschaftspolitik. Aus den öffentlichen Haushalten sind Investitionshaushalte auszugliedern. Sie müssen koordiniert werden und sollen einen Zeitraum von mehreren Jahren umfassen[23])."

Darüber hinaus freilich bekennt sich das Programm in bezug auf die privaten Investitionen immerhin zur indirekten Beeinflussung und Lenkung der „freien" (heute wirklich so freien?) unternehmerischen Entscheidungen. Und zwar

durch Veröffentlichung laufend vorzunehmender Bedarfs- und Nachfragevorausschätzungen für die einzelnen Wirtschafts- und Industriezweige;
durch eine von diesen Vorausschätzungen ausgehende differenzierte Investitionssteuerung, z. B. mit Hilfe gezielter steuerlicher und kreditpolitischer Maßnahmen gegenüber bestimmten Wirtschaftszweigen oder -regionen.

Neuordnung der Wirtschaft
Indirekte und direkte Kontrolle wirtschaftlicher Macht

Planung wird ohnmächtig bleiben oder gar in ihr Gegenteil umschlagen, wenn demokratische Wirtschaftspolitik nicht durchzusetzen vermag, daß man sich in den wirtschaftlichen Machtpositionen: den marktbeherrschenden Unternehmen, Konzernen und Kartellen in etwa plangemäß verhält[24]). Oder aber: Planung entartet zu einem perfektionierten „Plankapitalismus" (P. Sering), ist ein staatliches Superkartell, das im Interesse und unter Beteiligung der organisierten Wirtschaftsgruppen auf dem Rücken der Arbeitnehmer und Verbraucher hohe Profitraten und risikolose Investitionen plant[25]). Beiden Gefahren ist nur zu begegnen, wenn man die erläuterte Rahmenplanung ergänzt und fundamentiert durch ein System der Kontrolle wirtschaftlicher Macht und der Mitbestimmung. Es ist bedauerlich, daß dieser konzeptionelle Zusammenhang in den locker nebeneinandergestellten sieben Punkten der „Mittel der Wirtschaftspolitik" im DGB-Programm nicht klar erkennbar wird[26]).

Der Begriff der Wirtschaftskontrolle an sich ist genauso vieldeutig wie der der Wirtschaftsplanung; die Anwendungsbereiche beider überschneiden sich häufig[27]). Hier ist damit gemeint eine bestimmte Überwachung oder Ein-

schränkung der *privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel* (indirekte Kontrolle), bis hin zu deren Aufhebung (direkte Kontrolle: Gemeinwirtschaft). Man kann es nicht als „marktwirtschaftliche Verwässerung", sondern nur als durchaus vernünftige Erweiterung der Programmkonzeption von 1949 ansehen, daß die Vergesellschaftung wirtschaftlicher Schlüsselpositionen im neuen Programm in diesen Gesamtkomplex der Kontrollinstrumente wirtschaftlicher Macht eingeordnet worden ist[28]). Damit wurde allerdings auch ganz klar gemacht, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln hier nicht, wie in der sozialistischen Theorie, gesellschaftspolitisches Ziel an sich ist, sondern — in begrenztem Ausmaß notwendiges — Mittel demokratischer und planmäßiger Wirtschaftsgestaltung. Nicht zuletzt übrigens auch, scheinbar paradoxerweise: ein Mittel marktwirtschaftlicher (wettbewerbswirtschaftlicher) Neugestaltung. Denn durch öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen kann, da sie nicht auf Gewinnmaximierung aus sind, „das Lenkungsinstrument Preiswettbewerb zum Wohle der Gesamtwirtschaft wieder intakt gemacht werden[29])".

Insgesamt unterstützen und ergänzen die verschiedenen Formen der Wirtschaftskontrolle also die volkswirtschaftliche Rechenplanung,

indem sie durch die Vergesellschaftung der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen wesentlich zur Verwirklichung der Nationalbudgets beitragen;

indem sie der wettbewerbs- und wachstumsfeindlichen Politik der Kartelle und Konzerne entgegenwirken;

indem sie die auch gesellschaftspolitisch in einer Demokratie unerträgliche Macht der privatwirtschaftlichen Großorganisation abbauen.

Im einzelnen fordert das DGB-Programm folgende Formen *indirekter* Kontrolle, also der Überwachung und Einschränkung wirtschaftlicher Macht: „fortlaufende Erhebung über den Umfang der Konzentrationsbewegung und ihre Veröffentlichung; die Beseitigung konzentrationsfördernder Rechtsvorschriften (z. B. auch der entsprechenden Steuervorschriften); die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften; die Demokratisierung und Neuordnung der Unternehmensverfassung; die Erweiterung der Publizität; die wirkungsvolle Ausgestaltung der Monopol- und Kartellkontrolle; die Mobilisierung des Wettbewerbs u. a. durch öffentlich und gemeinwirtschaftliche Unternehmen; den Ausbau des Systems öffentlich (d. h. durch staatliche Sondervorschriften und -kontrollen) gebundener Unternehmen". Kurt Nemitz, der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Vorstand, hat in dem schon genannten Sammelwerk „Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft" (s. Anm. 15) diese Forderungen präzisiert und erläutert[30]). Ohne Zweifel kann dieses Instrumentarium, von einer weniger industriefrommen Regierungsmehrheit konsequent entwickelt und eingesetzt, die autokratischen, monopolistischen und wettbewerbsfeindlichen Tendenzen in unserer Wirtschaft bremsen und zum Teil aufheben. (Sehr bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die — leider an einer ganz anderen Stelle ins Programm eingefügte — Forderung nach einer objektiven Verbraucherinformation: „Der Verbraucher muß in die Lage versetzt werden, Qualität und Preiswürdigkeit der einzelnen Erzeugnisse nach objektiven Kriterien zu beurteilen".)

Aber um die gruppenegoistischen Mächte unserer Kartell- und Konzernwirtschaft volkswirtschaftlichen Zielen und demokratischen Lebensformen unterzuordnen, bedarf es, wie der DGB völlig realistisch fordert, über diese indirekten Kontrollmöglichkeiten hinaus der unmittelbaren Kontrolle wesentlicher „Kommandohöhen" (O. Brenner) der Wirtschaft: es bedarf des Ausbaus eines gemeinwirtschaftlichen Sektors[31]) unserer Volkswirtschaft: „Das Gemeineigentum in seinen verschiedenen Formen hat in der modernen Industriegesellschaft entscheidende Bedeutung, besonders auch als Lenkungs- und Steuerungsmittel der Wirtschaft. Die Gewerkschaften fordern die Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Besitzes an wirtschaftlichen Unternehmen und seine Weiterentwicklung zu einem sinnvollen System öffentlicher und öffentlich gebundener Unternehmen." Daher ist die Überführung von „Schlüsselindustrien" und von „markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen" anderer Industrien in Gemeineigentum notwendig.

Im Gegensatz zur Sozialisierungskonzeption des DGB von 1949 liegt im neuen Programm der Hauptakzent offensichtlich nicht mehr auf der Vergesellschaftung ganzer Industrien (konkret genannt wird gegenwärtig meines Wissens nur der Kohlenbergbau)[32]). Vielmehr geht es um eine durchaus überschaubare Zahl von wirtschaftlichen Schlüsselpositionen, als marktbeherrschende Unternehmen[33]), auch als „Mammutunternehmen"[34]) definiert. Damit wird also eine sehr realistische, übrigens auch ohne formelle Enteignung realisierbare[35]) Konzeption eines ausgebauten gemeinwirtschaftlichen Sektors vorgelegt, durch die eine demokratische Volkswirtschaftspolitik entscheidende Einflußmöglichkeiten in den wesentlichen Wirtschaftsbereichen gewänne: um diese planungsgemäß zu gestalten; um unnötige Preissteigerungen hintanzuhalten; um Vorbilder humaner und demokratischer Betriebsordnung zu schaffen; um profitwirtschaftlich „unrentable", volkswirtschaftlich aber notwendige und nützliche Investitionen zu realisieren; um unterentwickelte Regionen zu industrialisieren; um überdurchschnittliche Gewinne von Großunternehmen für Gemeinschaftsaufgaben abzuschöpfen — um also auf vielerlei Weise dem Gemeinwohl vor den partikularen Interessen den Vorrang zu sichern.

Günter Köpke hat in einem sehr instruktiven Bericht[36]) gezeigt, welch bedeutende wirtschaftspolitische Rolle undogmatische Ökonomen dem gemeinwirtschaftlichen Sektor heute zuerkennen, wie groß dieser Sektor in anderen Volkswirtschaften Westeuropas ist, und wie man durch eine

Vielfalt möglicher Vergesellschaftungsformen sowie durch eine sehr weitgehende institutionelle Unabhängigkeit der Unternehmensleitungen die Gefahr bürokratischer, zentralistischer Verstaatlichung zu bannen versteht. Angesichts dieses Standes der internationalen Gemeinwirtschaftstheorie und -praxis wirken die in der Bundesrepublik immer wieder gehörten Einwände seltsam antiquiert. Da heißt es, Vergesellschaftung sei mit unserer rechtsstaatlichen, marktwirtschaftlichen, christlich-demokratischen Ordnung nicht vereinbar. Demgegenüber mag daran erinnert werden, daß im Grundgesetz[37]), in den päpstlichen Sozialenzykliken[38]), im ehemaligen Ahlener Programm der CDU[39]) und im Godesberger Programm der SPD[40]) die Sozialisierung im Interesse des Gemeinwohls grundsätzlich anerkannt oder gar empfohlen wird. — Ebenso unhaltbar ist das Argument, die Sozialisierungsforderung sei „überholt", weil heute ohnehin — gerade in der Großindustrie — nicht mehr die Eigentümer, sondern die angestellten „Manager" die Verfügungsgewalt hätten; das Problem der Macht dieser führenden Wirtschaftsbürokraten bleibe aber in „Staatsbetrieben" unverändert bestehen. Auf diese Weise versuchen hierzulande nicht zuletzt sogenannte moderne Sozialdemokraten wie der Wirtschaftsexperte Heinrich Deist[41]) oder der Baugewerkschaftsvorsitzende Georg Leber[42]) eine alte, in unserem restaurativen Klima freilich unpopuläre, inopportune Forderung der Wirtschaftsdemokratie sich vom Halse zu schaffen. Sie verkennen, daß es wirtschafts- und gesellschaftspolitisch einen gewaltigen Unterschied macht, ob das Management im Dienste enger betriebs- und profitwirtschaftlicher Interessen oder im Auftrag gemeinwirtschaftlicher Instanzen und Zielsetzungen Macht ausübt.

Betriebliche, unternehmerische und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer

Wenn auch das Fortbestehen des Problems managerieller Macht in sozialisierten Unternehmen nicht den Schluß erlaubt, Vergesellschaftung erübrige sich demzufolge, so findet sich im DGB-Programm andererseits auch keineswegs der entgegengesetzte Fehlschluß, Überführung in Gemeineigentum garantiere eo ipso soziale Wirtschaftsgestaltung. Wirtschafts*planung* und die genannten Formen der *Kontrolle*, soviel sie auch leisten, um die Produktionsverhältnisse aus den Fesseln kapitalistischer Disproportionalitäten, Zyklen, Kartellbindungen zu befreien, reichen nicht aus zum Aufbau einer wirklich humanen und demokratischen Ordnung der Arbeitswelt. Vielmehr könnte es sein, daß diese nun im Ganzen glatt und bruchlos funktionierte, daß die meisten Arbeitenden in diesem Prozeß aber weiterhin als machtlose Objekte, ferngelenkte Rädchen — wenn auch nunmehr gesichert und wohlversorgt — nur fungierten. Eine nicht nur formale, sondern effektive Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im *betrieblichen* Alltag, an den Entscheidungen der *Unternehmensleitung* und auch bei der Planung und Gestaltung der regionalen und volkswirtschaftlichen *Gesamtordnung* ist daher das unerläßliche dritte Grundprinzip der Gewerkschaftskonzeption einer neuen Wirtschaftsordnung.

Mitbestimmung im strengen Sinn bedeutet Machtgleichgewicht der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite bei der Durchsetzung von Entscheidungen. Diese Parität ist heute trotz aller Versprechungen, die man den Arbeitern und ihren Gewerkschaften nach 1945 machte, nur in sehr geringem Umfang in den entsprechenden Gesetzen verankert worden. Die Mitwirkung der Arbeitnehmer an den Regelungen und Entscheidungen innerhalb des Betriebes wie in der Unternehmensführung bleibt auf Grund des höchst unzulänglichen Betriebsverfassungsgesetzes (bzw. Personalvertretungsgesetzes für den öffentlichen Dienst) in allen wesentlichen Fragen auf ein formales Anhörungs- oder Informationsrecht beschränkt. Nur in der Montanindustrie werden auf Grund eines besonderen Mitbestimmungsgesetzes die Aufsichtsräte paritätisch besetzt und in die Vorstände ein Arbeitnehmervertreter („Arbeitsdirektor") gewählt, in allen anderen Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften stellen die Arbeitnehmer ein ohnmächtiges Drittel der Mitglieder. Die Gewerkschaften fordern daher im Sinne einer effektiven, also paritätischen Mitbestimmung den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmungsrechte; vor allem aber „sind bei allen Großunternehmen — unabhängig von ihrer Rechtsform — Aufsichtsräte zu bilden, die paritätisch aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind"; ferner soll auch in den Vorständen und Geschäftsführungen aller Großunternehmen, wie jetzt in den Montangesellschaften, ein „Arbeitsdirektor" sein. Was ist aber ein „Großunternehmen"? Der DGB hat in einem Entwurf zu einem „Mitbestimmungsgesetz" vorgeschlagen, Unternehmen als Großunternehmen zu bezeichnen, wenn für sie zwei der drei folgenden Merkmale zutreffen: mindestens 2000 Arbeitnehmer, 50 Millionen DM Bilanzsumme und 100 Millionen DM Jahresumsatz; für Banken und Versicherungsgesellschaften werden ähnliche Kennzeichen genannt[43]).

Es ist leicht zu erkennen, daß diese unternehmerische Mitbestimmung bei der Verwirklichung einer demokratischen Kontrolle der Wirtschaft, insbesondere natürlich bei der Vergesellschaftung der marktbeherrschenden „Mammutunternehmen", eine wichtige und — als Gegengewicht gegen die staatlichen Bürokratien — nützliche Rolle spielen würde; vor allem aber auch als eine Form der Befreiung der Arbeitnehmer aus ihrem bloßen Objektsein im Produktionsprozeß.

Dieser Befreiung und *unmittelbaren* Beteiligung der Arbeitnehmer haben die Gewerkschaften leider viel zuwenig konstruktive Phantasie gewidmet. Welche konkreten Möglichkeiten unmittelbarer betrieblicher Mitbestimmung verwirklicht werden könnten, zeigen zum Beispiel die „Thesen zur Mitbestimmung im Arbeitsprozeß", die ein evangelischer Arbeitskreis formuliert hat[44]); Kerngedanke dieser

Thesen ist die Einfügung von „Besprechungen am Arbeitsplatz" in die Betriebsverfassung, in denen Arbeitnehmer über alle ihren Arbeitsbereich betreffenden Fragen mitberaten und mitentscheiden sollen.

Auch die Frage der *gesamtwirtschaftlichen* Mitbestimmung beantwortet das DGB-Programm nicht gerade präzis; es heißt: „Die überbetriebliche Mitbestimmung muß in paritätisch aus Arbeitnehmervertretern und Unternehmensvertretern besetzten Organen verwirklicht werden." Dabei scheint vor allem an die verschiedenen Wirtschaftskammern gedacht zu sein. Die vor Jahren in einem Gesetzentwurf konkretisierte, gerade angesichts der Planungsforderung hochaktuelle Idee, Länderwirtschaftsräte und einen Bundeswirtschaftsrat mit angemessener Beteiligung der Gewerkschaften zu schaffen, wurde nicht wieder aufgegriffen. Es heißt im Abschnitt über den Rahmenplan lediglich: „An seiner Vorbereitung ist der Deutsche Gewerkschaftsbund zu beteiligen". Eingedenk der offenbar sehr berechtigten Klagen der französischen Gewerkschaften, daß sie — und damit die sozialen Interessen in der Wirtschaft — bei der Planifikation nicht real mitbestimmend seien, sollte der DGB möglichst bald konkrete institutionelle Sicherungen der Mitbestimmung auf höchster wirtschaftspolitischer Ebene vorschlagen.

Hier schließt sich der Kreis. Bei allen Mängeln, Inkonsequenzen, offenbleibenden Problemen, die an diesem Programm wie an jedem aus einem Kompromiß verschiedener Tendenzen entstandenen Manifest zu kritisieren sind, zeigt sein wirtschaftspolitischer Teil doch eine in sich geschlossene, dabei realistische Grundkonzeption: volkswirtschaftliche Wohlfahrtsplanung (als Rahmenplanung), Kontrolle wirtschaftlicher Macht (insbesondere Vergesellschaftung der Schlüsselpositionen) und Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen des Produktionsprozesses sind die sich ergänzenden Prinzipien einer Wirtschaftsdemokratie, ohne die der „soziale Rechtsstaat" unserer Verfassung keine vollgültige Wirklichkeit erlangen kann.

Wirtschaftsdemokratie — Wesenselement einer menschenwürdigen Gesellschaft

Diese Behauptung: daß ohne die skizzierte demokratische Gestaltung und Kontrolle der Wirtschaft eine lebendige Demokratie auf die Dauer nicht zu verwirklichen ist, soll in einigen abschließenden Thesen plausibel gemacht werden[45]). Denn unsere bisherigen, mehr technischen Erörterungen, aber selbst die zitierten, im Programm angesprochenen Zielsetzungen könnten zu der verengten Ansicht verführen, es gehe lediglich um ein besseres Funktionieren der Wirtschaft, bestenfalls um etwas mehr sozialpartnerschaftliche Ordnung der Arbeitswelt. Demgegenüber ist zu zeigen, daß eine demokratisch gestaltete Wirtschaftsordnung der bestehenden „plankapitalistischen" entscheidend überlegen ist, nicht nur, weil sie in der Tat volkswirtschaftlich weitaus rationaler funktioniert, sondern auch und vor allem, weil sie allein auf die Dauer eine friedliche, menschenwürdige, freiheitliche Ordnung des persönlichen und gesamtgesellschaftlichen Lebens ermöglicht.

Erstens. Die volkswirtschaftliche Rahmenplanung und die öffentliche Verfügungsgewalt über bedeutende Teile der großindustriellen Erträge setzen die Demokratie in den Stand, die für die Zukunft unserer Industriegesellschaft entscheidenden, heute gefährlich vernachlässigten Bildungseinrichtungen hinreichend zu entwickeln; auch die sonstigen weithin unbewältigten gesamtgesellschaftlichen Kulturaufgaben (Förderung kommerziell unabhängiger Meinungsbildung; Verkehrs- und Städteplanung, Landschaftspflege, Gesundheitspolitik usw.) können wirksamer in Angriff genommen werden.

Zweitens. Eine wirtschaftsdemokratische Ordnung befreit die große Mehrheit des Volkes von den Überanstrengungen und der Angst um den Arbeitsplatz, die die kapitalistischen Konjunkturschwankungen mit sich bringen; indem sie ein harmonisches Wirtschaftswachstum durch Planung volkswirtschaftlich richtiger Proportionen des Nachfrage-, Produktions- bzw. Investitionswachstums garantiert, schafft sie zugleich die Voraussetzung für eine Befreiung der Menschen aus der Hörigkeit eines durch Reklameterror bewirkten sinnlosen Geltungs- und Verschwendungskonsums; eine objektive öffentliche Verbraucherinformation trägt wesentlich dazu bei.

Drittens. Die Verminderung des unternehmerischen Risikos durch Rahmenplanung und Investitionslenkung, sozialpolitische Pionierleistungen vergesellschafteter Unternehmen[46]) und vor allem der Ausbau der Mitbestimmung können wesentlich zur Entspannung der zwischenmenschlichen Beziehungen in der industriellen Arbeitswelt beitragen; der tatsächliche oder angebliche Druck eines pervertierten, die menschlichen „Kosten" ignorierenden Rentabilitätsprinzips kann gelockert werden:

an die Stelle würdeloser Unmündigkeit der meisten Arbeitenden infolge unnötig übersteigerter Befehls- und Kontrollsysteme kann weitestmögliche Mitberatung, Mitbestimmung, Selbstverantwortlichkeit und Beteiligung der Arbeitnehmer treten;

an die Stelle des demoralisierenden Kleinkrieges zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmern um die Leistungssteigerung kann eine Versachlichung und Humanisierung der Normfestsetzung treten, erniedrigende „Aufpasser"-Funktionen können dann abgebaut werden;

an die Stelle einer Geist und Gesundheit zermürbenden Erniedrigung von Arbeitenden zu bloßen Anhängseln, Lückenbüßern des (noch nicht automatisierten) technischen Produktionsprozesses kann bei der Organisation dieses technischen Prozesses die Sorge um die wahren Bedürfnisse der darin Tätigen weitaus bestimmender zur Geltung kommen[47]) — beispielsweise durch Abschaffung

unnötiger Nachtschichten und einer verblödenden, übertriebenen Arbeitszeitzerlegung.

Viertens. Seit der Weltwirtschaftskrise sind die Rüstungs- und Kriegsausgaben (bzw. Nachkriegsausgaben) ein wesentliches Element wirtschaftlicher „Erholung" und Stabilität in den westlichen Industriestaaten geblieben. Eine volkswirtschaftlich planende und die Macht insbesondere der großen Konzerne kontrollierende Demokratie ist dagegen in der Lage, die Konjunktur dauerhaft ohne übersteigerte (nur durch gefährliche Todfeind-Ideologien zu rechtfertigende) Rüstungsproduktion aufrechtzuerhalten; sie beseitigt damit eines der größten Hindernisse einer glaubwürdigen Friedenspolitik in unserer Zeit.

Damit sind nur einige der gesellschaftlichen Gesundungsprozesse sichtbar gemacht, die ermöglicht werden können durch die Unterordnung der ungezügelten egoistischen Wirtschaftskräfte unter die Erfordernisse des Gemeinwohls. Neuordnung, Demokratisierung der Wirtschaft — das ist gewiß kein Allheilmittel. Aber es ist eine conditio sine qua non jeder personalen und sozialen Erneuerung, jedes Strebens nach einer menschenwürdigen Gesellschaft. Das sollte jeder nüchtern erkennen, dem es um unsere Zukunft ernst ist. Mit Moralpredigten, sozial- oder eigentumspolitischen Pflästerchen ist nichts zu bessern, man mildert oder verschleiert höchstens. In diesem Sinne sind wir alle aufgerufen, die mutigen Vorschläge des DGB zu diskutieren. Wir können das keineswegs den „Fachleuten" überlassen. (Zumal hierzulande die Fachökonomen nur allzuoft bereit sind, die ideologischen Selbstrechtfertigungen der wirtschaftlich Herrschenden „wissenschaftlich" zu untermauern!) Mehr jedenfalls, als viele betriebsblinde Fachleute und professionelle — auch kirchliche — Schönfärber haben die jungen Pfarrer erkannt, die nach vorurteilslosem Studium des gegenwärtigen industriellen Systems feststellten: „Das System als solches ist Sünde, weil es den Menschen — auch den Unternehmer — zwingt, ihm zu dienen statt dem Nächsten ... Man lebt in einer Welt, in der die Mitmenschen zur Nebensache, die Maschine und das Produkt aber zur Hauptsache werden ... Wir erleben die Legalisierung der Sünde als ‚ökonomische Notwendigkeit' ... Es kann gar nicht darum gehen, ob ein anderes, neues Wirtschaftssystem ‚besser' ist im Sinne höherer Rentabilität, sondern ob es der heutigen weitgehenden Zweckentfremdung und dem menschlichen Substanzverlust Einhalt gebietet. Der Mensch muß aufhören, im Dienste der anderen nur noch Ware zu sein ... auf dem ‚Arbeitsmarkt' — und als Konsumautomat[48])."

[1]) Otto Brenner, Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Protokoll des 6. ordentl. Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall, S. 243.

[2]) Walter Dirks, Die geschichtliche Aufgabe der Gewerkschaften in unserer Zeit, Sonderdruck der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, 1961, S. 11, 22.

[3]) Alfred Horné: Wohlstand, Wohlstand über alles, in: DAG-Hefte 4/63, Zeitschrift der Deutschen Angestelltengewerkschaft für Wirtschafts-, Kultur- und Sozialpolitik, S. 172.

[4]) Daneben enthält es noch Sozialpolitische Grundsätze, die hier nicht mit berücksichtigt werden können, und Kulturpolitische Grundsätze.

[5]) Zur Konstruktiven Kritik des DGB-Programms vgl. F. Vilmar: Für ein Wirtschaftsprogramm aus einem Guß, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/63, S. 521. Ferner die Beiträge in den gewerkschaftlichen Publikationen, besonders seit Sommer 1962.

[6]) Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist im wesentlichen noch nicht überwunden: die Arbeitnehmer sind nach wie vor von Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen: sie sind von den unkontrollierbaren Wechselfällen des Marktgeschehens (der Konjunktur) abhängig; die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort; die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht. Die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren des technischen Fortschritts (Automation!) sind nicht bewältigt.

[7]) G. Briefs, Irrtümer der Gewerkschaften, Bemerkungen zum neuen Grundsatzprogramm des DGB, in: FAZ vom 28. September 1963, S. 5.

[8]) Vgl. dazu die Berichte in Bd. II dieser Reihe „Der Wettlauf ins neue Jahrtausend".

[9]) Vgl. Bd. II der „Modelle ...": Heinz Pächter, Kapitalistische und Wohlfahrtsplanung in Amerika.

[10]) Gunnar Myrdal, Jenseits des Wohlfahrtsstaates, Wirtschaftsplanung in den Wohlfahrtsstaaten und ihre internationalen Folgen, deutsch Stuttgart 1961, S. 13; 8. Hervorhebung von F. V.

[11]) Pierre Uri (Vorsitzender der Expertengruppe für die langfristige Entwicklung bei der Wirtschaftskommission der EWG), Die Organisation (Planung) der Länder untereinander zur Errichtung Europas, in: Annalen der Gemeinwirtschaft, H. 1/63, S. 51.

[12]) Der Bundesminister für Wirtschaft, Möglichkeiten und Grenzen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen als Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik. Sonderhefte zum Bericht über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik, H. 5/Februar 1960. Freimütig wird darin festgestellt, daß die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ideologisch vorbelastet ist, nämlich nicht unabhängig von „den vorgeschriebenen wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen"(3).

[13]) Laut Bericht der „ZEIT" vom 27. Dezember 1963:

1963	Vorausgesagt	Eingetroffen
Zunahme des realen Brutto-Sozialprodukts	kaum mehr als 3,5 Prozent	rund 3 Prozent
Steigerung des Masseneinkommens	etwas über 6 Prozent	6,5 Prozent
Steigerung der Industrieproduktion	rund 3,5 Prozent	3,1 Prozent
Ausweitung in Handel und Verkehr	etwas mehr als 3,5 Prozent	3,5 Prozent
Produktivitätsfortschritt	etwas mehr als 3 Prozent	etwa 2,5 Prozent
Investitionsnachfrage	plus 4 Prozent	plus 2,5 Prozent
Steigerung der Gesamtausfuhr	2,5 bis 3 Prozent	plus 7,5 Prozent
Preisniveau	2,5 bis 3 Prozent höher	etwa 3 Prozent gestiegen
Steigerung des privaten Verbrauchs	rund 5 Prozent	5,4 Prozent
Steigerung des Staatsverbrauchs	9 Prozent	rund 11 Prozent
Sparquote	nicht wesentlich verändert	erhöht von 8,6 auf 9,3 Prozent

[14]) Stenographische Berichte der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages (4. Wahlperiode) vom 18. Oktober 1963, S. 4206: „Es erweist sich als notwendig, die üblichen Jahreshaushalte in langfristige, etwa vier Jahre währende Haushaltsüberlegungen einzubetten ... Wenn ich im öffentlichen Sektor für eine planvolle Vorausschau eintrete, dann gerate ich wohl nicht in den Verdacht der nationalökonomischen Modeerscheinung (!), wie es in dem fast schon zum Schlagwort gewordenen Begriff ‚Planifikation' Ausdruck findet, zu frönen." Angesichts der Erfolge der planfreien westdeutschen Wirtschaft und der allerorten bemerkten Mißerfolge des „Dirigismus" gebe es keine Veranlassung, zu einer „planifizierten Wirtschaft" überzugehen.

[15]) Wenige Tage nach der Niederschrift dieser Analyse beweist ein neuer Schritt das Weiterwirken dieses Wandlungsprozesses, leider aber auch der Bremswirkung der Bundesrepublik: „Dem Programm für mittelfristige Wirtschaftsplanung, das der EWG vor einem Jahr zu drohen schien, sind die dirigistischen Zähne gezogen worden. Auf die berühmte Programmierungsdiskussion zwischen Erhard und Hallstein folgte aus Brüssel eine bescheidenere ... Konzeption ... Die EWG-Behörden haben also nachgegeben, aber Bonn in einem Punkte auch: ... die Regierung (ist) jetzt bereit, sich an der Formulierung einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik (d. h. hier: -vorausschau; F. V.) für die Gemeinschaft zu beteiligen, die einen Zeitabschnitt von vier bis sechs Jahren umfaßt."(Frankf. Allg. Zeitung vom 20. Januar 1964, S. 15.)

[16]) Jan Tinbergen, Rolle und Bedeutung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Rahmen der europäischen Integrationspolitik, in: Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft (Aufsatzsammlung zum 60. Geburtstag Ludwig Rosenbergs), Köln 1963, S. 227 f. Eine ausgezeichnete Wiedergabe und Erläuterung der vom Statistischen Bundesamt erarbeiteten acht (angestrebt: fünfzig) Kontengruppen der V. G. findet sich in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts d. Gewerkschaften, Heft 9/10 1963.

[17]) Das heißt hypothetische Vorhersagen, denen unterschiedliche Annahmen (z. B. verschieden hohe öffentliche Investitionen) zugrunde gelegt werden können.

[18]) Das heißt ein System wirtschaftlicher Zahlenwerte, die sich ergeben würden, wenn die angestrebten Ziele der staatlichen Politik tatsächlich erreicht werden (also z. B. ein spezieller oder allgemeiner Vierjahresplan).

[19]) Gerhard Colm, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Theorie, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 11, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961, S. 399 ff.

[20]) AaO. S. 402. Vgl. dagegen z. B. Gerhard Stavenhagen: „Von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist das sogenannte Nationalbudget zu unterscheiden. Es wird vor allem zur Abschätzung zukünftiger Entwicklungen als Planungsbudget verwendet, da die V. G. als ex post-Feststellung für eine derartige Aufgabe nicht ausreicht." (Geschichte der Wirtschaftstheorie, Göttingen 1957, S. 505) Vgl. auch die verdienstvollen Versuche der Begriffsklärung: Deutsches Industrieinstitut, Nationalbudget, Köln 1962.

[21]) Vgl. dazu die zweifellos „authentische" Interpretation des Leiters der Wirtschaftsabteilung der Industriegewerkschaft Metall, Karl Heinz Friedrichs: „Der Rahmenplan ist nicht etwa eine allgemeine Aussage über die künftige Wirtschaftsentwicklung, sondern er soll die Zielsetzung für die Entwicklung der Volkswirtschaft ... enthalten ... (Es) soll also nicht nur vorausgeschätzt werden, wie sich die Wirtschaft, wenn man sie sich selbst überläßt, wahrscheinlich in der nächsten Periode entwikkeln wird ..." (Der Gewerkschafter, Zeitschrift für die Funktionäre der IG Metall, 1/46, S. 6 f.)

[22]) Gerhard Colm, Nationalbudget, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart, Tübingen u. Göttingen 1961, Bd. 7, S. 536. Wie unabgeschlossen die aggregatökonomische und planungstheoretische Begriffsbildung, wie notwendig daher die Bemühung um konkrete Definition des im Programm Gemeinten ist, zeigt Helmut Wickels Bericht: Nationalbudget und Lohnpolitik in Schweden (Gewerksch. Monatshefte 9/63, bes. S. 531), aus dem hervorgeht, daß der Begriff des N. B. sich dort im Lauf der Jahre zudem einer ganz unverbindlichen Prognose verflüchtigt hat, außerdem aber noch „Fünfjahresprojektionen" ausgearbeitet werden.

[23]) Vgl. dazu die Erklärung Erhards, Anm. 14!

[24]) Freilich war es nach dem Kriege relativ leicht, Pläne aufzustellen und durchzusetzen, die „Prognosen für eine Periode internationaler (wirtschaftlicher) Expansion" waren, „die auf alle Fälle ein Maximum an Investitionen beansprucht" (vgl. H. Wickel, aaO. S. 536). Die Bewährungs- und Machtprobe für die Planung beginnt aber in Zukunft, wenn es nicht mehr nur darum geht, die zweckmäßigsten Investitionen zu planen, sondern ein zweckmäßiges korrelatives Wachstum von Nachfragen und Investitionen (also auch: von Einkommen und Profit!).

[25]) Diese Gefahr besteht z. B. eindeutig bei der französischen „Planifikation", an deren Programmen zwar in starkem Maße die Wirtschaftsverbände, nicht aber die Gewerkschaften beteiligt sind: vgl. François Hetman, Wirtschaftsplanung in Frankreich, in: Konjunkturpolitik, Berton Jg. 1963, S. 42 ff.

[26]) Vgl. Anm. 5.

[27]) So z. B. bei Kurt Nemitz, Sozialistische Marktwirtschaft, Frankfurt 1960. S. 122 ff.

[28]) Daß die Interpretation, die Sozialisierungsforderung sei — wie im Godesberger Programm der SPD — als „letztes Mittel, wenn alle anderen versagen", in den Hintergrund getreten, bei der endgültigen Fassung des Programms z. T. aus dem Abschnitt über die Wirtschaftskontrolle ausgegliedert und in einem eigenen vorgeordneten Abschnitt „Öffentliche und freie Gemeinwirtschaft" wesentlich konkreter formuliert worden ist.

[29]) Walter Hesselbach, Das gemeinwirtschaftliche Unternehmen im Wettbewerb, in: Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft aaO. (Anm. 16) S. 115.

[30]) Kurt Nemitz, Machtkonzentration und Machtkontrolle in der Wirtschaft, aaO. S. 168 ff.

[31]) Die Chance, ihrer Gesamtkonzeption den treffenden Namen „Gemeinwirtschaft" zu geben, damit an eine glückliche Begriffsbildung anzuknüpfen, die in den zwanziger Jahren geprägt wurde und über das dogmatische Entweder-Oder von Markt- und Planwirtschaft hinausweist, haben die Gewerkschaften nicht wahrgenommen; statt dessen haben sie den Begriff in der begrenzten Bedeutung des nicht auf Gewinnmaximierung gerichteten Wirtschaftssektors innerhalb des Gesamtsystems ins Programm übernommen. Vgl. dazu W. Hesselbach. aaO. (Anm. 29).

[32]) Vgl. Gewerksch. Monatshefte 1/63, S. 6.

[33]) Günter Sieber hat 1960 eine Untersuchung durchgeführt, deren Ergebnis war, „daß im Jahre 1957 in der Industrie (ohne Bau- und Energiewirtschaft) der Bundesrepublik (ohne Saarland und West-Berlin) mindestens 96 Unternehmen bestanden, die auf Grund ihrer relativen Größe in 11 von insgesamt 29 Industriegruppen eine marktbeherrschende Stellung einnahmen". Je 4 bis 10 dieser Unternehmen (die nicht selten noch in Konzernen zusammengeschlossen sind) beherrschten 1957 30 bis 85 Prozent des Marktes ihrer Branche: Marktbeherrschende Unternehmen in der westdeutschen Industrie, in WWI-Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln, H. 7/8 1960, S. 149 ff.

[34]) Nach Otto Kunze, Unternehmen mit mindestens 20 000 Arbeitnehmern, 1 Milliarde DM Umsatz und einer Bilanzsumme von 500 Mill DM — etwa 50 in der Bundesrepublik: Von der wirtschaftlichen Mitbestimmung zur Unternehmensverfassung, in: Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft aaO. (Anm. 16) S. 142.

[35]) z. B. durch eine „vollausgebaute Unternehmensverfassung": vgl. Otto Kunze, aaO. (Anm. 33) S. 142 ff.

[36]) Günter Köpke, Gemeinwirtschaft im Spiegel neuerer Literatur, in: Gewerksch. Monatshefte 10/62, bes. S. 591—97.

[37]) Artikel 14 und 15.
[38]) Quadragesimo anno 114; Mater et Magistra 116.
[39]) Vgl. Programmatik der deutschen Parteien (Hrsg. Ossip K. Flechtheim), Bd. II, S. 55 f.
[40]) AaO. (Anm. 39), Bd. III, S. 215 f.
[41]) Vgl. u. a. Sozialdemokratische Antworten auf Gewerkschaftsfragen (Hsg. SPD-Parteivorstand), Bonn 1963, S. 31 ff.
[42]) Vgl. Unser Weg, Referat vor dem 6. Gewerkschaftstag der IG Bau—Steine—Erden, Berlin 1963 (Hsg. IG Bau, Vorstand), Frankfurt 1963, S. 29 ff.
[43]) Vgl. Aktienrechtsform und Mitbestimmung, Stellungnahmen und Vorschläge (Hsg. DGB-Vorstand), Düsseldorf o. J. S. 40 f.
[44]) Vgl. Horst Symanowski, Fritz Vilmar, Die Welt des Arbeiters, Junge Pfarrer berichten aus der Fabrik, Frankfurt 1963, S. 121 ff.
[45]) Im folgenden übernehme ich (mit freundlicher Genehmigung der Gewerksch. Monatshefte) in sehr gekürzter Form einige Gedankengänge, die ich unter dem (z. T. mißverstandenen, daher hier leicht abgeänderten) Titel „Gemeinwirtschaft — Basis einer menschenwürdigen Gesellschaft" an anderer Stelle formuliert habe: Gewerksch. Monatsh. 10/62.
[46]) In Frankreich z. B. wurden die vergesellschafteten Renault-Werke durch eine außerordentlich großzügige Urlaubsregelung zum Schrittmacher für die gesamte französische Industrie.
[47]) Daß die Möglichkeit dazu besteht, beweist u. a. Georges Friedmann, Grenzen der Arbeitsteilung, Frankfurt 1959. Vgl. auch die Thesen zur Humanisierung des technischen Ablaufs in: Horst Symanowski, Fritz Vilmar aaO. (Anm. 44) S. 59 ff.
[48]) AaO. (Anm. 44) S. 110—114.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Desch-Verlages (aus: „Modelle für eine neue Welt", Bd. III).

Die amerikanische Kapitale im Werk Bertolt Brechts

Jürgen Harrer

Im Dickicht der Städte (1921)
Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny (1928/29)
Die heilige Johanna der Schlachthöfe (1929/30)

Während des Zeitraums, der zwischen diesen drei Stücken liegt, begann Brecht, die marxistische Theorie zu studieren und sie für seine schriftstellerische Arbeit fruchtbar zu machen. Diese Entwicklung spiegelt sich im Lehrgehalt der Stücke. Erscheinen die Zustände im Chicago des „Dickichts" noch als natürlich und unabänderlich, so werden sie in der „Heiligen Johanna" nicht nur als ein Übel dargestellt, das verändert werden kann, sondern sogar dringend verändert werden muß. Die Ursachen des Kampfes, der im ersten Stück gezeigt wird, sollen noch gleichgültig für sein Zustandekommen sein, sie sind scheinbar privat; in der „Heiligen Johanna" geht es gerade darum, die Ursachen des Kampfes als gesellschaftliche sichtbar werden zu lassen.

„In meinem Stück sollte diese pure Lust am Kampf gesichtet werden. Schon beim Entwurf merkte ich, daß es eigentümlich schwierig war, einen sinnvollen Kampf ... herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Mehr und mehr wurde es ein Stück über die Schwierigkeit, einen solchen Kampf herbeizuführen."[1]) Ein solcher Kampf, wie ihn Brecht ursprünglich darstellen wollte, ein „purer" Kampf ohne jedes Motiv, es sei denn aus der Lust heraus, sich mit anderen zu messen, erweist sich als unmöglich. Er setzt nicht nur bei beiden Parteien Kampfwillen voraus, er erfordert, daß die Gegner in irgendeiner Beziehung zueinander stehen. Genau diese Beziehung fehlt; vielmehr, durch den Kampf soll sie erst hergestellt werden. Doch die „unendliche Vereinzelung der Menschen"[2]) macht eine Feindschaft zum unerreichbaren Ziel. Der eine Kontrahent, Shlink, versucht, die Vereinzelung durch den Kampf zu überwinden. Kampf ist ihm das einzige Mittel, sich mit anderen zu verständigen, Garga, der anderen Hauptfigur, seine Liebe auszudrücken. Für Garga hingegen ist selbst die Liebe ein bloßes Mittel, um den Gegner zu schlagen. Um Shlink zu schwächen, setzt er seine Schwester ein, deren Liebe zu Shlink ebenso unerfüllbar bleiben muß wie dessen zu Kampfeslust pervertierte Liebe.

Entfremdung entstellt alle Beziehungen zwischen den Menschen. Die Familie ist eine Interessengemeinschaft, die liquidiert werden kann wie ein bankrottes Geschäft, Menschen werden versteigert als „einige Pfund Fleisch"[3]), sie werden zur Ware. Den Menschen erscheint ihr Leben als unwirklich, „papieren" und „opernhaft", die anderen werden zu Mitteln degradiert. Gargas Angehörige sind für ihn Mittel, die man im Kampf einsetzen kann; für sie wiederum ist er ein Mittel zur Lebenserhaltung, für Shlink ein Mittel, um die Einsamkeit zu überwinden. Die Menschen verlieren ihre Gesichter, an denen sie einander erkennen könnten. So erkennt Garga nicht einmal das Gesicht seines Gegners.

Die Großstadt erscheint im Zerrspiegel des Bewußtseins ihrer entfremdeten Bewohner. Häufig wird sie mit der anarchischen Natur verglichen. Sie ist Dickicht, Prärie, Sumpf, Loch usf.; ihre Bewohner sind Geier, Störche, Fische, Pferde, die liebende Frau eine Hündin. Einige tragen sogar Namen wie Wurm oder Pavian. Oder die ganze Stadt wird zur Fleischbank, die Menschen zum Schlachtvieh. Es besteht aber keine Aussicht, diesen Zustand zu überwinden: „Man sagt, es wird besser, aber es wird immer noch schlimmer, denn das kann es."[4])

In dieser Umgebung sinnvoll handeln zu wollen, wird zur Farce, oder man erreicht das Gegenteil dessen, was man beabsichtigte. Die Liebe treibt die Menschen ins Verderben, der Kampf, von Shlink als Erlösung gedacht, führt in den Untergang. Der Selbstmord bietet keinen Ausweg; der Selbstmordversuch des Pfarrers mißlingt, er wirkt lächerlich und grotesk. Wer diesen Zustand überwinden will, geht zugrunde. Nur wer sich den Gesetzen des Chaos fügt, kann überleben. Der in der Stadt herrschenden Anarchie antwor-

tet Garga ebenfalls mit Anarchie. Er akzeptiert die „Prärie" und ihr Gesetz. Er nimmt die Haltung des gleichgültig rauchenden Betrachters ein. Zynisch bejaht er die chaotischen Zustände und verspottet Shlink, der sich vergeblich dagegen auflehnt: „Jetzt gegen Ende verfallen Sie also der schwarzen Sucht des Planeten, Fühlung zu bekommen."[5]) Gegenbilder zu dieser Situation existieren nur in der Phantasie der Menschen; es sind vergebliche Illusionen, die deutlich nur machen sollen, daß es keinen Ausweg gibt. Die Zustände lassen sich nicht verändern, es bleibt einzig die Anpassung. Die Savanne und Tahiti sind die ohnmächtigen Wunschbilder der Menschen. Doch der Versuch, diese Utopien zu verwirklichen, muß an der Realität scheitern; er endet mit dem Untergang. Gleichwohl ist das Stück nicht nihilistisch. Das „Dickicht" wird zwar als naturgegeben hingenommen; doch in diesem Chaos triumphiert der unbändige Lebenswille George Gargas, der sein Leben retten will. Dieses Motiv kehrt bei Brecht immer wieder, im „Schweyk", im „Galilei". Es ist das Motiv des „Baal". Dort werden noch Umstände gezeigt, unter denen selbst ein Baal zugrunde geht; jetzt triumphiert der Lebenswille Gargas über die Umstände, weil er sich ihren Gesetzen unterwirft. In einer anarchischen Gesellschaft ist der Lebenswille selbst anarchisch.

Die Zustände in der Stadt werden noch naiv wiedergegeben. Es ist unwichtig, daß Shlink Unternehmer ist, Garga hingegen Verkäufer in einer Leihbibliothek, die von Shlink aufgekauft wird. Der Unterschied ihrer gesellschaftlichen Lage beeinflußt den Ausgang des Kampfes nicht. Zwar wird um das Unternehmen Shlinks gekämpft, doch Shlink setzt sein Unternehmen freiwillig aufs Spiel, um den Kampf überhaupt in Gang zu bringen. Brecht kommt damit, wie er selbst sagt, dem wirklichen Kampf in der Gesellschaft, dem Klassenkampf zwischen Unternehmer und Arbeiter, sehr nahe.

In „Mahagonny" liefert Brecht bereits eine konkrete Kritik der bürgerlichen Gesellschaft. Mahagonny ist keine reale Stadt mehr wie das „Dickicht" Chicagos. In Mahagonny hat sich der Konsum der bürgerlichen Gesellschaft verselbständigt. Der Genuß am Fressen, Saufen, Lieben und Boxen erscheint in „seiner gegenwärtigen historischen Gestalt als Ware"[6]). Die dadurch erzwungene Hast und Gier des Konsums ist Gegenstand der Untersuchung. „Liebe, die ist doch nicht an Zeit gebunden / Jungens macht rasch, denn hier geht's um Sekunden / ewig nicht stehet der Mond über Dir, Mandelay."[7]) Die Ware kann nur trügerischer Ersatz für die Befriedigung der natürlichen Bedürfnisse der Menschen sein. Paul Ackermann erkennt am Schluß: „Die Freude, die ich kaufte, war keine Freude, und die Freiheit für Geld war keine Freiheit. Ich aß und wurde nicht satt, ich trank und wurde durstig."[8])

In der Warenwelt zählt der Mensch nur als Kunde, als Anhängsel des Profits. Wer Geld hat, kann sich alles erlauben, wer keins hat, wird hingerichtet. Das Tauschgesetz beherrscht alle; wer es nicht anerkennt, wird mit dem Tode bestraft. Der Vielfraß frißt sich nicht nur zu Tode, weil „Hunger herrscht", „sondern im Überfressen liegt ein blindes Aufbäumen gegen die Warenform des Genusses, gegen das Tauschgesetz als dem Grundgesetz der Gesellschaft, das rücksichtslos, abstrakt Kalb oder Weib auf einen Betrag Geld reduziert."[9]) Ebenso ist es mit dem Boxkampf. Joe nimmt dieses Geschäft an, obwohl er weiß, daß er dabei verlieren wird. Für Paul, der zu seinem Freund hält und so gegen die herrschenden Gesetze verstößt, bereitet sich der Untergang vor. Heinrich dagegen überlebt, denn er hat sich angepaßt. Gezeigt wird nur die Auflehnung, die zur Vernichtung führt, zu befreien vermag sie nicht.

Der anarchische Konsum in Mahagonny spiegelt die anarchisch produzierende Gesellschaft.[10]) Der Bereich der Produktion ist nur angedeutet. In Alaska machten die Holzfäller ihr Geld, und sie hatten es dort schlimmer „als selbst die Toten".[11]) Die Freundschaft der vier Männer, die dort durch die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit entstanden war, zerbricht in Mahagonny. Alaska als positives Gegenstück zu Mahagonny existiert nur in Pauls Phantasie. In den Wäldern Alaskas wäre er gerettet. Doch am Ende der fiktiven Seefahrt entpuppt sich Alaska als Mahagonny. Der Traum vom besseren Leben kann nur für Augenblicke die Wirklichkeit verdecken. Paul wäre nur zu retten, wenn die Natur ihre Gesetze änderte, die Nacht nicht mehr aufhörte. Brecht sagt in den Anmerkungen zu „Mahagonny", es handele sich um eine Sittenschilderung. Gezeigt werden die Moral der Bewohner von Mahagonny, die Gesetze ihres Zusammenlebens und die Art der Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Die Männer waren in die Stadt gekommen, um sich auszuleben. Sie glaubten, es nur hier zu können, wo es keine „Direktion" gibt, wo ihnen die „Zivilis" geheilt wird. Doch herrscht hier eine andere Direktion: das Geld. Der berechtigte Wunsch der Männer, den Städten zu entrinnen, in denen „nichts als Unruhe und Zwietracht" herrscht, wo es nichts gibt, „woran man sich halten kann"[12]), ist die geheime Ursache dafür, daß Mahagonny errichtet wurde; sie scheint ein Ausweg zu sein, hier braucht man sich an nichts zu halten, nur ans Geld. Doch der Amüsierbetrieb, der Verkauf des Genusses dienen dazu, in den Männern ein falsches Bewußtsein zu produzieren. Sie lassen sich die Haut abziehen, „denn sie haben etwas davon", wie sie meinen.[13])

Mahagonny hat zwar noch etwas von der Romantik der frühen Balladen von den Ausgestoßenen, doch wird ausdrücklich betont, so wie es in Mahagonny zugeht, gehe es überall zu, „auf der See und an Land".[14]) Mahagonny ist das bewußt gemachte Spiegelbild einer entfremdeten Welt, in der das Leben einzig nach dem Tauschgesetz geregelt wird, alles zur Ware wird: Genuß, Liebe, Gerechtigkeit. Das Negativ Mahagonny entlarvt die Moralbegriffe und „höheren Werte" der Gesellschaft, die es wiedergibt.

In der „Heiligen Johanna der Schlachthöfe" steht das Motiv des Kampfes wieder an zentraler Stelle. Doch ist die Groß-

stadt selbst, die in ihr herrschenden Verhältnisse, die Ursache des Kampfes. Es geht nicht mehr um den Kampf zweier Individuen, um eine Ausnahmeerscheinung wie im „Dickicht". Kampf ist die Regel: Zwischen den Unternehmern, zwischen den Arbeitern, zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Kämpfe haben konkrete Inhalte: die Unternehmer kämpfen um den Absatzmarkt für ihre Waren. Einer macht den anderen kaputt, „wenn er nicht selbst kaputt geht"[15]. Dieser Kampf wird ausgetragen auf dem Rücken der Arbeiter; sie sind die Leidtragenden. Unter diesen Umständen bricht auch zwischen den Arbeitern der Kampf aus: um jeden Arbeitsplatz, um jeden Teller Suppe. Der Klassenkampf der Arbeiter gegen die Unternehmer aber hat das Ziel, das System selbst abzuschaffen.[15a])

Johanna vermag zunächst nicht, die Gründe dieser Kämpfe zu erkennen. Zwar richtig, aber noch naiv stellt sie fest, die Stadt sei ein Ort „verordneter Unordnung, planmäßiger Willkür, entmenschter Menschheit"[16]. Sie sieht das Chaos, aber nicht, was dahinter steckt. Noch gibt sie sich der Illusion hin, mit gutem Willen und mit Mitleid lasse sich die Situation verändern. Die Arbeiter müßten sich bessern, so meint sie, dann werde es ihnen auch besser gehen. Jedoch für die Arbeiter enthält die Großstadt nur Schrekken, die „Schrecken des kalten Chicago"[17] (das Kälte-Motiv bezeichnet hier wie häufig bei Brecht die Beziehungen zwischen den Bewohnern der Stadt; gegen Ende des Stückes taucht es als Schnee noch einmal auf); die Schlachthöfe sind für sie die Hölle, auf die sie angewiesen sind. Johanna sieht in ihnen zunächst nur die rohe Masse, die „keinen Sinn für das Höhere" hat und der es darum schlecht geht. In dem Maße aber, in dem sie die Stadt kennenlernt, lernt sie auch die Ursachen dieser Zustände kennen; bis sie am Schluß erkennt, daß Mitleid und Appelle an den guten Willen der Unternehmer nichts ausrichten. Sie begreift endlich, was die Arbeiter schon wissen: „Helfen können nur wir selber uns / Anrufen können wir nur / unseresgleichen"[18]. Ihr Mitleid verwandelt sich in Zorn und Solidarität.

Wie Johannas Entwicklung exemplarisch ist für die Entwicklung eines revolutionären Klassenbewußtseins, so stehen die geschilderten Zustände für alle Großstädte kapitalistischer Gesellschaften ein. In ihnen herrschen die Gesetze der Warenproduktion. Diese Gesetze und ihre Auswirkungen werden demonstriert. Die Tatsache der Krise wird jedoch nicht einfach hingenommen. Sie wird erklärt aus den inneren Widersprüchen des Systems. Sie wird als system-, nicht als naturnotwendig dargestellt. So wie die Auswirkungen des Systems konkret erscheinen in der Not der Arbeiter, so konkretisiert sich das System in den Manipulationen Maulers und der anderen Unternehmer.

Johanna nimmt zwar die Folgen des Systems wahr, das System selbst erkennt sie noch nicht. „Ich sehe dies System, und äußerlich / ist's lang bekannt, nur nicht im / Zusammenhang!"[19]) Dieser Widerspruch zwischen Wirklichkeit und Bewußtsein ist auch für die Unternehmer und kleinen Spekulanten charakteristisch. Die Krise und ihre Folgen, Arbeitslosigkeit und Aussperrung, halten sie für ein Naturgesetz. Die Gesetze der Wirtschaft, die Krise und ihre Folgen, vergleichen sie mit Naturereignissen. Diese Vergleiche dienen dazu, falsches Bewußtsein, das gesellschaftliche Verhältnisse als naturgegeben hinnimmt, auszudrücken und zu entlarven.

Die Zustände in Chicago werden einerseits dämonisiert (wenn von der Hölle gesprochen wird); andererseits treibt die Darstellung der herrschenden Gesetze die Dämonen gründlich aus. Ebenso ist die Schilderung der Personen frei von Schwarz-Weiß-Malerei. Die Arbeiter werden nicht idealisiert, sie werden gezeigt, wie sie unter den gegebenen Bedingungen handeln müssen. Sie sind zu Tieren erniedrigt und reagieren wie Tiere. Die Gründe ihrer „Schlechtigkeit" liegen in ihrer Armut (die „moralische" Kategorie wird lächerlich gemacht, sie ist Bestandstück der herrschenden Ideologie). Ein anderer Typus ist mit den Arbeiterführern angedeutet. Genausowenig wie sie die Personifikation des „Guten" sind, sind die Unternehmer das personifizierte „Böse". Sie werden lächerlich gemacht wegen ihrer Hilflosigkeit gegenüber dem Unheil, das sie selbst anrichten. Den von ihnen geschaffenen Verhältnissen fallen sie selbst zum Opfer. So ist Mauler nur deshalb unmenschlich, weil er es sich nicht leisten kann, Mensch und Unternehmer zugleich zu sein. Der Unternehmer siegt über den Menschen, und selbst sein „Herz ist weitsichtig"[20]); Geschäftsprinzip und Sentimentalität sind die beiden Seiten seines Wesens. In seiner Person sind die Widersprüche dieser Gesellschaft am deutlichsten vereinigt. Schizophrenie ist ihm zur ersten Natur geworden, „natürlich" ist „ihm diese Unnatur"[21]).

Unternehmer wie Arbeiter sind Opfer der Entfremdung. So klagt Mauler am Schluß: „Ach, in meine arme Brust / Ist ein Zwiefaches gestoßen / Wie ein Messer bis zum Heft / Denn es zieht mich zu den Großen / Selbst- und Nutz- und Vorteilslosen / Und es zieht mich zum Geschäft / Unbewußt!"[22]) Und das Stück endet mit dem Hohelied der Unternehmer auf die Selbstentfremdung des Menschen: „Mensch, es wohnen Dir zwie Seelen / In der Brust / Such nicht eine auszuwählen / Da du beide haben mußt. / Bleibe stets mit Dir im Streite! / Bleib der eine, stets Entzweite! / Halte die hohe, Halte die niedere / Halte die rohe, halte die biedere / Halte sie beide!"[23]) (In dieser letzten Szene mischen sich am deutlichsten Gesellschaftskritik und Kunstparodie. Das Pathos des klassischen Verses dient nur zur Verschleierung bzw. Verdeutlichung des brutalen Geschäftsprinzips.)

Auch die Angehörigen verschiedener Klassen sind einander fremd, „denn es ist eine Kluft zwischen oben und unten, größer als / Zwischen dem Berg Himalaja und dem Meer ... Und was Menschengesicht trägt / Kennt sich nicht mehr."[24]) Die Arbeiter werden zur Ware, die sich nicht

mehr absetzen läßt. Die Menschen erscheinen einander als Mittel zum Lebensunterhalt oder zum Profit. Die Großstadt ist der Ort, an dem die dialektischen Widersprüche der Gesellschaft ausgetragen werden. Das herrschende System ist „tierisch und also unverständlich".[25]) Sein Sinn ist Widersinn: Die Arbeiter verhungern, obwohl sie zuviel Nahrungsmittel produziert haben; vielmehr, gerade *weil* zuviel Fleisch da ist, müssen sie hungern. Alle Werte verkehren sich in ihr Gegenteil. Die Moral der Gesellschaft ist die Unmoral, denn sie beruht auf Ausbeutung und Gewalt und ist nur durch Gewalt aufrechtzuerhalten. Das zeigt sich in der Auseinandersetzung der Arbeiter mit der Polizei. Nicht die Arbeiter wenden Gewalt an, sondern die Polizei, um das System der Herrschaft zu sichern.

Die Gewaltlosigkeit Johannas dient nur der Aufrechterhaltung der Gewalt. Ihre Menschlichkeit wird verkehrt in Unmenschlichkeit, denn „... es hilft nur Gewalt, wo Gewalt herrscht, und / Es helfen nur Menschen, wo Menschen sind."[26]) Die Gerechtigkeit, die herrscht, ist Ungerechtigkeit, und „der Ungerechte geht offen über die Straße, aber / Der Gerechte versteckt sich."[27]) Den Gerechten nennt die Gesellschaft einen Verbrecher und wirft ihn ins Zuchthaus. Der von der Polizei wiederhergestellte Zustand, den sie „Ruhe und Ordnung" nennt, ist „verordnete Unordnung, planmäßige Willkür".

Aus dem „Dickicht der Städte" konnte man nicht ausbrechen; vor der Stadt nach „Mahagonny" zu fliehen, wurde als Illusion entlarvt. In der „Heiligen Johanna" gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Stadt und Land. Kein Ort, der nicht unter den Gesetzen der Stadt Chicago stünde. Die Viehzüchter des Landes unterliegen denselben Gesetzen wie die städtischen Unternehmer. Gemeinsam werden sie von der Krise überrascht. Aber was im „Dickicht" noch als unabänderlich hingenommen wurde, wird jetzt als gesellschaftlich veränderbare Situation durchschaut.

[1]) Bert Brecht — Bei Durchsicht meiner ersten Stücke. In: „Frühe Stücke"; dtv, München 1962; p. 10
[2]) „Im Dickicht der Städte"; l. c., p. 286
[3]) l. c., p. 217
[4]) l. c., p. 274
[5]) l. c., p. 285
[6]) Anmerkungen zur Oper Mahagonny. In: „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny"; es, Ffm. 1963; p. 87
[7]) l. c., p. 46; vgl. auch: Th. Leithäuser — Und was geschieht mit Bertolt Brecht? In: nk 19/20, p. 27
[8]) l. c., p. 76
[9]) Leithäuser, p. 27
[10]) l. c.
[11]) Anmerkungen zur Oper Mahagonny, p. 21
[12]) l. c., 13
[13]) l. c., p. 54
[14]) l. c.
[15]) Die drei Johanna-Stücke. Fischer Bücherei, Ffm. 1964; p. 8
[15a]) Dieser Kampf ist keine individuelle, freiwillig unternommene Anstrengung, die an den Zuständen scheitert, wie im „Dickicht der Städte"; sondern kollektive, von den Umständen erzwungene Aktion, die sich gegen die Umstände richtet.
[16]) l. c., p. 12
[17]) l. c., p. 10
[18]) l. c., p. 99
[19]) l. c.
[20]) l. c.
[21]) l. c., p. 22
[22]) l. c., p. 141
[23]) l. c., p. 135
[24]) l. c.
[25]) l. c., p. 136
[26]) l. c., p. 138
[27]) l. c., p. 129

Aufschluß über Defätisten

Heribert Adam

Leiter des Studienprogramms für internationale Politik am Hoover Institut, Stanford University.

Bundesdeutschlands repräsentative Zeitung sorgt sich um die *„kommunistische Gefahr in den Vereinigten Staaten"*. Am 17. August 1965 publizierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auf eineinhalb Seiten unter der Überschrift *„Kommunistische Vorfeldtaktiken in Amerika"* das Protokoll eines Kongreß-Unterausschusses, *„der die Propagandaanfälligkeit von Studenten untersucht hat"*.

Mr. Sourwine (Berater des Unterausschusses): Wir bitten nun Mr. Stefan Possony.

Senator Dodd: Mr. Possony, bitte heben Sie die rechte Hand und schwören Sie, vor diesem Unterausschuß die Wahrheit, nur die reine Wahrheit zu sagen, so wahr Gott Ihnen helfe.

Mr. Possony: Ich schwöre es.

Senator Dodd: Ihren vollen Namen und Ihre Anschrift, bitte.

Mr. Possony: Ich heiße Stefan Possony und bin zur Zeit Senator Dodd: Sie sind eine anerkannte Autorität, und wir sind begierig, zu erfahren, was Sie uns zu sagen haben.

Die „reine Wahrheit", die Mr. P. den offenbar kaum überraschten Ausschußmitgliedern offenbart, unterscheidet sich von der nüchternen Erfahrung des Experten, der es angeblich immer wissen soll. Sie ist vielmehr charakteristisch für ein verbreitetes Bewußtsein, das nur noch in antiquierten Kategorien weltgeschichtliche Wandlungen artikulieren und „begreifen" kann. Zugleich scheint es mehr als ein bloßes cultural lag. Es vereinigt modellartig fast alle bekannten Symptome des autoritären Charaktersyndroms. Als Aggressionsobjekt diente nach den Juden in den letzten zwei Dezennien im Westen vor allem der Kommunismus. Nicht als

persönliche Meinung des P. sind die Äußerungen vor dem Senatsunterausschuß interessant, sondern als eine politische Einstellung, die von der Machtelite der USA weitgehend geteilt und auch in der Bundesrepublik von den Generälen bis zu vielen Studienräten, von dem Ministerialdirektor bis zum Kleinunternehmer verfochten wird. Hält man fest an der Möglichkeit der Aufklärung auch unter repressiven gesellschaftlichen Verhältnissen, dann bietet sich die Analyse des Bewußtseins von P. wie selten ein ähnliches Dokument als erkenntnisversprechendes Exempel an. Was die *Frankfurter Allgemeine* offenbar als warnende Mahnung an die Adresse deutscher Professoren und Studenten veröffentlichte, kann insofern den kritischen Leser nicht nur erheitern, sondern tatsächlich aufklären.

Wie viele amerikanische Kommentatoren der offiziellen Meinungsmache ist P. ehrlich erstaunt und noch mehr beunruhigt über wachsende Anzeichen oppositioneller Haltungen in der amerikanischen Intelligenz. Suspekt ist ihm offenbar die Politisierung der Studentenschaft, die mit der Bürgerrechtsbewegung begann, sich in den Teach-in-Debatten um Vietnam fortsetzte und in den mehrere Tage währenden revolutionsähnlichen Unruhen in Berkeley explosive Formen zeigte[1]). Daß es sich dabei um den Ausdruck eines Unbehagens handelt, das aus angebbaren Ursachen resultiert oder gar berechtigte Gründe besitzt, daß in der Vietnam-Kontroverse eine ausführliche und ungeschminkte Information eine skeptische Haltung gegenüber der offiziellen Politik herbeiführen kann, ist P. unbegreiflich. Einzig dunkle Drahtzieher im Hintergrund müssen dafür verantwortlich sein, selbst wenn es sich um ganz und gar spontane Aktionen handelt. *„Die Unruhe, die wir gegenwärtig erleben, ist eine strategisch gegen unser Land gerichtete Operation, gleichgültig, ob sie spontan kommt, ob sie zum Teil oder ganz gesteuert wird, und gleichgültig, ob die Steuermänner innerhalb oder außerhalb der Vereinigten Staaten sitzen."* Mobilisiert wird nach dem bekannten Muster das latente Gefühl einer Bedrohung; ist es erst aktualisiert, bleibt tatsächlich gleichgültig, wer überhaupt wen bedroht. Im paranoiden Weltbild existieren nur noch *„wir"* und *„die anderen"*. Die ingroup soll sich noch fester zusammenschließen, denn überall geht man *„auf verschiedenen Wegen gegen uns vor"*. Weil eine verbohrte Regierungspolitik nicht verhinderte, daß die USA sich in einen aussichtslosen Krieg einließen, sollen die Kritiker der Dummheit den Mund halten und *„erkennen, daß Demoralisierung und Defätismus den Frieden in der Welt und die Freiheit gefährden"*. Das Scheinargument, die *„kommunistischen Strategen"* würden diese demokratische Praxis *„mißdeuten"* und zu dem Schluß gelangen, *„daß Studenten und Professoren letztlich die amerikanische Außenpolitik beeinflussen, und warum also mit dem Krieg aufhören?"* — soll den Freibrief für jegliche Maßnahmen der Regierung hergeben. Daß die Untertanen lautlos und ohne zu murren aufs Feld der Ehre ziehen, war schon stets noch der Traum aller Diktatoren. Während viele der als Idealisten denunzierten Kritiker *im allgemeinen keine Ahnung vom Kommunismus* haben, weiß P. um die *ins Universitätsfeld vorgetragenen kommunistischen Stoßtruppunternehmen*. Wie ehemals der Demagoge scheinbar kenntnisreich über die Macht jüdischer Finanzkreise orakelte, so heute der Experte über die kommunistischen *Stoßtrupp-Taktiken*. Hört er nur zwei Studenten in der Diskussion gegenteilige Argumente vortragen, *wird es völlig klar, daß sie darauf präpariert wurden. Sie verfügen über eine recht ansehnliche Menge von Hintergrundinformationen, die ihnen stets aus der gleichen Quelle zuflossen, und es ist interessant, daß man die gleichen Fangfragen auf den verschiedensten Universitäten gestellt bekommt. Nach ein paar Wochen tauchen dann andere Fragenkombinationen auf. Die Provokateure sind auch mit den gleichen Zitaten oder Falschzitaten ausgerüstet.* Wer überhaupt widerspricht, wird vorab zum *Provokateur* gestempelt. So wie Franz Josef Strauß in seinen Wahlversammlungen Zwischenrufer pauschal als Kommunisten verketzerte, so kann sich das paranoide Bewußtsein jegliches kritische Argument nur als *Fangfrage* vorstellen. Auch über die *Kampftaktik in vorderster Front* weiß der Experte Auskunft zu geben: *Die Technik, die Reaktionen der Zuhörerschaft zu steuern, wobei man sich manchmal kleiner, tragbarer Funksprechgeräte bedient, ist ein wichtiges Moment.* Gleichwohl bleibt die Bedrohung noch zu abstrakt, um schockierend zu sein. Sie muß deshalb sichtbar, sie muß personifiziert werden. Das geschieht nach dem simplen Schema: *Im Verfolg der Entscheidung der Kommunistischen Partei, sich an die Studenten zu wenden, haben sich führende Funktionäre, wie etwa Gus Hall, auf die Reise durch den akademischen Bereich gemacht.* Der reiselustige Gus Hall ist freilich im spezifischen Wortsinn ein Wolf im Schafspelz, der nämlich den Eindruck *eines fortschrittlichen amerikanischen Politikers — vielleicht sogar eines Geschäftsmannes* hinterläßt. Zumindest hat er Manieren, was ihn doppelt gefährlich macht und beinahe *völlig wie einen Vertreter der bestehenden Ordnung* aussehen läßt. *„Man gewinnt den Eindruck eines befähigten, gutgekleideten Herrn, der ein gutes, gepflegtes Englisch spricht."* Im Unterschied zu dem gepflegten Kommunisten, für P. offensichtlich eine revolutionierende Entdeckung, waren seine Zuhörer in *Beatnick-Uniformen mit langen Bärten, barfuß oder in Sandalen und mit einem Minimum an Kleidung erschienen und wirkten schmuddelig — zumindest waren sie sehr darauf bedacht, diesen schmuddeligen Eindruck hervorzurufen.* Es bleibt das besondere Geheimnis des Gus Hall, warum der raffinierte Kommunist bei seinen Anbiederungsversuchen die Geschmacksdifferenz betonte und nicht, der Neigung seiner Anhänger entsprechend, sich in ähnlichem Aufzug präsentierte.

[1]) Vergleiche dazu: Günther Amendt, Die Studentenrevolte in Berkeley, in: „neue kritik", Nr. 28, und Hans Jecht, Studentenstreik in Kalifornien, in: „atomzeitalter", Mai 1965.

Zeugen solche Passagen mehr oder weniger nur von einem naiven Weltbild, so werden die Vorstellungen von P. gefährlich, wenn er augenzwinkernd Maßnahmen empfiehlt, die dem oppositionellen Übel abhelfen sollen. *„Wir haben heute auf den amerikanischen Universitäten ausländische Studenten in großer Zahl."* Zwar berühre er damit ein *„delikates Thema"* und er sei *„voll und ganz für studentische Austauschprogramme"*. Aber: *„Ich habe jedoch auch festgestellt, daß einige dieser ausländischen Studenten an radikalen politischen Tätigkeiten mitwirkten, ja, daß sie gelegentlich sogar beachtlichen Einfluß auszustrahlen vermochten."* Indem P. den Gegner mit dem Fremden schlechthin assoziiert, wird jener endgültig zum Feind. Nach McCarthy-Manier wird er *„unamerikanischer Umtriebe"* überführt.

Noch auf ein zweites traditionelles Klischee — Intellektuelle als Nichtfachleute abzukanzeln — greift P. zurück, wenn er die Frage von Senator Dodd beantwortet, woher es kommt, *daß die Kommunisten, mindestens da und dort, mit ihrem Appell an die Jugend so erfolgreich zu sein scheinen?* Antwort: Ihre Lehrer sind zu dumm. *Taktiken wie Demoralisierung, Infiltration, Subversion, Spionage, Täuschung, Volksfrontoperationen werden kaum, ja praktisch nie diskutiert. Die Professoren sind gewöhnlich recht geschickt in Universitätspolitik. Ihr Wissen um politische Kriegsführung und die ‚schwarzen Künste' internationaler Konflikte ist bruchstückhaft und naiv.* Staunend registriert P., daß viele Studenten dennoch die Argumente ihrer Professoren höher schätzen, als das, was die Regierung verlautbart. Manche *reagierten, um ein Beispiel zu nennen, recht abfällig auf das vom Außenministerium herausgegebene Vietnam-Weißbuch. Oft läßt man durchklingen, manchmal wird es sogar ausgesprochen, daß ein Hochschullehrer über eine höhere Intelligenz verfüge als die amerikanische Regierung.* Für den autoritären Charakter ist eo ipso das wahr, was offizielle Macht besitzt. Mit ihr identifiziert er sich, um an ihrer Stärke teilzuhaben. Die Frage, ob eine offizielle Information wahr oder falsch ist, wird gar nicht erst gestellt. Manipulatives Denken sieht Nachrichten zynisch unter dem Aspekt, ob sie *„überzeugend"* sind und *„ausreichende informatorische Stützen"* liefern oder die *„gegenwärtige Verwirrung"* weiter bestärken. *„Es ist aber auch richtig, daß die Regierung nicht nur sehr erfolgreich ist, wenn es gilt, überzeugende Nachrichten zu liefern und sie jenen Menschen nahezubringen, denen es tatsächlich darauf ankommt, sich ein nüchternes Urteil zu bilden."*

Die Sprache von P. offenbart hier ein weiteres charakteristisches Schema: die Neigung, gesellschaftliche Prozesse als invariante Naturphänomene zu interpretieren. Wie es arm und reich, Beherrschte und Herrschende, kraft angeborener Veranlagung geben soll, so sollen Studenten *von Natur aus zur Rebellion neigen.* Blind gegenüber soziologischen Fragestellungen, führen dann auch partiell richtige Einsichten, wie etwa die Feststellung, daß *angesichts der in den Vereinigten Staaten gegebenen Verhältnisse . . .*

archiv sozialistischer literatur

Leo Trotzki:
DIE PERMANENTE REVOLUTION

Mit einer Einleitung von Helmut Dahmer, Frankfurt.
Photomechanischer Nachdruck der Erstausgabe von 1930, ca. 180 Seiten, DM 16,50

Trotzkis Einsicht, daß „in einem ökonomisch rückständigen Lande das Proletariat eher an die Macht kommen kann als in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern", wurde 1917 durch Lenins „April-Thesen" zur strategischen Konzeption der bolschewistischen Partei. Als Antwort auf Stalins These vom „Sozialismus in einem Land" versuchte Trotzki 1930, die Theorie der permanenten Revolution zu verteidigen.
Trotzkis Eingehen auf die Rolle der Bauern, der Agrarrevolution in antikapitalistischen Revolutionen macht seine Arbeit zu einem wichtigen Beitrag zu der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Emanzipation ehemaliger Kolonien. Die aktuelle Bedeutung der Theorie der permanenten Revolution hat sich zudem im sowjetisch-chinesischen Konflikt erneut bewiesen.

Im Programm sind ferner vorgesehen

-- DAS ROTE GEWERKSCHAFTSBUCH
-- Paul Levi
WIDER DEN PUTSCHISMUS
-- Paschukanis
ALLGEMEINE RECHTSLEHRE
-- Sinowjew
GEGEN DEN STROM
-- Bucharin
ÖKONOMIE DER TRANSFORMATIONS-PERIODE

verlag neue kritik
6 frankfurt 1, wilhelm-hauff-straße 5

der Student die Rolle des Proletariats, die Universität die der Fabrik übernommen hat, nicht zur Frage nach Ursache und Konsequenzen solcher Entwicklungen. Weil der Blick des Fanatikers ausschließlich auf den fiktiven Feind fixiert ist, sieht er nicht die Ursachen des Unbehagens im eigenen Bereich. Hier herrscht eitel Harmonie, und alle Ideale sollen realisiert sein: „Wir sind eine satte Gesellschaft. Für die Begabten steht der Weg nach oben offen, manchmal ist er vielleicht sogar zu leicht. Es gibt keinen ‚Klassenkampf', von gesellschaftlicher Desintegration ganz zu schweigen." Ungebrochen ist der naive Glaube an die *Stabilität der amerikanischen Gesellschaftsordnung mit ihrer Fähigkeit, Abseitiges zu absorbieren.* Meldet sich dennoch einmal Abseitiges mit Macht zu Wort, wie etwa bei den jüngsten Negerunruhen in Los Angeles, so bleibt dem ahnungslosen Staunen nur die Umdeutung gesellschaftlicher Ursachen in psychologische Defekte: *Doch die Unzufriedenheit kann zunehmen, und vielleicht stehen wir vor dem neuartigen Phänomen einer psychologischen oder neurotischen Revolution.* Diejenigen, die aufmucken, können nur potentielle Irre sein. Damit formuliert freilich P. nur besonders kraß eine These, die schon in der amerikanischen funktionalistischen Soziologie eine ehrwürdige Tradition hat.

Konsequenterweise liegt die Lösung der Schwierigkeiten dann nicht darin, Mißstände abzuschaffen — sie bleiben unangetastet, weil sie ja überhaupt geleugnet werden —, sondern in der psychotherapeutischen Behandlung der Kritiker. Bei P. läuft dies darauf hinaus, die *psychologische Kriegführung* zu verstärken, das meint: noch mehr *„die Kommunisten"* zu verketzern, um die Voraussetzungen für offen autoritäre Maßnahmen zu schaffen.

Einen Vorgeschmack, wie breit dieses Betätigungsfeld sein kann, liefert die Liste der *Symptome für eine schwelende Revolution,* die P. der kruden „Soziologie der Revolution" des alten Sorokin von 1925 entnimmt. *Offenkundige Parallelen mit der gegenwärtigen Lage in den USA* zeigten sich zu folgenden, von Sorokin katalogisierten Erscheinungen: *Nachlassen der Widerstandskraft, Aufkommen der Lauthalsschreier oder, wie er sie nannte, der ‚lockeren Zungen', merkwürdige Neuerungen in der Sprache, verbunden mit einer Zunahme an vulgären Ausdrücken, hohe Prozentsätze an Verbrechen und an Scheidungen, sexuelle Haltlosigkeit, ein Vorherrschen sexueller Themen in der Literatur, Niedergang der Autorität von Familie und Regierung, ein Nachlassen der Über- und Unterordnungsverhältnisse, schlechte Arbeit der Polizei, Laxheit bei den Gerichten, ‚geistige Störungen', Häufung von Sadismus, kurze Gedächtnisse, das Vergessen von Traditionen, mangelndes Interesse an der Vergangenheit, schneller Wandel in den politischen Verhältnissen, Nachlassen in Glauben und Vorstellungen, schneller Wandel in der Popularität politischer Persönlichkeiten, starke politische Emotionen, Niedergang religiöser Traditionen und Haltungswandel von Priestern und Pfarrern, Aufbauschen unbedeutender Ereignisse, Überschätzung der Gegenwart, Schauspielerei und Posen im öffentlichen wie im Alltagsleben, das häufige Zusammenrotten des Mobs, Mobilisierung der entwurzelten, rachsüchtigen, destruktiven Elemente der Gesellschaft, übertriebenes Auftreten der ‚Idealisten', Auftauchen politischer Klubs und revolutionärer Organisationen wie auch deren ständigen Aufgabenwandel und baldigen Zerfall.*

Angesichts solcher ‚Analysen', die eher magischen Beschwörungsformeln bedrohter Medizinmänner als halbwegs vernünftiger Wissenschaft gleichen und allenfalls konservative Unsicherheit ausdrücken, wird die Ausgangsfrage der Vernehmung zweitrangig, wie es denn nun tatsächlich um die Radikalisierung der Studenten steht. Es fällt den Ausschußmitgliedern offenbar nicht auf, daß sich P. hierbei selbst fortlaufend widerspricht. Mehrfach konstatiert er eine *radikale studentische Masse,* die dem folge, *der am meisten bietet,* den *Radikalinskis,* den *entwurzelten Intellektuellen und Schreihals-Aktivisten* (Übersetzer Horst Jordan, Wiesbaden). Schließlich: *Ich meine, die Radikalisierung der amerikanischen Jugend geht heute weiter, als die Kommunisten sich in ihren kühnsten Träumen zu erhoffen wagten.* Doch die Bedrohung muß zugleich gefährlich und schwach sein, am besten ein tückisches Ungeziefer, dem man mit Schädlingsbekämpfungsmitteln Herr wird. So heißt es denn auch wenig später, daß von den 27 000 Studenten in Berkeley allenfalls *200 bis 300 KP-Typen* seien, deren Anhängerzahl 800 betrage. Insgesamt *scheinen 10 bis 15 Prozent der Studentenschaft bereit zu sein, radikalen Argumenten wenigstens teilweise zu folgen.* Wahrscheinlich entspricht dieser Prozentsatz ungefähr dem Anteil, der nach empirischen Studien als überzeugte Demokraten bezeichnet würde.

Workers Control

Die „ARBEITSHEFTE“ veröffentlichen in einem Sonderheft eine Reihe von Aufsätzen über „Die Mitbestimmungsdiskussion in der gegenwärtigen britischen Arbeiterbewegung“ (3. Jhg., Nr. 6, April 1965).

Schon der sprachliche Unterschied zwischen dem englischen Begriff der „Arbeiterkontrolle“ („Workers Control“) und dem deutschen Begriff der „Mitbestimmung“ deutet auf die verschiedene Akzentuierung der Diskussionen. So schreibt Tony Topham im ersten und wohl auch informativsten Beitrag „Betriebsvertrauensleute und Arbeiterkontrolle“: „Der gegenwärtigen Herrschaftsstruktur sich anpassende (und daher verfehlte) Ausprägungen der Kontrollidee treten in der westdeutschen Mitbestimmung und in den gegenwärtigen Vorstellungen der britischen liberalen Partei auf.“ Die Diskussion um die Arbeiterkontrolle in England erhält ihren Impuls dagegen von einem betrieblichen Organ der Belegschaft, das sich durch seine Struktur trotz großer Anstrengungen seitens der Managements bisher als sehr schlecht „verdaulich“ erwiesen hat.

Die „Shop Stewards“, mit den deutschen Betriebsvertrauensleuten vergleichbar, obwohl von den Gewerkschaften weit unabhängiger als diese, sind ehrenamtlich tätig, d. h. sie scheiden nach ihrer Wahl nicht aus dem Produktionsprozeß aus. Im dauernden Kontakt mit ihren Kollegen und theoretisch jederzeit von diesen abwählbar haben sie, obwohl sie gleichzeitig die Aufgaben der deutschen Betriebsräte wahrnehmen müssen, weitgehend ihre Stellung als ausschließliche Interessenvertreter der Belegschaft gegen das Management bewahrt.

Am Beispiel der Metallindustrie zeigt Tony Topham, wie die Organisation der Shop Stewards sich in den letzten Jahren mehr und mehr ausdehnte. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Arbeitsniederlegungen von 1956—1961 verdoppelt. Dazu zitiert Tony Topham Professor Turner: „In den zwanzig Jahren seit 1940, in denen Arbeitslosigkeit in der Wirtschaft entweder fehlte oder nicht ins Gewicht fiel, hat sich der Anteil der Streiks, die sich an Lohnfragen (ausgenommen r e i n e Lohnerhöhungen) entzündeten und die ferner solche Fragen wie Arbeitsbedingungen, Arbeitsvorschriften und -disziplin betrafen, von einem Drittel auf drei Viertel aller Arbeitsniederlegungen erhöht. Man könnte sagen, daß diese Auseinandersetzungen als Versuche angesehen werden können, die Verfügungsgewalt und Autorität der Unternehmensleitung vertraglichen oder — ... gewohnheitsmäßigen Regeln zu unterwerfen: oder anders ausgedrückt, daß sie ein untergründiges Bedürfnis nach mehr Demokratie und individuellen Rechten am Arbeitsplatz ausdrücken.“

Folgerichtig begreift Tony Topham dann auch die Shop Stewards und ihre Komitees als Embryo einer Bewegung für Arbeiterkontrolle, wenn er schreibt: „Wir sollten die Rolle der Shop Stewards zum Ausgangspunkt für die Poli-

INTERNATIONAL SOCIALIST JOURNAL
REVUE INTERNATIONALE DU SOCIALISME
PROBLEMI DEL SOCIALISMO

Zweimonatsschrift in englischer, französischer und italienischer Ausgabe

Herausgegeben von:
Piero Ardenti, Lelio Basso (Italien), Ken Coates, Jim Mortimer (England), Marcel Deneckere, Ernest Glinne (Belgien), Gilles Martinet, Jean-Marie Vincent (Frankreich).

Unter Mitarbeit von:
Wolfgang Abendroth, Frank Allaun, Manuel Bridier, André Gorz, Serge Mallet, Kai Moltke, Jacques Yerna, Ken Alexander, Michael Barratt Brown, Vittori Foa, Nobuyuki Kato, Ernest Mandel, Ralph Miliband, Tullio Vecchietti.

Aus dem Inhalt der letzten Hefte:

Lorenzo Torres	Die politische Situation in Spanien
Stephen Rousseas	Die wirtschaftliche Lage der Neger in den USA
Lelio Basso	Sozialdemokratie heute
Jean Marie Vincent	Probleme der sozialistischen Strategie
Herbert Marcuse	Sozialismus in den entwickelten Ländern
Serge Mallet	Sozialismus und die neue Arbeiterklasse
Pierre Rolle	Automation
Eduardo P. Gonzales	Die katholische Kirche und die religiösen politischen Kräfte in Lateinamerika
Ernest Mandel	Eine neue sozialistische Strategie

Probeexemplare erhalten Sie kostenlos von
INTERNATIONAL SOCIALIST JOURNAL
P. O. Box 517 - ROM, 21, via della Mercede
Einzelheft DM 2,40, Jahresabonnement DM 12,-

Demokratie vor dem Notstand

Protokoll des Bonner Kongresses gegen die Notstandsgesetze am 30. Mai 1965

Werner Maihofer	Die Demokratie vor dem Notstand
Karl Dietrich Bracher	Parlamentarische Demokratie und Staatsstreich
Jürgen Seifert	Der Notstandsausschuß
Thomas Ellwein	Die Befristung des Ausnahmezustands
Walter Fabian	Die Stellungnahme des Presserates
Bernt Engelmann	Rundfunk und Fernsehen im Notstandsfall
Alexander von Cube	Meinungsfreiheit und Zensur militärischer Nachrichten
Ekkehart Stein	Die Einschränkung von Artikel 9 und 12 GG
Heinrich Hannover	Die Konsequenzen des Zivildienstgesetzes für den einzelnen
Thomas von der Vring	Möglichkeiten des gewerkschaftlichen Schutzes für Zivildienstverpflichtete
Helmut Ridder	Reden auf der
Georg Benz	Schlußkundgebung

Außerdem:

Jürgen Seifert, Kommentar zur CDU/CSU-Vorlage vom 26. Mai 1965 und Text der Vorlage

Das Protokoll des Bonner Kongresses, der von den fünf politischen Studentenverbänden, BDIS, HSU, LSD, SHB und SDS, veranstaltet wurde, erschien als Sonderheft der „neuen kritik" Anfang August 1965.

Verlag und Redaktion „neue kritik": 6 Frankfurt/M., Wilhelm-Hauff-Straße 5. — Preis des Sonderheftes: 3,— DM; für Studenten und Abonnenten der „neuen kritik": 2,— DM; 104 Seiten.

tik der sich allmählich ausdehnenden Kontrolle machen, die im Betrieb ihren Anfang nimmt." Daß solche Forderungen nach Arbeiterkontrolle im betrieblichen Alltag durchaus verwirklicht werden können, beweisen die Erfahrungsberichte aus der Automobilfabrik „Standard Motor" (Coventry), in der sich ein Arbeitsgruppensystem eingebürgert hat, wie es öfters auch schon in früheren Ausgaben der „Arbeitshefte" diskutiert wurde (vgl. R. Hoffmann: „Technischer Fortschritt und Mitbestimmung am Arbeitsplatz", Jhg. 3, Nr. 4).

Der Bericht und die Kritik an einer Konferenz linker Gruppierungen in der Labour Party zum Thema Arbeiterkontrolle spiegeln die verschiedenen Standpunkte innerhalb der Linken wider. Außer den beiden Erlebnisberichten zum Arbeitsgruppensystem, die den anarchistischen Zeitschriften „Freedom" und „Anarchy" entstammen, und der Kritik Karl Heinz Stanzicks an der Haltung des englischen Gewerkschaftsbundes gegenüber der Kapitalkonzentration sind alle Beiträge aus den Zeitschriften der beiden miteinander diskutierenden Gruppen um Ken Coates und „The Week", „New Left Review" und „Union Voice" auf der einen Seite und „International Socialism" und „Labour Worker", zu der auch noch das Blatt „Young Guard" für Jungsozialisten zu zählen wäre, übernommen. Überflüssig war die Übernahme einer emotional geführten Diskussion zwischen den beiden Gruppen über einen Lohnstopp unter einer Labourregierung, zumal die unterschiedlichen Positionen schon in den Artikeln über die Nottinghamer Konferenz über Arbeitskontrolle klargeworden sind. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Heftes war die Diskussion um die Fragen „Entschiedenes Nein zum Lohnstopp" oder „Lohnstopp für Offenlegen der Bücher" schon überholt. Die Lebenskosten haben sich seit Regierungsantritt von Labour um über 6 Prozent erhöht. Wie ein Lohnstopp unter Labour aussieht, hat der Tarifvertrag der Metallarbeitergewerkschaft AEU gezeigt. Das Nominaleinkommen des gelernten Arbeiters wird danach in drei Jahren so hoch sein wie heute (s. „Labour Worker", Nr. 31, Februar 1965). Die angekündigten Maßnahmen für eine Preis- und Profitkontrolle sind dagegen völlig unzureichend: Unter solchen Umständen kann die Befürwortung eines Lohnstopps durch die Linke die Kluft zwischen den radikaleren Elementen in den Betrieben und örtlichen Gewerkschaftszweigen u n d dem linken Flügel der Labour Party verbreitern.

Statt zeitlich bereits überholter Beiträge, die zumindest im Stil an internes Gezänk erinnern, hätten die „Arbeitshefte" Beiträge veröffentlichen sollen, die den geschichtlichen Hintergrund der Diskussion beleuchten (etwa Peter Sedgwicks sehr bündige Zusammenfassung von Pribicevics Untersuchung der Shop Stewards Bewegung im und nach dem Ersten Weltkrieg, „International Socialism", Nr. 6, Winter 1960/61) und über die dringliche Aufgabe einer Überwindung der syndikalistischen Isolierung der Shop Stewards und vieler wilder Streiks.

Volkhard Mosler

edition suhrkamp für 3 Mark

Theodor Eschenburg
Über Autorität

Erstausgabe. Inhalt: Ursprüngliche Bedeutung · In der römischen „res Publica" · Unter dem Prinzipat des Augustus · Unter den römischen Kaisern · In der Katholischen Kirche · Kaiser und Papst · Gesellschaftliche Autorität: Zur katholischen Lehre des Thomas von Aquino · Luthers Obrigkeit · Weltliche Autorität und Souveränität im Absolutismus · Die Französische Revolution · Autorität im Streit der Ideologien · Die Autorität der Macht · Die Krise der politischen Autorität · Autorität in der Demokratie.

Alfred Andersch
Die Blindheit des Kunstwerks und andere Aufsätze

Erstausgabe. Inhalt: Vor einem halben Jahrhundert · Der Rauch von Budapest · Die Blindheit des Kunstwerks · Ein neuer Scheiterhaufen für alte Ketzer · Thomas Mann als Politiker · Zu einer neueren Bemerkung von Georg Lukács · Tafel für ein Haus in der Dean Street · Nachricht über Vittorini · Alles Gedächtnis der Welt · Hypothese über die Nouvelle Vague · Das Kino der Autoren · Vitrinen-Literatur · Ästhetische Denkobjekte · Sartres Kritik an einem Kinde.

Herbert Marcuse
Kultur und Gesellschaft 2

Erstausgabe. Inhalt: Über die philosophischen Grundlagen des wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsbegriffs · Existentialismus · Das Veralten der Psychoanalyse · Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers · Ethik und Revolution · Bemerkungen zu einer Neubestimmung der Kultur · Anmerkungen.

Hans Blumenberg
Die kopernikanische Wende

Erstausgabe. Inhalt: Der naturphilosophische Hintergrund · Weltformel und Wahrheitsanspruch · Herkunft und Bedeutungswandel der kopernikanischen Weltformel · Reformation und Kopernikanismus · Metaphorische Kosmologie · Kosmologische Metaphorik · Anmerkungen.

Fritz Vilmar
Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus

Materialien und Analysen
mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim

Ist die Aufrechterhaltung überdimensionaler Rüstungen, die Verhinderung erfolgreicher Abrüstungsverhandlungen eine Lebensbedingung des Spätkapitalismus? — Das ist hier die Frage.

Inhalt:

I. Bedeutung der Rüstungswirtschaft im Kapitalismus des 20. Jahrhunderts

II. Rüstungswirtschaft in der Bundesrepublik

III. Der Bankrott der Militärpolitik

IV. Abrüstung — Notwendigkeit und Chancen

V. Umstellung der Rüstungswirtschaft (I) — Theoretische Möglichkeiten

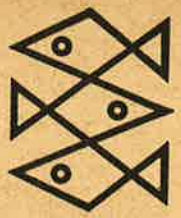
VI. Umstellung der Rüstungswirtschaft (II) — Gesellschaftliche Widerstände

VII. Gesellschaftspolitische Voraussetzungen einer erfolgreichen Abrüstungspolitik

Mit vielen Tabellen und Schaubildern. 318 Seiten, DM 14,80
Band 38 der Paperbackreihe „res novae"

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT FRANKFURT AM MAIN

FISCHER WELTGESCHICHTE



Die neue Weltgeschichte für eine neue Welt

Originalausgabe in 35 Taschenbüchern unter Mitarbeit von 80 Historikern aus aller Welt

Jeder Band
DM 4,80
Plastikhüllen
DM 1,50

Fischer Bücherei